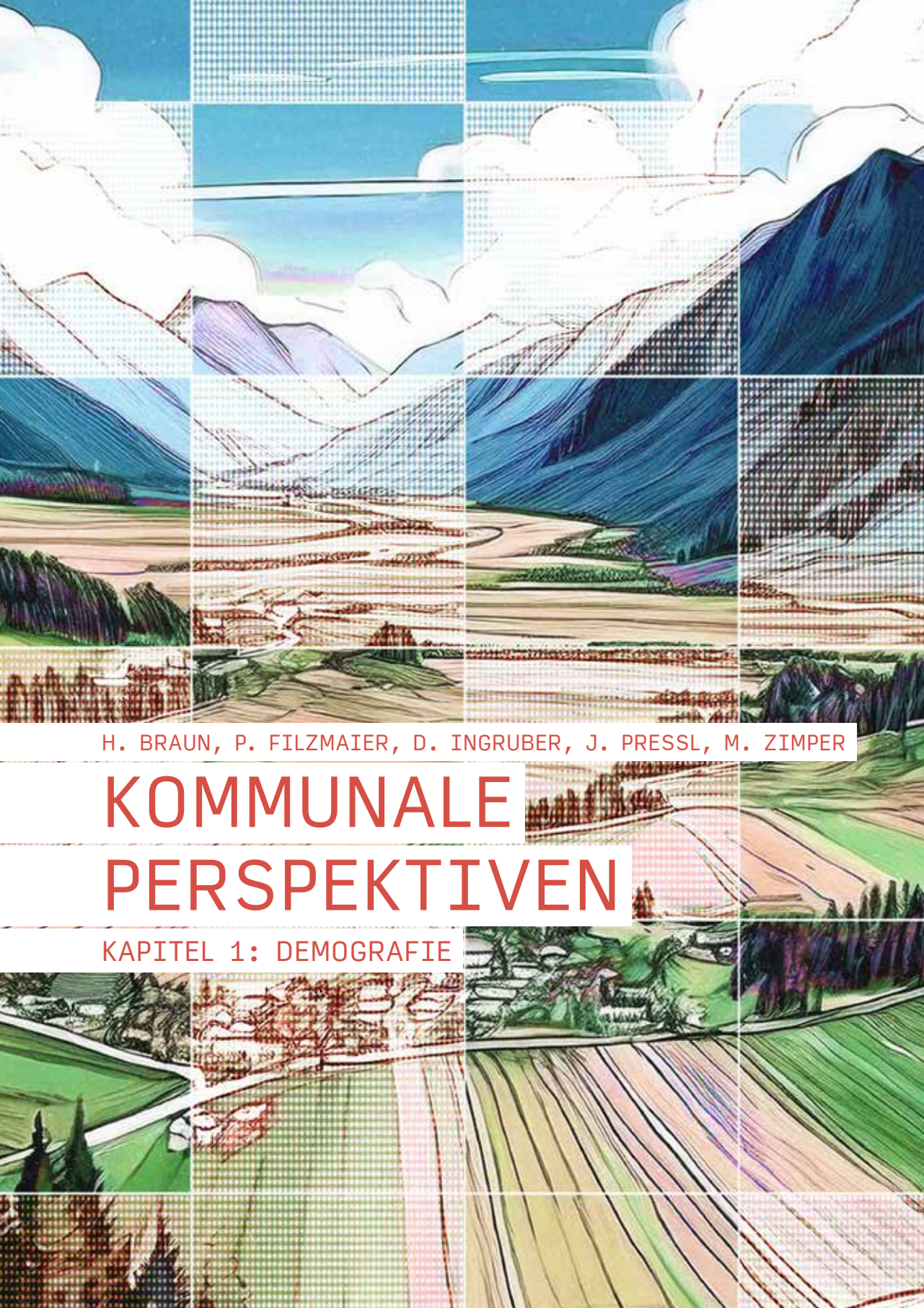


H. BRAUN, P. FILZMAIER, D. INGRUBER, J. PRESSL, M. ZIMPER

KOMMUNALE PERSPEKTIVEN

KAPITEL 1: DEMOGRAFIE

Impressum

Herausgegeben in Kooperation von
Österreichischer Gemeindebund, 1010 Wien, vertreten durch Präsident DI Johannes Pressl,
Österreichischer Kommunalverlag GmbH, 1010 Wien, vertreten durch Geschäftsführer
Mag. Michael Zimper,
Universität für Weiterbildung Krems/Universität Graz/Institut für Strategieanalysen im Rahmen des Projekts ECOnet, vertreten durch Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier.
Unternehmensgegenstand: Förderung der wissenschaftlichen und kommunalpolitischen Bildung in Österreich

Redaktion: Mag. Hans Braun, Kommunalverlag,
Dr. Daniela Ingruber, Institut für Strategieanalysen

Herstellung: Österreichischer Kommunal-Verlag, Grafik: Thomas Max
Druck: druck.at Druck- und Handelsgesellschaft mbH, 2544 Leobersdorf

Coverbild und die Einleitungsbilder zu den einzelnen Kapiteln wurden mit der KI Adobe Firefly kreiert. Bildrechte für in den Berichten verwendeten Autorenbilder und Grafiken liegen bei den Autoren, sofern nicht anders angegeben.

Erscheinungsort: Wien
Erscheinungsjahr: 2025

Copyright © 2025 Österreichischer Gemeindebund, Universität für Weiterbildung Krems, Universität Graz, Institut für Strategieanalysen sowie Österreichischer Kommunalverlag GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

H. BRAUN, P. FILZMAIER, D. INGRUBER, J. PRESSL, M. ZIMPER

KOMMUNALE PERSPEKTIVEN

KAPITEL 1: DEMOGRAFIE

DANIELA INGRUBER, HANS BRAUN

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

als die Idee entstand, eine Buchreihe und/oder eine mehrteilige Online-Publikation zu Themen aufzubereiten, die die Gemeinden betreffen, fielen sofort zahlreiche Stichworte. Es war als Spiegel dessen zu verstehen, dass die Herausforderungen aber auch die Wünsche der Gemeinden und ihrer Bewohner:innen wachsen, während die strukturellen Rahmenbedingungen nicht unbedingt leichter werden. Rasch wurde klar, dass sich als Einstieg das Thema „Demografie“ besonders eignet, da sich dahinter zahlreiche Aspekte verbergen, die die Gemeinden noch länger begleiten werden.

So beginnt das Buch mit einem Blick auf die kommunalen Finanzen, denn die finanzielle Situation der Gemeinden lässt sich derzeit nur so beschreiben: Das Geld fließt schneller raus als rein. Viele Gemeinden befinden sich finanziell im Krisenszenario, anderen geht es etwas besser, doch viel Spielraum dürfte es nirgendwo geben. Christoph Badelt und Bernhard Grossmann haben sich das aus Sicht des Fiskalrats das näher angeschaut und können mit neuen Daten aufwarten. Nicht alles davon wird sich mit Freude lesen lassen, doch die beiden Experten haben auch einige Empfehlungen parat.

Wie aber ist das nun mit dem Landleben, der vielzitierten aber vielleicht gar nicht so starken Landflucht sowie andererseits der Romantik, dass am Land alles besser und entspannter sei? Oder eignet sich das Land doch eher als Erholungszone für gestresste Urlauber:innen? Josef Wallenberger räumt im Interview mit so manchem Klischee zum Landleben auf und zeigt, dass Stadt und Land nicht unbedingt gegeneinander antreten, sondern sich wunderbar verbinden lassen.

Ganz im Einklang dazu beschäftigen sich Torsten Klafft und Roland Gruber mit einem häufig übersehenen Problem in den Gemeinden: die ganz oder halb leerstehenden Einfamilienhäuser. Einst voller Kinderlachen und hektischem Familienleben sind sie nunmehr mit den Besitzer:innen mitgealtert und zeigen genau dann ihre Alterserscheinungen, wenn man körperlich und finanziell am wenigsten darauf vorbereitet ist. Die beiden Autoren belassen es nicht alleine bei der Analyse, sondern machen sinnvolle und überraschend einfache Lösungsvorschläge.

Da wir schon beim Familienleben sind, gibt uns Wolfgang Mazals Artikel Einblicke in die aktuellen und zu erwartenden Veränderungen von Familienstrukturen. Er beschreibt die Rolle der Familien in der Gemeinde, die weit über Kindererziehung und privates Miteinander hinausgeht. Familienstrukturen bestimmen das soziale Leben in einer Region, indem sie unter anderem als Lern- und Erfahrungsorte für

die verschiedensten Bereiche fungieren und Symbol für die Vitalität einer Gemeinde sind. Der Autor zeigt dies anhand vieler Beispiele, die zuweilen so einfach klingen, aber eben auch umgesetzt werden müssen.

Ein wesentlicher Arbeitsauftrag wartet auch in der Beteiligung von Jugendlichen. Ihre Stimmen werden nach wie vor zu wenig gehört. Das ist in der (inter)nationalen Politik so, doch noch immer auch in den Gemeinden. Zwar haben die Jugendlichen inzwischen mehr Möglichkeiten, sich zu Wort zu melden, doch das sagt noch nichts über ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten aus. Dabei, so zeigen Natalia Wächter und Gudrun Quenzel, haben die Jugendlichen durchaus Interesse an politischer Beteiligung. Wie diese gelingen kann, dafür geben uns die Autorinnen einige Empfehlungen mit.

Noch eine Gruppe wird häufig überhört und übersehen: jene Menschen, die in (struktureller) Armut leben. Martin Schenk, der dies seit vielen Jahren zu ändern versucht, beschreibt deutlich, dass die Gemeinden viel dafür tun können, ihren Bürger:innen auch mit geringem Einkommen ein Leben zu ermöglichen, das ohne Almosen und Scham auskommt – und dass dies in der Folge der gesamten Gesellschaft nützt, vorausgesetzt, dass sich auch der Blick auf Armut verändert.

Armut kommt zuweilen erst im Alter und generell warten beim Altern für die Betroffenen sowie für ihr Umfeld zahlreiche Herausforderungen. In einer aktuellen Studie haben sich Katrin Lehner und Vera Maria Gallistl die Situation von Hundertjährigen angeschaut und ziehen daraus den positiven Schluss, dass sich ein Altern in Würde und mit Freude sehr wohl umsetzen lässt. Wie Gemeinden ihre Bürger:innen und diese einander gegenseitig im Alter unterstützen können, führen sie in ihrem Text vor.

Pflege und Gesundheitsförderung kosten nicht nur viel Geld, sondern sind in ländlichen Regionen komplexe Themen der Organisation und Finanzierung. Der Ärztemangel in manchen Regionen wird bereits seit Jahren diskutiert. Thomas Peinbauer hat in der Region Steinerne Mühl in Oberösterreich gemeinsam mit Kolleg:innen eine Modell-Gesundheitsregion entwickelt und gibt in seinem Artikel Tipps, wie man diese auch in anderen Regionen umsetzen könnte.

Pflege hat noch eine weitere Dimension in den Gemeinden: Pflegende Angehörige sind einerseits eine nicht wegzudenkende Stütze für die Familien und die Gesellschaft, sie brauchen jedoch auch selbst Unterstützung. Wie dies in der Gemeindeentwicklung berücksichtigt werden kann und was dies mit einem gesellschaftlichen Miteinander zu tun hat, legt Melanie Wagner im Gespräch dar und schließt damit den Kreis dieser Buchbeiträge.

Daniela Ingruber und Hans Braun für die Herausgeber:innen
Wien, im Juli 2025

Inhaltsverzeichnis

Vorworte

PETER FILZMAIER & DANIELA INGRUBER SEITE 12

HANNES PRESSL SEITE 15

MICHAEL ZIMPER SEITE 17

BERNHARD GROSSMANN & CHRISTOPH BADELT

Kommunale Finanzen – Wo ist das Geld geblieben, wo kommt es (wieder) her?

Zwischen Pflicht und Spielraum: Kommunale Finanzen im Krisenmodus
Österreichs Gemeinden stehen finanziell unter Druck: Die Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen – und das seit Jahren. Immer mehr Gemeinden geraten ins Minus, vielen fehlt der Spielraum für Investitionen. Die Ursachen liegen in einer Mischung aus wachsender Aufgabenlast, alternder Bevölkerung, teuren Zukunftsprojekten – und einem komplexen Finanzgefüge zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Während Transfers vom Bund helfen sollen, Krisen abzufedern, schrumpfen gleichzeitig Spielräume durch neue Abgabenpflichten und Mitfinanzierungen. Besonders die Kosten für Gesundheit, Pflege und Klimamaßnahmen treiben die Budgets nach oben. Die neue EU-Fiskalpolitik verlangt zudem strengere Budgetpfade – auch von den Gemeinden.
Der Beitrag analysiert die Schieflage der Gemeindefinanzen und zeigt, wie Strukturreformen, gezielte Investitionen und eine bessere Koordination zwischen den Gebietskörperschaften helfen könnten, die kommunale Handlungsfähigkeit zu sichern – und Zukunft nachhaltig zu gestalten.

SEITE 21

JOSEF WALLENBERGER IM GESPRÄCH MIT DANIELA INGRUBER

Interview zur Regionalentwicklung

Herausforderungen und Chancen für das Leben am Land

Die ländlichen Regionen Österreichs stehen im Spannungsfeld von demografischem Wandel, Arbeitskräftemangel und gesellschaftlicher Veränderung. Im Gespräch mit Regionalentwickler Josef Wallenberger wird deutlich: Viele gängige Klischees über Landflucht und Überalterung greifen zu kurz. Zwar sterben in vielen Regionen mehr Menschen, als geboren werden – gleichzeitig ziehen junge Familien verstärkt aufs Land, angelockt von bezahlbarem Wohnraum, naturnahen Lebens-

welten und neuen Chancen. Die Zukunftsfähigkeit ländlicher Gemeinden hängt laut Wallenberger maßgeblich von neuen Wohn- und Betreuungsformen im Alter, guter Gesundheitsversorgung und moderner Infrastruktur ab. Auch flexible Mobilitätslösungen und kulturelle Angebote werden zunehmend wichtig. Dabei braucht es ein Umdenken: Stadt und Land sind keine Gegensätze, sondern Teil eines gemeinsamen Systems. Für Bürgermeister:innen und Lokalpolitik gilt: Kooperation statt Konkurrenz, Freude an der Gestaltung und Offenheit für neue Entwicklungen sind zentrale Erfolgsfaktoren, um den ländlichen Raum attraktiv und lebendig zu halten.

SEITE 37

TORSTEN KLAFFT & ROLAND GRUBER

Der unsichtbare Leerstand im Einfamilienhaus

Wenn das Eigenheim zu groß wird

Das Einfamilienhaus ist für viele der Inbegriff eines gelungenen Lebens – doch oft steht es später leer oder wird kaum noch genutzt. Millionen solcher Häuser bieten riesige, aber ungenutzte Wohnraumreserven, während gleichzeitig Wohnraummangel herrscht und neue Flächen versiegelt werden. Der Beitrag zeigt, warum diese Form des Wohnens aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Sicht zunehmend problematisch ist – und wie wir mit kreativen Lösungen den Wandel gestalten können. Die Autor:innen fordern ein Umdenken: Bestehende Häuser müssen umgebaut, geteilt oder neu genutzt werden, statt immer weiter neu zu bauen. Das gelingt nur mit politischem Willen, kommunaler Planungskraft und einem Kulturwandel beim Wohnen. Gute Beratung, gemeinschaftliche Projekte und attraktive Alternativen sind entscheidend, um Leerstand sichtbar zu machen – und in neues, nachhaltiges Wohnen zu verwandeln.

SEITE 47

WOLFGANG MAZAL

Bedeutung der Gemeinde für Familien

Gemeinde und Familie: Wie lokales Umfeld Familien stärkt – oder schwächt

Was haben demografischer Wandel, Geburtenraten und Integration mit der Gemeinde zu tun? Sehr viel, zeigt dieser Beitrag. Denn die Kommune ist nicht nur Verwaltungseinheit, sondern prägt maßgeblich den Alltag von Familien – ob durch Betreuungsangebote, leistbares Wohnen oder die Qualität des öffentlichen Raums. Gerade angesichts einer alternden Gesellschaft und wachsender sozialer Herausforderungen kommt der Gemeinde als Lebensumfeld zentrale Bedeutung zu.
Der Autor analysiert, wie Gemeinden dem statistischen Altern entgegenwirken und gleichzeitig als Orte gelingender Sozialisation fungieren können. Familien, so zeigt er, sind nicht nur private Einheiten, sondern leisten durch Wertevermittlung und Beziehungsarbeit zentrale Beiträge für die Gesellschaft – und brauchen dafür passende Rahmenbedingungen. Von aktiver Altenhilfe über Kinderbetreuung bis hin zu lokaler Integration: Gemeinden können Brücken bauen – oder Brüche vertiefen. Der Beitrag plädiert dafür, Familienpolitik nicht technokratisch zu denken, sondern ganzheitlich: als Investition in ein stabiles, resilientes Gemeinwesen, das in der Gemeinde beginnt – und dort jeden Tag erlebt wird.

SEITE 63

NATALIA WAECHTER & GUDRUN QUENZEL

Politische Beteiligung von Jugendlichen auf Gemeindeebene

Politische Beteiligung von Jugendlichen auf Gemeindeebene

Jugendliche zeigen politisches Interesse, fühlen sich jedoch von der etablierten Politik oft nicht angesprochen. Auf Gemeindeebene könnte Beteiligung besser gelingen, da hier konkrete, lebensnahe Themen behandelt werden und Ergebnisse rascher sichtbar sind. Dennoch sehen nur wenige Jugendliche reale Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihrer Gemeinde. Der Artikel analysiert politische Einstellungen und Beteiligungschancen junger Menschen in Österreich und entwickelt Empfehlungen, wie ihre Partizipation auf kommunaler Ebene gestärkt werden kann.

SEITE 77

MARTIN SCHENK

Leben ist mehr als Überleben. Armutsvermeidung in ländlichen Regionen

Armut am Land: Versteckt, vielschichtig und vermeidbar

Armut zeigt sich nicht nur in leeren Geldbörsen, sondern auch im Mangel an Möglichkeiten, Selbstachtung und Teilhabe. Besonders in ländlichen Regionen Österreichs bleibt sie oft unsichtbar – verdeckt durch Scham, fehlende Hilfsangebote oder bürokratische Hürden. Während Städte mehr soziale Infrastruktur bieten, sind viele Menschen am Land sozial isoliert, mobilitätsarm oder in alten, schlecht sanierten Häusern gefangen. Martin Schenk beleuchtet die strukturellen Ursachen von Armut am Land – von langzeitarbeitslosen Menschen in strukturschwachen Regionen bis zu älteren Frauen ohne eigenes Einkommen. Er plädiert für einen ganzheitlichen Armutsbegriff, der über das bloße „Nicht-Frieren und Nicht-Hungern“ hinausgeht. Nachhaltige Armutsvermeidung braucht universelle, nicht beschämende Leistungen, bessere soziale Dienstleistungen, gezielte Unterstützung und eine Abkehr von stigmatisierender Bedürftigkeitsprüfung. Denn: Leben ist mehr als Überleben – auch außerhalb der Städte.

SEITE 87

KATRIN LEHNER & VERA MARIA GALLISTL

Die alternde Gemeinde – Wie das Älterwerden auf Gemeindeebene unterstützt werden kann

Altern in der Gemeinde: Sichtbar, beteiligt, unterstützt

Unsere Gesellschaft wird älter – besonders sichtbar ist das in vielen ländlichen Gemeinden. Der Beitrag fragt, wie Gemeinden altersfreundlicher gestaltet werden können, und stützt sich auf Interviews mit Hundertjährigen und kommunale Workshops aus dem Forschungsprojekt CLARA. Die zentrale Erkenntnis: Ein gutes Altern ist möglich – wenn Gemeinden soziale Teilhabe fördern, Barrieren abbauen und ältere Menschen als aktive Mitgestalter ernst nehmen. Statt Defizite zu betonen, zeigen die Autorinnen, wie Sichtbarkeit, intergenerationeller Austausch und barrierefreie öffentliche Räume das Altern im vertrauten Umfeld erleichtern. Maßnahmen wie „Tratschbankerl“,

Fahrtendienste oder gemeinschaftliche Treffpunkte stärken soziale Netze – auch im hohen Alter. Das Ziel: Gemeinden, in denen Altern nicht Ausgrenzung bedeutet, sondern Verbundenheit, Mitgestaltung und Lebensqualität.

SEITE 99

THOMAS PEINBAUER

Gesundheitsregion Steinerne Mühl – moderne Gesundheitsförderung und Prävention im hausärztlichen Kontext

Wie moderne Prävention im ländlichen Raum gelingen kann

Gesundheitsförderung muss nicht an der Stadtgrenze enden. Die Gesundheitsregion Steinerne Mühl im Norden Oberösterreichs zeigt, wie innovative Konzepte auch in ländlichen Regionen wirken können. In enger Verzahnung von hausärztlicher Versorgung und kommunaler Gesundheitsarbeit entstehen hier moderne Modelle für Prävention und Wohlbefinden.
Das Primärversorgungszentrum Hausarztmedizin Plus und das GES.UND-Büro setzen gemeinsam auf Community-Oriented Primary Care und Social Prescribing. Neben der medizinischen Versorgung werden gezielt soziale Angebote vermittelt – etwa gemeinsame Mittagstische, Bewegungskurse oder Unterstützung für pflegende Angehörige. Ziel ist es, Menschen zu stärken, Einsamkeit zu bekämpfen und Gesundheitskompetenz zu fördern.Mit Maßnahmen wie Präventionsketten von der Schwangerschaft bis ins hohe Alter oder Programmen wie Rüstig statt Rostig für ältere Menschen zeigt die Gesundheitsregion Steinerne Mühl, wie durch Netzwerkarbeit, Beteiligung und neue Versorgungsmodelle Gesundheit ganzheitlich und nachhaltig gefördert werden kann – ein Beispiel mit Vorbildcharakter für ganz Österreich.

SEITE 109

MELANIE WAGNER IM GESPRÄCH MIT HANS BRAUN

Interview zu angehörigen Pflegenden & Gemeinden

Die unsichtbare Stütze der Pflege

Pflegende Angehörige tragen den Großteil der Betreuung älterer Menschen in Österreich – oft unbeachtet und überfordert. Rund 80 % der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, meist von Frauen, häufig aus Pflichtgefühl. Die Belastung ist hoch: Viele leiden unter Erschöpfung, psychischem Druck und sozialer Isolation. Angesichts des demografischen Wandels braucht es dringend neue Wege: Gemeinden können durch professionelle Pflegeangebote, bessere Vernetzung und innovative Wohnmodelle gezielt entlasten. Auch digitale Hilfen und flexible Betreuungsformen wie Tages- oder Kurzzeitpflege bieten Potenzial – werden bisher aber zu wenig genutzt. Die Pflege der Zukunft braucht ein Miteinander von familiärer und professioneller Unterstützung.

SEITE 121

PETER FILZMAIER, DANIELA INGRUBER

Der ländliche Raum stirbt nicht aus, aber ...

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die gute Nachricht zuerst: Studien zufolge – so etwa seitens des Instituts für Strategieanalysen als Österreichische Gemeindestudie für den Gemeindebund bereits 2015 und im Rahmen der Entwicklung der Landesstrategie Niederösterreich 2030 – sind über 90 Prozent aller Bewohnerinnen und Bewohner des ländlichen Raums mit der Lebensqualität in ihrem Heimatort zufrieden. Insbesondere Umwelt und Natur, Ruhe sowie Gemeinschaftsleben und gute Nachbarschaft sind für sie die größten Vorteile. Und man glaubt es kaum: Auch „die Politik" hat im kommunalen Bereich ein deutlich besseres Image als anderswo, weil viel mehr Direktkontakte mit der Bevölkerung bestehen.

Wo ist der Haken? Kritischer bewertet werden wenig überraschend die Infrastruktur und der Mangel an Arbeitsplätzen. Das sind die zukünftigen Herausforderungen für alle Gemeinden und Regionen, weil zugleich (Mit-)Gründe, warum die Urbanisierung voranschreitet und die Bevölkerung „auf dem Land" tendenziell überaltert erscheint.

Der ländliche Raum stirbt zwar nicht aus, aber er wird älter. Jede Gemeinde ist ein unterschiedlicher Einzelfall, doch in einzelnen Bezirken wird sich bis zum Jahr 2050 die Zahl der über 60-Jährigen verdoppeln. Die etwas unglücklich so bezeichneten „Randregionen" gibt es tatsächlich. Dadurch ergeben sich naturgemäß große Aufgaben etwa in den Bereichen Gesundheitsversorgung und Pflege. Bis zu 50 Prozent der 16- bis 29-Jährigen planen hingegen, in den nächsten fünf Jahren in eine Stadt zu ziehen.

Sie halten daher ein Buch in Händen, das uns aus mehreren Gründen wichtig ist. Es sind eben die Gemeinden, die den direktesten Kontakt zur Bevölkerung haben. Die Bürgermeister – hier gilt meistens die männliche Form, der Frauenanteil steigt, doch tut er das immer noch zu langsam – sowie Gemeinderätinnen und Ge-

meinderäte und alle Gemeindebediensteten sind unmittelbar mit den dringenden Fragen, Sorgen und Wünschen der Bürgerschaft konfrontiert.

Dennoch sind es die Gemeinden, die im Zuge politischer Diskussionen auf nationaler Ebene bzw. auch im Diskurs von Bund und Ländern oft überhört werden. Der Gemeindebund trägt dazu bei, dass Letzteres nicht mehr zutrifft. Damit rücken Themen in den Fokus, die auch wir in unserem Projekt „ECOnet“ zur Zukunft ländlicher Räume an der Universität für Weiterbildung Krems und am Institut für Strategieanalysen aus wissenschaftlicher Perspektive beleuchten.

Wissenschaft darf jedoch nicht im viel zitierten Elfenbeinturm verbleiben, sondern soll sowohl Praxisbezug aufweisen als auch sich selbst dem öffentlichen Diskurs stellen. Umso mehr freut es uns, dass wir mit dem Gemeindebund und dem Kommunalverlag mit kommunal.at dafür Partner gefunden haben. Uns eint der Standpunkt, das Thema Regionen und Gemeinden als zentrale gesellschaftliche Zukunftsfrage zu sehen.

Im Projekt ECOnet ist es ist uns ein Anliegen, unsere wissenschaftlichen – demografischen, wirtschaftlichen, sozialen oder auch ökologischen usw. – Studien mit der Praxis in den Gemeinden zu verknüpfen. Dies ist auch das Ziel dieser Publikationsreihe, die wir mit dem Thema „Geografie und Demografie“ eröffnen. Sie soll Themen aufgreifen, die die Gemeinden ganz konkret betreffen und deren Inhalte direkt umsetzbar sind.

Im vorliegenden Band geht es u.a. um das Älterwerden und die damit verknüpften Herausforderungen, mit denen sich die Gemeinden immer stärker beschäftigen müssen. Dazu gehören Anliegen von Pflege bis Wohnraum – aber auch das partizipative Miteinander, und nicht zuletzt die Finanzen. Gerade hier kommt in den nächsten Jahren einiges auf die Gemeinden zu.

Das Thema der Demografie wurde daher nicht zufällig als Ausgangspunkt gewählt: Es handelt sich um Themenbereiche, die als Querschnittmaterie in vielfältiger Weise ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Von der vielbesprochenen Landflucht – aber umgekehrt auch der „Flucht“ aufs Land – bis zum Baubestand, der mit der Bevölkerung mitaltert und zum Leerstand beiträgt, bis hin zu jenen Entscheidungen, die heute für die Mobilität und das Miteinander von morgen getroffen werden müssen. All diese Themen beeinflussen die Gemeindepolitik und stehen zugleich im Zentrum dieser. Hinzu kommen die Erwartungen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, die recht konkrete Vorstellungen davon haben, wie sie leben möchten und wer dafür zuständig sein soll, dies umzusetzen. Deren Anliegen sollten der Maßstab sein.

Foto D. Ingruber // Ramona Waldner Foto P. Filzmaier // A&W

Wichtig ist uns daher, dass die Texte in diesem Band nicht reine Theorie sind. In der Politikwissenschaft gibt es zahlreiche gute Analysen zur Gemeindepolitik und ihren Aufgaben. In dieser Publikation geht es uns darum, politischen Akteuren im Bürgermeisteramt und in den Gemeinderäten Informationen mitzugeben. die sie in ihrem Alltag anwenden können. Es soll ein Buch sein, das aus der Praxis berichtet und konkrete Ideen zur Umsetzung bietet.

Wir haben die Autorinnen und Autoren gebeten, nicht nur ihr Wissen mit uns zu teilen, sondern auch pro-aktiv konkrete Vorschläge zu machen und Tipps zu ihren jeweiligen Themen zu geben, die von den Gemeinden aufgegriffen werden können. Unser Zielpublikum bilden somit in erster Linie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Gemeinderäte, aber wir richten uns auch an die interessierte Öffentlichkeit von den Schülerinnen und Schülern bis hin zu jenen in Pension.

In der Hoffnung, dass Sie die eine oder andere konkrete Anregung finden, Neues erfahren und das Wissen in den Buchbeiträgen mit dem Ihren verknüpfen können, aber auch Freude am Lesen haben.

Peter Filzmaier
Daniela Ingruber

Wien, 15. Juli 2025

JOHANNES PRESSL

Für ein Österreich, in dem jede Gemeinde zählt

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

unsere Gemeinden sind das Fundament der Demokratie – sie sind Heimat, Lebenswelt, Gestaltungsraum. Doch dieses Fundament steht unter Druck: Die Bevölkerung altert, Budgets sind knapp, Aufgaben steigen, und zugleich wachsen die Erwartungen an öffentliche Leistungen und Infrastruktur. Die Beiträge in diesem Buch zeigen: Die Herausforderungen sind vielfältig – aber es gibt Antworten. Und diese Antworten beginnen vor Ort – in den Gemeinden. In einer Welt, die sich immer schneller verändert, sind es die Gemeinden, die Halt geben und Mut machen.

Ob Pflege, Wohnen, Mobilität, Klimaschutz oder soziale Teilhabe: Es sind die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die tagtäglich Lösungen für das Miteinander vor Ort entwickeln. Sie kennen die Menschen, die Wege, die Probleme. Sie stehen nicht auf der Zuschauertribüne, sondern mitten im Spielfeld – oft mit knappen Ressourcen, aber mit großem Gestaltungswillen.

Was dieses Buch so wertvoll macht, ist der Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis. Es bietet fundierte Analysen zu Fragen, die uns alle angehen – vom unsichtbaren Leerstand bis zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Es beleuchtet, wie junge Menschen für politische Beteiligung gewonnen werden können, wie Gemeinden Altern aktiv gestalten können und warum Familienpolitik nicht bei Förderungen endet, sondern im Alltag der Menschen beginnt.

Der Österreichische Gemeindebund sieht es als seine zentrale Aufgabe, diesen Wissenstransfer zu ermöglichen. Wir wollen nicht nur Sprachrohr, sondern auch Möglichmacher sein – für zukunftsfitte Gemeinden, für verlässliche Daseinsvorsorge, für innovative Ideen, die vor Ort Wurzeln schlagen. Die Beiträge dieses Buches sind auch kein theoretisches Gedankenspiel, sondern ein Werkzeugkasten für alle, die Verantwortung übernehmen. Sie zeigen Wege auf, wie Gemeinden ihre Zukunft aktiv gestalten können – von der Pflege über die Mobilität bis zur Belebung der Ortskerne.

Foto // Jürg Christandl

Wir stehen vor einer Zeitenwende: Die ökologischen, digitalen und demografischen Transformationen sind nicht mehr abstrakte Szenarien – sie sind Realität. Gerade die demografischen Entwicklungen fordern uns besonders heraus: Die Zahl älterer Menschen steigt, während junge Familien oft abwandern. Aber jede Herausforderung ist auch eine Chance – für neue Formen des Zusammenhalts, für kreative Lösungen und für eine aktive Gestaltung unserer Zukunft.

Dieses Buch ist ein Kompass und Werkzeug zugleich für alle, die Verantwortung tragen – in der Gemeinde, im Land, im Bund. Es ist eine Inspirationsquelle und ein Aufruf zum Handeln, Vernetzen und Mitgestalten. Denn die Zukunft wartet nicht – sie wird gemacht. Sie entsteht dort, wo Menschen sich zusammentun: Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, engagierte Bürgerinnen und Bürger, Wissenschaft und Politik. Dieses Buch will diese Vernetzung befeuern – Tag für Tag, genau dort, wo Menschen zusammenkommen, Verantwortung übernehmen und aus Herausforderungen Chancen machen: In unseren Gemeinden. Jetzt ist die Zeit, mutig voranzugehen – für lebendige Orte, starke Gemeinschaften und ein Österreich, in dem jede Gemeinde zählt.

Johannes Pressl

Präsident des österreichischen Gemeindebundes und
Bürgermeister von Ardagger
Wien, im Juli 2025

MICHAEL ZIMPER

Kraftquelle Gemeinde: Selbstbestimmung im Kleinen, Wirkung im Großen

Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt einen Ort, an dem Demokratie noch funktioniert. Einen Ort, an dem Politik greifbar, menschlich und unmittelbar wirksam ist. Diesen Ort kennen wir alle: Es ist unsere Gemeinde. Hier, wo Namen noch Gesichter haben und Entscheidungen direkte Auswirkungen auf den Alltag zeigen, manifestiert sich das ursprüngliche Versprechen der Demokratie – die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger über ihre Angelegenheiten.

Das Subsidiaritätsprinzip, wonach Aufgaben immer auf der kleinstmöglichen und bürgernächsten Ebene gelöst werden sollen, ist mehr als ein verwaltungstechnisches Konzept. Es ist eine Philosophie des Vertrauens in die Gestaltungskraft der Menschen vor Ort. Dort, wo sie leben, arbeiten und ihre Kinder großziehen, verstehen sie am besten, was gebraucht wird. Dort entwickeln sie die kreativsten Lösungen und tragen sie auch mit.

Gemeinden sind, um es in der Sprache der Systemtheorie zu sagen, antifragile Einheiten: Sie werden durch Herausforderungen nicht nur nicht geschwächt, sondern lernen, passen sich an und werden dadurch stärker. Ihre kleinteilige Organisation, ihre Nähe zu lokalen Realitäten und ihre Experimentierfreudigkeit machen sie zu idealen Laboratorien für gesellschaftliche Innovation. Während große, zentralisierte Systeme oft an ihrer eigenen Komplexität scheitern, können Gemeinden flexibel reagieren, lokale Intelligenz mobilisieren und durch Versuch und Irrtum bessere Lösungen entwickeln.

Dennoch – und das zeigen die Beiträge in diesem Band eindrucksvoll – stehen unsere Gemeinden vor Herausforderungen, die in ihrer Komplexität und Vielschichtigkeit alles andere als trivial sind. Der demografische Wandel verändert nicht nur Zahlen in Statistiken, sondern das Gesicht ganzer Regionen. Finanzielle Engpässe zwingen zu schwierigen Prioritätensetzungen. Die Klimakrise erfordert lokale Antworten auf globale Fragen. Und die Digitalisierung revolutioniert sowohl die Art, wie wir leben, als auch die Art, wie wir regiert werden wollen.

Foto // Thomas Max

Diese Herausforderungen sind real und ernst. Aber sie sind auch Chancen – Chancen für Innovation, für Partizipation, für ein neues Verständnis von Gemeinschaft. Wenn uns die vergangenen Jahre eines gelehrt haben, dann dies: Die besten Lösungen entstehen oft dort, wo Menschen sich zusammentun, um konkrete Probleme anzugehen. In den Gemeinden, wo der Handlungsdruck am größten und der Gestaltungsspielraum oft am direktesten spürbar ist.

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes führen uns durch diese komplexe Realität des kommunalen Lebens. Sie zeigen uns alternde Gesellschaften, die neue Formen des Zusammenlebens erfinden. Sie erzählen von Jugendlichen, die politisch gestalten wollen, wenn man sie nur lässt. Sie berichten von Familien, die in der Gemeinde das finden, was sie anderswo vermissen: Halt, Gemeinschaft, Perspektive. Und sie dokumentieren innovative Ansätze von der Gesundheitsregion bis zur Armutsvermeidung, die beweisen: Kommunale Politik kann Vorreiter sein, nicht nur Verwalter des Status quo.

Als überzeugter Subsidiär sehe ich in jeder dieser Geschichten die Bestätigung einer einfachen Wahrheit: Menschen sind dann am stärksten, wenn sie Verantwortung für ihr eigenes Umfeld übernehmen können. Dezentralität ist nicht Schwäche, sondern Stärke. Sie macht Systeme widerstandsfähiger, flexibler und bürgernäher. Sie erlaubt es, unterschiedliche Wege zu gehen und aus Fehlern zu lernen, ohne dass gleich das ganze System in Mitleidenschaft gezogen wird.

Ein entscheidender Vorteil der kommunalen Ebene liegt darin, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister echte Verantwortung tragen – sie haben, wie man neudeutsch sagt, „Skin in the game" . Wenn die Müllabfuhr nicht funktioniert, die Schulen sanierungsbedürftig sind oder die Straßen voller Schlaglöcher, dann stehen sie ihren Bürgerinnen und Bürgern direkt gegenüber. Diese unmittelbare Verantwortlichkeit erzeugt einen Problemdruck und eine Lösungsorientierung, die in abstrakteren politischen Ebenen oft verloren geht.

Aber Subsidiarität funktioniert nur, wenn sie ehrlich gelebt wird. Das bedeutet: ausreichende finanzielle Ausstattung für kommunale Aufgaben, klare Kompetenzverteilungen zwischen den Ebenen und den Mut, Verantwortung wirklich abzugeben – auch wenn das manchmal unbequem ist. Es bedeutet auch, die Gemeinden nicht mit Aufgaben zu überfrachten, für die sie weder die Ressourcen noch die Kompetenzen haben. Und es bedeutet, Gemeinden als Netzwerke zu verstehen, die voneinander lernen können – nicht als isolierte Inseln, sondern als Teil eines lebendigen, sich gegenseitig stärkenden Systems.

Die Beiträge in diesem Band zeigen sowohl die Potentiale als auch die Grenzen kommunaler Politik auf. Sie machen deutlich, dass die Zukunft unserer Gesellschaft maßgeblich davon abhängt, ob es uns gelingt, die Gemeinden zu stärken – nicht als nachgeordnete Verwaltungseinheiten, sondern als lebendige Zentren der Demokratie.

In einer Zeit, in der viele Menschen das Vertrauen in die Politik verlieren, sind unsere Gemeinden Leuchttürme der Hoffnung. Hier funktioniert Politik noch, weil sie nahbar und verständlich ist. Hier können Bürgerinnen und Bürger noch mitgestalten, weil ihre Stimme gehört wird. Und hier entstehen Lösungen, die funktionieren, weil sie aus der Lebenswirklichkeit der Menschen heraus entwickelt werden.

Möge dieses Buch dazu beitragen, diese kostbare Ebene der Demokratie zu stärken und weiterzuentwickeln. Denn eine lebendige Demokratie braucht lebendige Gemeinden – und lebendige Gemeinden brauchen Menschen, die sich für sie einsetzen.

In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam an der Zukunft unserer Gemeinden arbeiten. Sie ist zu wichtig, um sie anderen zu überlassen.

Michael Zimper

Geschäftsführer des österreichischen Kommunalverlags
Wien, im Juli 2025

BERNHARD GROSSMANN UND CHRISTOPH BADELT

Kommunale Finanzen: Wo ist das Geld geblieben, wo kommt es (wieder) her?

Abstract – Zwischen Pflicht und Spielraum: Kommunale Finanzen im Krisenmodus

Österreichs Gemeinden stehen finanziell unter Druck: Die Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen – und das seit Jahren. Immer mehr Gemeinden geraten ins Minus, vielen fehlt der Spielraum für Investitionen. Die Ursachen liegen in einer Mischung aus wachsender Aufgabenlast, alternder Bevölkerung, teuren Zukunftsprojekten – und einem komplexen Finanzgefüge zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Während Transfers vom Bund helfen sollen, Krisen abzufedern, schrumpfen gleichzeitig Spielräume durch neue Aufgabenpflichten und Mitfinanzierungen. Besonders die Kosten für Gesundheit, Pflege und Klimamaßnahmen treiben die Ausgaben nach oben. Die neue EU-Fiskalpolitik verlangt zudem strengere Budgetpfade – auch von den Gemeinden.

Der Beitrag analysiert die Schieflage der Gemeindefinanzen und zeigt, wie Strukturreformen, gezielte Investitionen, Fokus auf eigenverantwortliche Gestaltung solider Haushalte und eine bessere Koordination zwischen den Gebietskörperschaften helfen könnten, die kommunale Handlungsfähigkeit zu sichern – und Zukunft nachhaltig zu gestalten.

Über die Autoren

Mag. Bernhard Grossmann
ist Leiter des Büros des Fiskalrats und Experte für regelgebundene Fiskalpolitik und Föderalismus.

em.o.Univ.–Prof. Dr. Christoph Badelt
ist ein österreichischer Wirtschaftswissenschafter und war von März 2002 bis September 2015 Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). Seit Mai 2021 ist er Präsident des Fiskalrats.

Wenn auch der analytische Fokus des Fiskalrates auf der Entwicklung des gesamtstaatlichen Budget- und Verschuldungspfades – insbesondere im Lichte der EU-weiten und nationalen Budgetvorgaben – liegt, gewinnt die subsektorale Betrachtung der Staatsfinanzen stets an Bedeutung. Dies resultiert aus der Tatsache, dass Schieflagen einzelner Gebietskörperschaften bzw. Ebenen (Bund, Länder, große Gemeinden, Gemeinden landesweise) die Gesamtentwicklung wesentlich beeinflussen können, struktureller Reformbedarf zur Hebung von Effizienzpotenzialen und Bremsung von Ausgabendynamiken vor allem in den gebietskörperschaftsübergreifenden Aufgabenbereichen besteht und schließlich der jeweilige Beitrag zur regelgebundenen Fiskalpolitik in einem Bundesstaat gegenwärtig an den neuen Fiskalrahmen der EU anzupassen ist. In diesem Kontext ist zunächst der Lückenschluss zwischen Staatsausgaben und Staatseinnahmen erforderlich. Die wohl noch größere Herausforderung besteht aber darin, in Zukunft auch eine dauerhafte Angleichung der Zuwächse auf der Einnahmen- und Ausgabenseite zu erreichen, um eine neuerliche Öffnung dieser Einnahmen-Ausgaben-Schere bzw. Finanzierungslücke zu verhindern und nachhaltige Staatsfinanzen zu gewährleisten. Dabei geht es nicht nur um die Erfüllung von Budgetvorgaben, sondern vielmehr um die Schaffung budgetärer Spielräume, um die makroökonomische Stabilisierungsfunktion des Staates aktiv ausüben, eine spezifische politische Agenda umsetzen und wichtige Zukunftsinvestitionen zur Bewerkstelligung des demografischen, digitalen und grünen Wandels tätigen zu können.

Auch aus der Sicht der Gemeinden verändert der neue Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU[1] die Rahmenbedingungen für den Bundesstaat bzw. die föderale Aufgabenerbringung in Österreich beträchtlich. Die Regelbindung der Fiskalpolitik erfolgt ab dem Jahr 2025 nunmehr über einen mittelfristigen Ausgabenpfad, der anstelle des strukturellen Budgetsaldos die neue zentrale operationale Ziel- und Steuerungsgröße der EU darstellt. Dementsprechend kommt der Ausgabendynamik einzelner Aufgabenbereiche besondere Bedeutung zu. Auf der Grundlage der zuletzt verfügbaren Prognose des Zentrums für Verwaltungsforschung (Städtebund 2025) zur Entwicklung der Gemeindefinanzen ist von einer deutlichen Diskrepanz zwischen der Zuwachsrate der Einnahmen – insbesondere der Ertragsanteile – und jener der Ausgaben auszugehen. Als Folge ist zu erwarten, dass im Jahr 2024 bereits etwa jede zweite Gemeinde als Abgangsgemeinde einzustufen ist (finale Gebarungsdaten sind erst im Herbst 2025 verfügbar). Das bedeutet, dass der Saldo der operativen Gebarung[2] unter Berücksichtigung der Tilgungen („freie Finanzspitze“) negativ ist. In dieser Situation besteht kein finanzieller Spielraum für neue Projekte oder Investitionen, sondern es ist bereits zur Finanzierung der laufenden Gebarung eine Netto-Neuverschuldung erforderlich.

Dieser Artikel skizziert die Entwicklungen der kommunalen Gebarung sowie Handlungsbedarfe, um die Aufgabenwahrnehmung der Gemeinden im Rahmen der Daseinsvorsorge, aber auch die Beiträge gebietskörperschaftlicher Ebenen zur gesamtstaatlichen Fiskalregelerfüllung in Zukunft zu gewährleisten.

1 Der EU-Fiskalrahmen wurde Ende April 2024 in Kraft gesetzt (https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-and-fiscal-governance/eu-assessment-and-monitoring-national-economic-policies/evolution-eu-economic-governance/new-economic-governance-framework_en).

2 Ohne Kapitaltransfers aus Gemeinde-Bedarfszuweisungsmitteln.

Lagebericht zur Gemeindegebarung – oder wo ist das Geld geblieben?

Auf Basis der aktuellen Budgetären Notifikation der Statistik Austria[3] von Ende März 2025 setzte sich im Jahr 2024 der bisherige Trend bei den kommunalen Finanzen fort: Die Ausgabenzuwächse überschritten jene der Einnahmen. Wenn auch im Jahr 2024 der Ausgabenzuwachs der Gemeindeebene (inkl. Wien) in Höhe von 5,1 Prozent unter dem 5-Jahresdurchschnitt (+7,9 %) lag, übertraf der Zuwachs erneut jenen der Einnahmen (2024: +4,4 %; 5-Jahresdurchschnitt: +7,2 %). Insgesamt beliefen sich die Einnahmen der Gemeindeebene (konsolidiert inkl. intergovernmentale Einnahmen in Netto-Betrachtung) im Jahr 2024 auf 38,8 Mrd Euro, die Ausgaben (konsolidiert) auf 41,4 Mrd Euro. Mit Ausnahme des Jahres 2022 führte die unterschiedliche Dynamik der kommunalen Einnahmen und Ausgaben in der jüngeren Vergangenheit zu Maastricht-Defiziten, die auf Gemeindeebene von 2,3 (2023) auf 2,6 Mrd Euro (2024) anstiegen (Tabelle 1). Die Gemeinden ohne Wien hielten ihre Budgetdefizite in den letzten beiden Jahren konstant bei 1 Mrd Euro, sodass der Anstieg auf die Stadt Wien zurückzuführen war. Damit trug die Gemeindeebene -0,5 % des BIP (ohne Wien -0,2 % des BIP) zum gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo 2024 von -4,7 Prozent des BIP bei, die Landesebene ohne Wien -0,4 Prozent des BIP.

3 Datenbasis gemäß ESVG 2010; Gemeindeebene inklusive Wien. Sofern es die Datenlage des ESVG 2010 zulässt, werden auch die Gemeinden ohne Wien dargestellt.

Tabelle 1: Finanzierungssaldo nach Teilsektoren*)

	Mrd Euro			in % des BIP		
	2022	**2023**	**2024**	**2022**	**2023**	**2024**
Bundessektor	-17,6	-8,9	-17,1	-3,9	-1,9	-3,5
Landesebene (ohne Wien)	1,9	-0,6	-2,0	0,4	-0,1	-0,4
Wien	0,2	-1,3	-1,6	0,1	-0,3	-0,3
Gemeindeebene (ohne Wien)	0,7	-1,0	-1,0	0,2	-0,2	-0,2
Sozialversicherungsträger	-0,5	-0,7	-0,8	-0,1	-0,2	-0,2
Sektor Staat	**-15,3**	**-12,4**	**-22,5**	**-3,4**	**-2,6**	**-4,7**

*) Daten gemäß ESVG 2010 – Bundesländer einschließlich außerbudgetäre Einheiten und Kammern

Quelle: Statistik Austria (31.3.2025).

Wenngleich der Beitrag der Länder und Gemeinden zum gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo im Vergleich zur Bundesebene gering ausfällt, beeinflussen finanzielle Schieflagen auf Länder- und Gemeindeebene merkbar die gesamtstaatliche Entwicklung. Demnach erhöhen Budgetdefizite den gesamtstaatlichen Konsolidierungsbedarf und können Entwicklungen einzelner Gebietskörperschaften Konsolidierungsanstrengungen anderer untergraben.

Auf Basis der WIFO-Konjunkturprognose von Ende März 2025 (WIFO 2025) ist weiterhin von schwierigen konjunkturellen Rahmenbedingungen in Österreich auszugehen, die entsprechenden Niederschlag in den Budgetprognosen finden: Die heimische Wirtschaft befindet sich 2025 bereits das dritte Jahr in Folge in einer Rezession. Vor diesem Hintergrund prognostizierte der Fiskalrat anhaltend hohe Maastricht-Defizite für die Jahre 2025 und 2026 in Höhe von 4,4 und 4,1 Prozent des BIP.[4] Der Großteil des geplanten Konsolidierungsvolumens der Bundesregierung wird solcherart durch die Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen überlagert.

4 Bei der Prognose wurde aufgrund der No-policy-change-Annahme nur jener Teil des geplanten Konsolidierungsvolumens unterstellt, der Anfang April 2025 schon hinreichend konkret durch Maßnahmen belegt war (2025: 4,2 Mrd Euro).

Einnahmensituation der Gemeinden

Rund zwei Drittel der Finanzausstattung der Gemeindeebene im Jahr 2024 stellen Steuereinnahmen (24,9 Mrd Euro; +3,5 % gegenüber dem Vorjahr) dar, die sich größtenteils aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Ertragsanteile) mit einem Aufkommen in Höhe von 17,7 Mrd Euro (+2,6 % gegenüber dem Vorjahr) speisen. Die bedeutendste ausschließliche Gemeindeabgabe stellte die Kommunalsteuer dar, deren Aufkommen 2024 rund 4,5 Mrd Euro (+7,0 % gegenüber dem Vorjahr) zum Gesamtaufkommen dieser Abgabenkategorie der ausschließlichen Gemeindeabgaben in Höhe von 7,1 Mrd Euro (+5,8 % gegenüber dem Vorjahr) beitrug.

Die Zusammensetzung der Abgabeneinnahmen (siehe Tabelle 2) spiegelt die große Abhängigkeit der Gemeinden von bundesgesetzlich geregelten Finanzströmen wider. Allen voran determiniert der Finanzausgleich, der gegenwärtig für den Zeitraum von 2024 bis 2028 gilt, die finanzielle Grundausstattung der Gemeinden. Neben der Festlegung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Ertragsanteile) und deren Aufteilung zwischen den Gebietskörperschaften regelt dieser auch einen Gutteil weiterer Finanzströme. Das sind etwa die Finanzzuweisungen (für Gesundheit, Pflege und Klima [„Zukunftsfonds“], zur Aufstockung des Strukturfonds für finanzschwache Gemeinden oder für öffentliche Personennahverkehrsunternehmen) sowie Zweckzuschüsse für Theatererhalter, im Bereich der Elementarpädagogik (für den Ausbau des Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsangebots, der sprachlichen Frühförderung und für den beitragsfreien, verpflichtenden Besuch von elementaren Bildungseinrichtungen) sowie zur Dotierung des Fonds für die Finanzierung von Investitionen in Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen.

Tabelle 2: Subsektorales Abgabenaufkommen 2025 und 2026

in Mio Euro	2023	2024	2025	2026
Bund	**88 274**	**92 022**	**95 683**	**98 973**
ausschließliche Bundesabgaben	13 731	14 635	16 277	17 115
Ertragsanteile	74 543	77 386	79 406	81 858
Länder ohne Wien	**17 384**	**17 948**	**18 470**	**19 095**
ausschließliche Landesabgaben	1 559	1 683	1 738	1 794
Ertragsanteile	15 824	16 266	16 732	17 301
Wien	**9 956**	**10 359**	**10 691**	**11 073**
ausschl. Gemeinde-/Landesabgaben	2 235	2 371	2 449	2 530
Ertragsanteile	7 721	7 987	8 242	8 543
Gemeinden ohne Wien	**14 089**	**14 526**	**15 037**	**15 583**
ausschließliche Gemeindeabgaben	4 520	4 776	4 940	5 084
Ertragsanteile	9 568	9 749	10 097	10 499
Steuern gesamt (ohne Kammern)	**129 702**	**134 854**	**139 880**	**144 724**
Memo: Kammern	1 851	1 979	1 739	1 796
Steuern gesamt	**131 553**	**136 833**	**141 619**	**146 520**

Quellen: Statistik Austria und Fiskalrat 2025b.

Anmerkung: Die Darstellung der Ertragsanteile erfolgt kassamäßig auf Basis des Ertragsanteilrechners des BMF und einer Kassadatenanpassung (in der VGR erfolgt die Buchung der Ertragsanteile nahezu kassamäßig). Berechnungen für die Jahre 2024 und danach mit Schlüssel für 2023 unter Berücksichtigung des FAG 2024. Die Ertragsanteile des Bundes enthalten Mittel aus Vorwegabzügen (FLAF, EU-Beiträge der Länder, etc.). Ausschließliche Bundesabgaben wurden residual ermittelt. Die Kammern sind vom ÖStP ausgenommen und daher in der subsektoralen Aufteilung gesondert ausgewiesen.

Das Gesamtpaket zum Finanzausgleich sah ab 2024 zusätzliche Mittel für Länder, Gemeinden und in geringerem Umfang für die Sozialversicherungsträger aus dem Bundesbudget in Höhe von durchschnittlich 3,4 Mrd Euro pro Jahr vor. Diese Mittel verteilen sich im Wesentlichen auf die Bereiche Gesundheit, Pflege sowie einen „Zukunftsfonds“, der für die Bereiche Kinderbetreuung, Wohnen/Sanieren und Umwelt/Klima eingerichtet wurde, und setzen sich aus zusätzlichen Mitteln sowie aus der Verlängerung und Aufstockung schon bislang gewährter Mittel zusammen. Üblicherweise kamen den Gemeinden die Mittel für den Bereich Kinderbetreuung zu, während die Länder in der Regel die restlichen Mittel aus dem Zukunftsfonds für sich beanspruchten.

Während der Phase multipler Krisen seit Beginn der 2020er Jahre wurden diese finanzielle Grundausstattung sowie das bestehende intergovernmentale Transfergeflecht wiederholt durch Bundestransfers ergänzt. Zu den wichtigsten Maßnahmen in diesem Zusammenhang zählten folgende:

- Maßnahmen der Bundesregierung zur Abmilderung coronabedingter Einnahmenausfälle auf Gemeindeebene sowie Ersätze für coronabedingte Zusatzaufwendungen für (Länder und) Gemeinden: Darunter fielen z. B. das 1. bis 3. „Gemeindepaket" (Kommunales Investitionsgesetz 2020, Aufstockung von Gemeinde-Ertragsanteilen) oder das COVID-19-Zweckzuschussgesetz.

- Kommunalinvestitionsgesetz 2023 zur Erleichterung der ökologischen Transformation („4. Gemeindepaket")

- Bedarfszuweisung des Bundes im Jahr 2023 an die Gemeinden im Kontext der kommunalen Impfkampagne

Allerdings tragen die Länder und Gemeinden auch Einnahmenverzichte des Bundes anteilig über das Aufkommen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Ertragsanteile) mit. Der übliche Anteil der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben liegt bei rund einem Drittel. Beispielsweise tangierten temporäre und strukturelle Maßnahmen im Rahmen der Anti-Teuerungspakete der Bundesregierung das Aufkommen der Ertragsanteile. Dazu zählten insbesondere die weitgehende Abschaffung der kalten Progression – analog dazu profitierten die Länder und Gemeinden anteilig von bisherigen Mehreinnahmen in der Vergangenheit bzw. wurden auch diskretionäre Steuerreformen anteilig mitgetragen – oder der Teuerungsabsetzbetrag. Im Zusammenhang mit der Ökosozialen Steuerreform 2022 lag der Anteil des Bundes an den Mindereinnahmen bei rund drei Viertel, da einzelne Maßnahmen zur Gänze vom Bund getragen wurden (z. B. die zusätzliche Entlastung der Geringverdienenden im Bereich der Einkommensteuer durch die Erhöhung des SV-Bonus und des Pensionistenabsetzbetrages).

Zudem gewinnen Umlagen zur Kofinanzierung von Landesaufgaben durch die Gemeinden an Bedeutung, die das verbleibende Aufkommen aus den Ertragsanteilen schmälern. Eine erste Indikation dafür lässt sich anhand der verbleibenden Ertragsanteile nach Abzug der Umlagen (Landes-, Krankenanstalten- und Sozialhilfeumlage) erkennen: Diese sind deutlich rückläufig und gingen beispielsweise im Burgenland zwischen 2014 und 2023 von 66 Prozent auf 54 Prozent, in Oberösterreich von 40 auf 33 Prozent zurück (Städtebund 2025).[5] Auf Basis intergovern-

5 Deutlich unterschiedliche Belastungen zwischen den Bundesländern ergeben sich u. a. aufgrund der Einhebung unterschiedlicher Umlagen (z. B. wird in der Steiermark keine Krankenanstaltenumlage eingehoben), der unterschiedlichen Höhe der jeweiligen Umlagen (z. B. liegt der Anteil der Gemeinden an der Sozialhilfe zwischen 35 und 50 %) oder aufgrund des unterschiedlichen Leistungsangebots und des damit einhergehenden Finanzierungsbedarfs.

mentaler Finanzströme gemäß ESVG 2010 zeigte sich im Jahr 2024 ein Anstieg der Netto-Transfers der Gemeinden an die Länder um 0,7 Mrd Euro gegenüber dem Vorjahr. Der Transfersaldo der Gemeinden gegenüber den Ländern belief sich im Jahr 2024 auf -1,3 Mrd Euro, nachdem er in den Vorjahren Werte zwischen -0,5 und -0,6 Mrd Euro erreicht hatte.

Österreich zeigt – trotz Rezession und moderatem Wirtschaftswachstum in der mittleren Frist – eine robuste Einnahmenentwicklung bzw. ein robustes Abgabenaufkommen, das vorrangig durch die hohe Beschäftigung und dementsprechend prognostizierten Zuwachs der Bruttolohnsumme begründet wird. Vor diesem Hintergrund ist zwar mittelfristig auch mit Zuwachsraten für das Steueraufkommen der Gemeindeebene von über 3 Prozent p. a. zu rechnen. Diese Zuwachsraten bleiben aber unter dem 10-jährigen Durchschnitt von 4 Prozent.

Die sonstigen Einnahmen, wie z. B. Erlöse aus Marktproduktion (Gebühren) oder Vermögenseinkommen aus Gewinnentnahmen, nahmen auf Gemeindeebene im Jahr 2024 mit +7,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr deutlich zu. Nach einer kurzen Phase erhöhter Gewinnentnahmen und Nachzieheffekten bei Gebührenanpassungen ist in Zukunft von einer Normalisierung der Zuwachsraten etwa im Ausmaß des 10-Jahresdurchschnitts von rund 4 Prozent auszugehen.

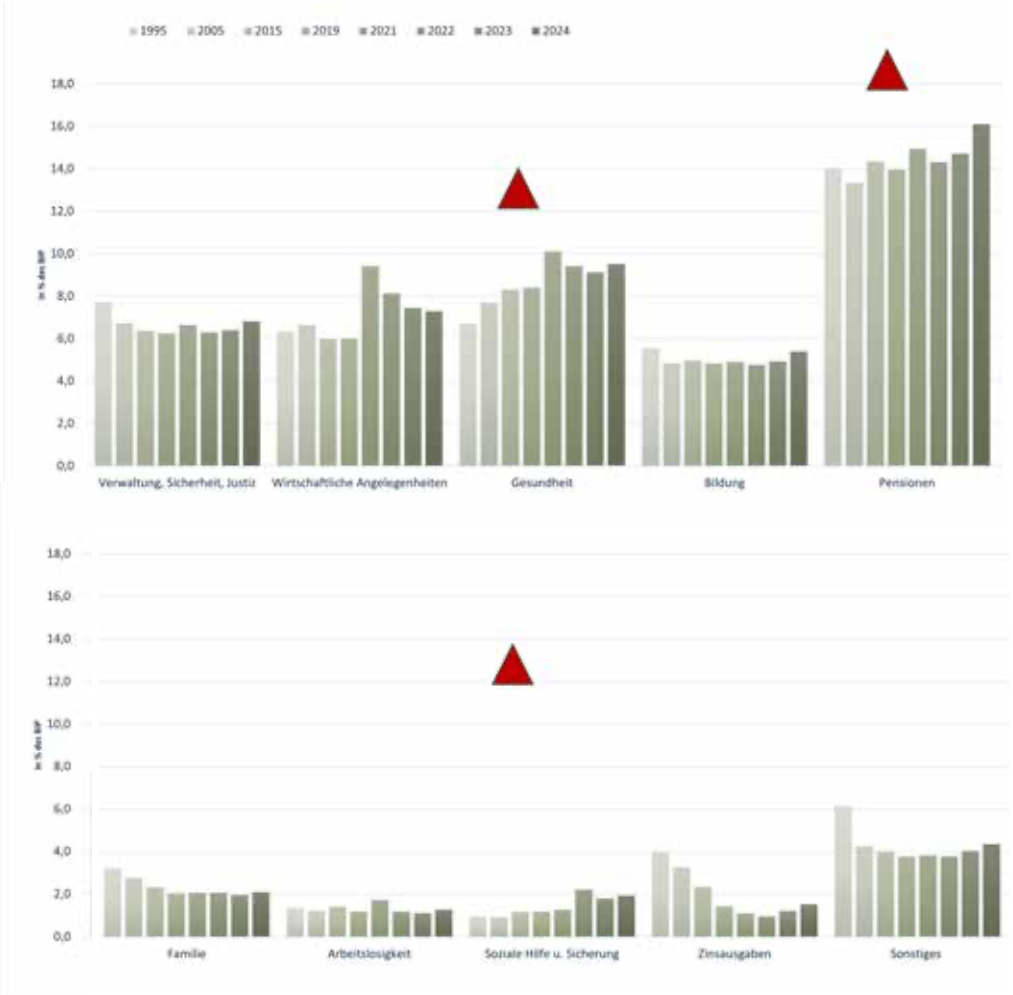
Insgesamt verzeichnete die Gemeindeebene – trotz multipler Krisen – ein robustes Einnahmenwachstum, das auch in Zukunft erhalten bleiben sollte. Vorübergehende Einnahmenausfälle wurden durch zusätzliche Bundestransfers zum Teil kompensiert, allerdings wurden die Gemeinden auch verstärkt zur Kofinanzierung von Länderaufgaben eingebunden.

Ausgabendynamik und Herausforderungen

Das Aufgabenportfolio der Gemeindeebene ist durch besonders dynamische Ausgabenbereiche gekennzeichnet, die meist auch unter „Mischkompetenzen“ aller gebietskörperschaftlichen Ebenen fallen. Dazu zählen insbesondere die Bereiche der Gesundheit und Pflege, Kofinanzierungen bei der sozialen Sicherung, aber auch andere Bereiche der Daseinsvorsorge, insbesondere Infrastrukturmaßnahmen zur Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung sowie im Straßenbau und öffentlichen Nahverkehr. Die Ausgabendynamik und besonderen Herausforderungen ergeben sich vor allem durch die demografische Entwicklung, aber zum Teil auch durch die grüne und digitale Transformation.

Grafik 1: Staatsausgaben in funktionaler Gliederung

Quelle: Fiskalrat 2025.



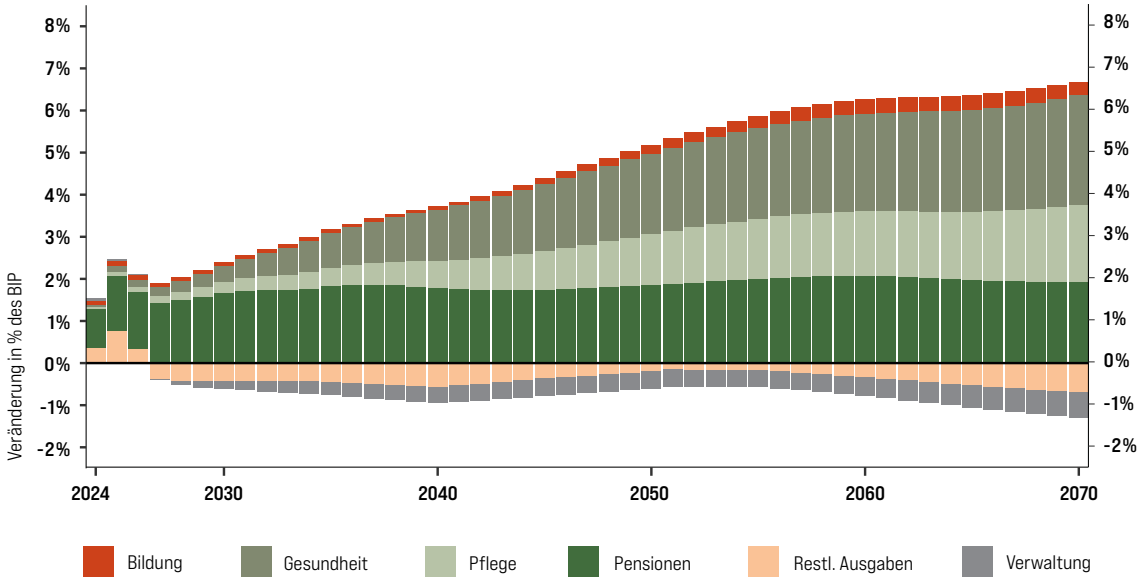
Ausgabenbereiche wie Pflege und Gesundheit wiesen schon in der Vergangenheit besonders hohe Zuwachsraten auf – selbst wenn man um einen „COVID-19-Faktor“ bereinigt (Grafik 1). Hinter dieser Dynamik steht ein signifikanter Trend, dessen Fortsetzung sich durch Ergebnisse des aktuellen Berichtes zur „fiskalischen Nachhaltigkeit Österreichs” des Fiskalrates (Fiskalrat 2025) verfestigt:

Die demografieabhängigen Ausgaben werden ausgehend vom Jahr 2023 bis 2070 um 6,2 Prozent des BIP steigen. Dieser Anstieg setzt sich wie folgt zusammen: Gesundheit: +2,6 Prozent des BIP, Pensionen: +1,9 Prozent des BIP, Pflege: +1,8 Prozent des BIP, Bildung: +0,3 Prozent des BIP und Familienleistungen: -0,5 Prozent des BIP (Grafik 2). Im Gegensatz zu den Ausgaben für Pensionen, die den Großteil des Anstiegs bereits bis zum Jahr 2025 verzeichnen, steigen jene für Gesundheit und Pflege kurz- und mittelfristig schwächer, aber in der langen Frist deutlich stärker an. Für Gesundheitsausgaben wird – ausgehend von 7,7 Prozent des BIP im Jahr 2023 – ein Anstieg auf 8,9 Prozent im Jahr 2040 bzw. 10,3 Prozent im Jahr 2070 erwartet. Ausgehend von einem niedrigeren Niveau fällt der relative Anstieg der Pflegeausgaben noch deutlicher aus. Nach 1,3 Prozent des BIP im Jahr 2023 wird ein Anstieg auf 1,9 Prozent im Jahr 2040 bzw. 3,1 Prozent im Jahr 2070 prognostiziert. Ausschlaggebend für den Anstieg sind nicht nur demografische Faktoren, wie die Tatsache, dass die Stückkosten für Gesundheit und Pflege im Alter zunehmen, sondern auch, dass die Stückkosten für Sachleistungen in diesen Bereichen in der Vergangenheit deutlich stärker gewachsen sind als nur durch Inflation und Arbeitsproduktivität erklärbar.

Dieser historische Trend wird auch in die Zukunft fortgeschrieben, ohne zusätzliche Kostendämpfungsmaßnahmen zu unterstellen. Als wahrscheinliche Ursachen sind die Baumolsche Kostenkrankheit[6] sowie die tendenziell kostenerhöhenden technologischen Fortschritte im medizinischen Bereich zu nennen. Gedämpft wird die Entwicklung durch die inflationsindexierten Transfers wie das Pflegegeld, deren Stückkosten nicht mit den Produktivitätssteigerungen mitwachsen. Diese Transfers verlieren daher innerhalb der Ausgaben für Gesundheit und Pflege zunehmend an Gewicht. Ähnliches gilt für die Familienleistungen aus Transfers, für die ein langfristiger Rückgang von 1,5 Prozent des BIP auf 1,1 Prozent des BIP im Jahr 2070 erwartet wird. Im Fall der Ausgaben für Bildung wird ein leichter langfristiger Zuwachs um 0,3 Prozentpunkte ausgehend von 4,8 Prozent auf 5,1 Prozent des BIP erwartet. Dies erklärt sich u.a. durch eine relative Zunahme der Anzahl an jungen Personen trotz Alterung der Gesellschaft. Jeder Person im Alter zwischen 20 und 64 Jahren stehen aktuell 0,32 Personen unter 20 Jahren gegenüber. Dieses Verhältnis steigt bis 2070 laut Bevölkerungsprognose von Statistik Austria auf 0,36. Zweitens erhöhen sich die durchschnittlichen Bildungskosten durch eine zunehmende Verschiebung von Primär- und Sekundär- zu tertiärer Ausbildung.

6 Aufgrund unterschiedlicher sektoraler Produktivitätsentwicklung führt der allgemeine Lohnanstieg in Sektoren, in denen Produktivitätssteigerungen aufgrund des hohen Maßes an persönlichen Dienstleistungen schwieriger sind, zu einer relativen Verteuerung der Stückkosten in diesem Sektor.

Grafik 2: Dynamik der demografieabhängigen Staatsausgaben



Quelle: Fiskalrat 2025a.

Stellvertretend für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen aufgrund anstehender Transformationsprozesse lässt sich die besondere, vielschichtige Rolle der Gemeinden im Kontext des Klimawandels mit entsprechend umfassenden fiskalischen Implikationen darstellen: Zur Reduktion der Eigenemissionen, die durch Nutzung kommunaler Gebäude und Fahrzeuge sowie Bereitstellung des öffentlichen Nahverkehrs entstehen, werden zunehmend Investitionen in thermische Sanierung, klimafreundliche Heizungs- und Antriebssysteme erforderlich. Zudem können Gemeinden durch Bereitstellung von Anschubinvestitionen und Komplementärinfrastruktur, wie z. B. Netze, Entsorgung, Versorgung, zur Überwindung von Marktversagen beitragen und Anreize für private Investitionen liefern. Diese Anreize können durch verschiedene Förderinstrumente noch verstärkt werden. Schließlich können Gemeinden bei der Bewältigung von (privaten) Katastrophenschäden unterstützen und aktiv Präventionsmaßnahmen gegen den Klimawandel bzw. zur Anpassung an die geänderten klimatischen Bedingungen setzen (z. B. durch Stadtbegrünung, Entsiegelung, Hochwasserschutz).

Bruttoinvestitionen stellen eine zentrale Steuerungsgröße auf Gemeindeebene dar, um Einnahmenausfälle oder Konsolidierungsanforderungen über den Ermessensbereich aussteuern zu können. Gegenwärtig zeigt sich eine deutliche Verlangsamung der Investitionstätigkeit, aber ein weiterhin hoher Zuwachs in Höhe von 7,4 Prozent im Jahr 2024. Diese Entwicklung spiegelt auch Nachholeffekte nach der Corona-Pandemie wider, als die kommunalen Bruttoinvestitionen im Jahr 2020 um 5,2 Prozent einbrachen und seither jährlich zwischen 7,9 und 21,8 Prozent zunahmen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass v. a. die demografische Entwicklung, aber auch Herausforderungen im Zusammenhang mit der grünen Transformation, signifikanten Druck auf die kommunalen Finanzen ausüben. Dabei steht die kommunale Investitionstätigkeit im Spannungsfeld zwischen fiskalischer Steuerungsgröße und zugleich dem Schlüsselinstrument, „Zukunftsinvestitionen" tätigen sowie Transformationsprozesse gestalten und begleiten zu können. Nicht zuletzt weisen Investitionen hohe Fiskalmultiplikatoren auf. Aus der Zusammensetzung der Staatsausgaben lassen sich daher auch unterschiedlich positive volkswirtschaftliche Effekte erzielen, die wiederum über die Einnahmenseite auch zur Angleichung der Dynamiken beitragen können.

Handlungsbedarf – oder so kommt das Geld (vielleicht) wieder!

Der große Konsolidierungsbedarf zur Korrektur der Budgetentwicklung Österreichs erfordert ein weitreichendes Maßnahmenbündel, das sich realistischerweise sowohl auf die Ausgaben- als auch auf die Einnahmenseite bezieht (Fiskalrat 2024) und alle gebietskörperschaftlichen Ebenen einschließt. Allerdings wirken ausgabenseitige Konsolidierungsmaßnahmen empirischen Untersuchungen folgend budgetär nachhaltiger (Aiginger et al. 2010), insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Dynamik der alterungsabhängigen Ausgabenbereiche. Um einen möglichst fließenden Übergang der Konsolidierungswirkungen sicherzustellen, sollten wirksame Konsolidierungsmaßnahmen rasch und von Beginn an mit Strukturreformen flankiert werden (Fiskalrat 2024). Dieser Aspekt gewinnt noch dadurch an Bedeutung, dass den Reformen und Investitionen im neuen EU-Fiskalrahmen eine besondere Rolle zukommen: So könnten diese zu einer Verlängerung des Anpassungszeitraumes[7] führen, wodurch die Konsolidierungserfordernisse über einen längeren Zeitraum erstreckt werden und folglich die jährliche Anpassungsnotwendigkeit reduziert wird. Zudem könnten Reformen und Investitionen bei der Beurteilung des Bestehens eines übermäßigen Defizits gegebenenfalls als „relevanter Faktor" berücksichtigt werden, um eine geringfügige, vorübergehende Überschreitung der Obergrenze von 3 Prozent des BIP oder eine Verfehlung des Schuldenkriteriums – ohne Verfahrensschritte oder Sanktionen – zu rechtfertigen.

7 Zeitraum von 4 Jahren (gegebenenfalls verlängert um 3 Jahre), um die gesamtstaatliche Staatsschuldenquote auf einen nachhaltig rückläufigen Pfad zu bringen.

Aus diesem Sachverhalt leitet sich ein dringlicher Verhandlungs- und Koordinierungsbedarf ab, um den Beitrag aller Gebietskörperschaften zur erforderlichen Konsolidierung Österreichs und im Zusammenhang mit (gebietskörperschaftsübergreifenden) Reform- und Investitionsvorhaben festlegen zu können. Diesbezügliche Gespräche und Entscheidungen stehen unter hohem Zeitdruck, da einerseits die EU-Richtlinie 2024/1265, die eine Überleitung des EU-Fiskalrahmens in nationales Recht bis Ende 2025 und folglich eine entsprechende bundesstaatliche Regelung vorsieht, umgesetzt werden muss. Andererseits benötigen die Länder und Gemeinden Planungssicherheit, die hinsichtlich Budgetvorgaben, Reformagenda und Finanzierungsoptionen spätestens im Herbst 2025 im Zuge der Budgeterstellung für das Fiskaljahr 2026 von großer Bedeutung sein wird.

Bereits im Juni 2023 empfahl der Fiskalrat, nach Finalisierung des Legislativpakets zum Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU ehestmöglich Konsistenz zwischen dem heimischen und dem EU-weiten Fiskalregelwerk herzustellen (Fiskalrat 2023). Im Zuge dessen müsste sowohl auf eine Vereinfachung als auch auf erhöhte Steuerungsrelevanz (für den Budgetplanungsprozess und den Budgetvollzug) geachtet werden, um die Rückkehr auf solide Budget- und Verschuldungspfade für alle Gebietskörperschaften zu unterstützen. Ferner sollten die Bestimmungen eine Übergangslösung für die Jahre 2024 und 2025 enthalten oder zumindest eine nachträgliche Aufhebung der derzeit noch geltenden Rechtslage des ÖStP 2012 für diese Jahre vorsehen, sodass ein reibungsloser Regimewechsel gewährleistet werden kann. Im neuen Paktum zum Finanzausgleich ab 2024 wurde auch bereits die Notwendigkeit und Absicht zu neuen Verhandlungen zur Änderung des ÖStP 2012 festgehalten (Bundesministerium für Finanzen 2023). Allerdings kam es aufgrund der langwierigen Bildung einer neuen Bundesregierung zu Verzögerungen, die Verhandlungen zu beginnen. Mittlerweile wurden erste Verhandlungsrunden geführt, diese kamen aber noch zu keinem Ergebnis.

Einen groben Überblick über dringend anstehende Strukturreformen und den meist damit einhergehenden Koordinierungsbedarf – in diesem Zusammenhang könnte das auf Basis des ÖStP 2012 bereits etablierte Österreichische Koordinationskomitee eine gestärkte Rolle zur Koordination von Investitions- und Reformvorhaben einnehmen – geben die aktuellsten Empfehlungen des Fiskalrates vom Dezember 2024 (Fiskalrat 2024):

- Erhöhung der Effizienz des Fiskalföderalismus in Österreich, insbesondere durch eine vorgelagerte Aufgabenreform, die Voraussetzung für eine effektive Implementierung finanzwissenschaftlicher Prinzipien ist. Dazu zählen u. a. die Zusammenführung der Aufgaben-, Einnahmen- und Ausgabenverantwortung, die entsprechende Stärkung der Aufgabenorientierung und Abgabenautonomie bei der Finanzierung von Aufgaben und die Entflechtung und Reduktion innerstaatlicher Zahlungsströme.

- Strukturreformen in den gebietskörperschaftsübergreifenden Aufgabenbereichen (v. a. Bildung, Gesundheit, Pflege) zur Hebung von Effizienzpotenzialen.

- Verbesserte Koordination zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, um adäquate Bedarfs- und Entwicklungspläne für Pflegedienstleistungen zu erstellen und einheitliche Leistungs- und Qualitätsstandards zu gewährleisten. Unvermeidbare Ausgabensteigerungen bedürfen eines geordneten, nachhaltigen Finanzierungsmodells.

- Weiterentwicklung des heimischen Gesundheitssystems in Richtung integrierter Gesundheitsversorgung, die eine besser koordinierte Bedarfsfeststellung, Prozessplanung, Steuerung und Finanzierung ermöglicht.

- Gesamtstrategie zum heimischen Förderwesen unter Bedachtnahme auf die Minimierung von Zielkonflikten, Doppelgleisigkeiten und Mitnahmeeffekten sowie auf die Erhöhung der Transparenz und Treffsicherheit. Dies schließt eine verbesserte Koordination der fördernden Stellen innerhalb einer Gebietskörperschaft und deren zum Teil ausgelagerten Fördereinrichtungen, aber auch zwischen den Gebietskörperschaften ein.

- Eine systematische Durchforstung und Evaluierung aller Förderungen hinsichtlich Zielsetzung und -erreichung, eingesetzter Fördermittel und möglicher, alternativer, (kosten)effizienterer Politikmaßnahmen zur Zielerreichung. Wie bei den Förderungen soll bei der Wahl alternativer Instrumente (z. B. regulatorische Maßnahmen) neben deren Effektivität und Kosteneffizienz stets auf den damit verbundenen bürokratischen und administrativen Aufwand geachtet werden.

- Die Schaffung einer Datenbasis für Haushaltseinkommen, um die Treffsicherheit zukünftiger Maßnahmen zu erhöhen und dadurch eine geringere budgetäre Belastung zu ermöglichen.

Der Aspekt einer forcierten Koordination aller gebietskörperschaftlichen Ebenen, mit dem Ziel besser abgestimmter Förderstrukturen und dem Potenzial für die Entwicklung einer Gesamtstrategie, wurde bereits im Paktum zum neuen Finanzausgleich ab 2024 aufgegriffen. Demnach soll eine Taskforce mit der laufenden Untersuchung der Förderstruktur, insbesondere im Hinblick auf (unerwünschte) Mehrfachförderungen und Doppelgleisigkeiten, betraut werden. Diese Taskforce fand sich auch im Regierungsprogramm der neuen Bundesregierung wieder und wurde mittlerweile auch etabliert. So besteht beispielsweise durch die kompetenzrechtliche Möglichkeit aller drei gebietskörperschaftlichen Ebenen, im Rahmen ihrer Aufgabenbereiche Maßnahmen zum Umweltschutz zu setzen, hohes Potenzial zur zielgerichteten Bündelung der Aktivitäten und wechselseitigen Effektivitätssteigerung von klimapolitischen Maßnahmen durch eine besser abgestimmte, gebietskörperschaftsübergreifende Vorgehensweise (Grossmann 2023).

Fazit

„Ein wichtiger Bestandteil der aktuellen und mittelfristigen Fiskalpolitik muss sein, Budgetspielräume für Zukunftsinvestitionen zu schaffen, Budgetrisiken zu minimieren und Vorsorge für erforderliche demografische, grüne und digitale Transformationsprozesse zu treffen. Das bedeutet, bei der Konsolidierungsstrategie über die Anforderungen der regelgebundenen Fiskalpolitik hinaus zu gehen" (Fiskalrat 2024). Dies kann nur gelingen, wenn sich alle gebietskörperschaftlichen Ebenen zu soliden Staatsfinanzen bekennen und entsprechende Anstrengungen unternehmen, die bestehende und aus heutiger Sicht stetig wachsende Finanzierungslücke nachhaltig zu schließen.

Entscheidend für das Gelingen werden eine systematisch zu führende Aufgaben- und Ausgabenkritik, weitreichende Strukturreformen, die Anreize zum effizienten Ressourceneinsatz und vor allem das Potenzial zur Reduktion hoher Ausgabendynamiken entfalten, sowie die verstärkte gebietskörperschaftsübergreifende Koordination sein. Der Finanzausgleich kann zwar – aufgrund seiner grundlegend intendierten Aufgabe, eine adäquate Finanzmittelausstattung aller Gebietskörperschaften zur Bewerkstelligung der jeweiligen Staatsaufgaben zu gewährleisten – einen wichtigen Beitrag zum Abgleich unterschiedlicher Entwicklungstrends auf der Einnahmen- und Ausgabenseite öffentlicher Haushalte leisten, aber gewiss nicht alle strukturellen Probleme lösen.[8] Dementsprechend ist die eigenverantwortliche Gestaltung solider Staatshaushalte unerlässlich.

Auf kommunaler Ebene schließt dies Prozessoptimierungen, weiteres Forcieren von Gemeindekooperationen, aber letztendlich wohl auch ein ausgeprägtes Maß an Leistungskürzungen ein.

Die verstärkte Koordination zwischen den gebietskörperschaftlichen Ebenen (zum Teil auch innerhalb einer Ebene) sollte deutlich über die Kofinanzierungen unter einer bestimmten Zweckwidmung hinausgehen, vielmehr als strategisches, gemeinsames Vorgehen gelebt werden. Die Anforderungen des neuen EU-Fiskalrahmens lassen die Akteure des Bundesstaates näher zusammenrücken, um z. B. Maßnahmen für wirtschafts-, gesellschafts- und umweltpolitische Schwerpunktsetzungen besser abstimmen und erfassen sowie einen verlässlichen Mechanismus zur Vermeidung und gegebenenfalls Korrektur budgetärer Schieflagen einzelner Gebietskörperschaften etablieren zu können. Selbst wenn die jeweiligen Konsolidierungsbeiträge der gebietskörperschaftlichen Ebenen zur gesamtstaatlichen Konsolidierungsanstrengung derzeit noch ungewiss sind, steht die Notwendigkeit dieses Abstimmungsbedarfs schon jetzt fest.

8 Ungeachtet der finanzwissenschaftlich motivierten Reformnotwendigkeiten zur Effizienzsteigerung des Fiskalföderalismus (Grossmann 2024).

Literatur

- Aiginger, K., H. Pitlik und M. Schratzenstaller (2010). Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich. Ausgangslage und Erfolgsbedingungen. WIFO-Monatsberichte 83 (3): S. 219-232.
- Bundesministerium für Finanzen (2023). Paktum zum Finanzausgleich ab 2024. Wien.
- Büro des Fiskalrates (2025). Aktueller Budgetausblick 2025 und 2026. Schnelleinschätzung des Fiskalratsbüros. Pressemitteilung vom 11.4.2025. Wien
- Fiskalrat (2023). Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2022–2027. Wien.
- Fiskalrat (2024). Bericht über die öffentlichen Finanzen 2023–2028. Wien.
- Fiskalrat (2025a). Bericht über die fiskalische Nachhaltigkeit 2025. Fiscal Sustainability Report. Wien
- Fiskalrat (2025b). Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln 2024–2029. Wien
- Grossmann, B. (2023). Ökonomische Steuerungselemente zur Bewältigung der Klimakrise. In: Mitterer, K., M. Getzner und J. Bröthaler (Hrsg.). Klimaschutz und Klimawandelanpassung im Bundesstaat. Föderale Herausforderungen und Steuerungsansätze. KDZ-Schriftenreihe „Öffentliches Management und Finanzwirtschaft", Band 26. Wien, S. 106-116.
- Grossmann, B. (2024). Österreichischer Finanzausgleich und der neue Fiskalrahmen der EU. In: Bauer, H., P. Biwald und K. Mitterer (Hrsg.). Finanzausgleich 2024: Ein Handbuch. Mit Kommentar zum FAG 2024. KDZ-Schriftenreihe „Öffentliches Management und Finanzwirtschaft", Band 27. Wien, S. 432-449.
- Österreichischer Städtebund (2025). Österreichische Gemeindefinanzen 2025 – Entwicklungen 2014 bis 2028. Stadtdialog. Schriftenreihe des Österreichischen Städtebundes, Mai 2025.
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2025). WIFO-Konjunkturprognose 1/2025. Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026. Wien

JOSEF WALLENBERGER IM GESPRÄCH MIT DANIELA INGRUBER

Nicht Retro, sondern relevant: der ländliche Raum

Abstract – Herausforderungen und Chancen für das Leben am Land

Die ländlichen Regionen Österreichs stehen im Spannungsfeld von demografischem Wandel, Arbeitskräftemangel und gesellschaftlicher Veränderung. Im Gespräch mit Regionalentwickler Josef Wallenberger mit Daniela Ingruber wird deutlich: Viele gängige Klischees über Landflucht und Überalterung greifen zu kurz. Zwar sterben in vielen Regionen mehr Menschen, als geboren werden – gleichzeitig ziehen junge Familien verstärkt aufs Land, angelockt von bezahlbarem Wohnraum, naturnahen Lebenswelten und neuen Chancen.

Die Zukunftsfähigkeit ländlicher Gemeinden hängt laut Josef Wallenberger maßgeblich von neuen Wohn- und Betreuungsformen im Alter, guter Gesundheitsversorgung und moderner Infrastruktur ab. Auch flexible Mobilitätslösungen und kulturelle Angebote werden zunehmend wichtig. Dabei braucht es ein Umdenken: Stadt und Land sind keine Gegensätze, sondern Teil eines gemeinsamen Systems.

Für Bürgermeister:innen und Lokalpolitik gilt: Kooperation statt Konkurrenz, Freude an der Gestaltung und Offenheit für neue Entwicklungen sind zentrale Erfolgsfaktoren, um den ländlichen Raum attraktiv und lebendig zu halten.

Josef Wallenberger
ist seit vielen Jahren in der Regionalentwicklung tätig. Ende der 1980er Jahre war er Obmann der ÖAR – Österreichische Arbeitsgemeinschaft für eigenständige Regionalentwicklung und gründete 1998 gemeinsam mit Gerhard Linhard die Wallenberger & Linhard Regionalberatung, deren Geschäftsführer er ist. Er lebt in Niederösterreich und ehrenamtliche Tätigkeiten gehören für ihn zum Alltag.

Herr Wallenberger, mit welchen Herausforderungen müssen Gemeinden und die Bevölkerung in den nächsten Jahren rechnen?

Der demografische und der gesellschaftliche Wandel sind wirkliche Herausforderungen, doch die Schwierigkeit ist, dass sie manchmal nicht gleich greifbar sind. Im Zuge der Landesentwicklung Niederösterreich beschäftigen wir uns bereits seit 2005 mit diesem Thema und tragen es an die Kommunen und Regionen heran. Doch alles, was schleichend kommt, wird häufig nicht wahrgenommen.

Waren die aktuellen Entwicklungen schon länger sichtbar?

Ich bin ehrenamtliches Mitglied des Wirtschaftsforums Waldviertel und nannte bereits vor 15 Jahren einen Vortrag: „Gehen dem Waldviertel die Arbeitskräfte aus?“. Das wurde damals fast ein wenig belächelt, denn das Waldviertel hatte andere Zuschreibungen. Dabei war schon damals offensichtlich, was kommt: die alternde Gesellschaft, die Anforderungen an die Daseinsvorsorge und dadurch verbunden nicht nur die Gesundheitsversorgung, sondern auch die Frage, was dies für das Bürger:innenengagement und das Ehrenamt der Zukunft bedeutet. Denn davon leben der ländliche Raum und insgesamt die Gesellschaft stark.

Gleichzeitig ist der Arbeitskräftemangel gekommen, um zu bleiben, und natürlich macht die Demografie weder vor den Gemeinden noch vor den Unternehmen halt. Im Gesundheitsbereich sieht man es am besten: Die stärkere Nachfrage durch die alternde Gesellschaft, weniger Fachkräfte, Ärzt:innen und so weiter. Ich würde das Thema Gesundheit in Folge des gesellschaftlichen Wandels neben dem Arbeitskräftethema als eine der größten Herausforderungen auch für ländliche Räume nennen. Trotz einer wirtschaftlich schwierigen Lage bleibt dieser Arbeitskräftemangel aufgrund der demografischen Entwicklungen.

Wie unterscheiden sich die Entwicklungen am Land von jenen der Städte?

Wir arbeiten in unseren Projekten stark mit den Sinus Milieus© von Integral, die auf den französischen Soziologen Pierre Bourdieu zurückgehen. Damit teilt man die Bevölkerung nicht mehr nach sozioökonomischen Zielgruppen wie Geschlecht, Alter, Einkommen und so ein, denn da wären beispielsweise Andreas Gabalier und Conchita Wurst dieselbe Zielgruppe – und könnten doch unterschiedlicher nicht sein.

Wie sieht dies für den ländlichen Raum aus?

Früher gab es eine klassische Stadt-Land-Bruchlinie. In vielen Bereichen ist diese nicht mehr gegeben. Man kann nicht sagen, die Provinz ist provinziell und Urbani-

tät bedeutet Fortschritt, sondern die Typologien mischen sich. Sie finden am Land wie in der Stadt viele Hedonist:innen. Umgekehrt gibt es das Phänomen einer konservativen Jugend mit Sehnsucht nach der Vergangenheit. In unserer Jugend war es hinten finster und vorne lag die Zukunft. Für viele Junge wartet nun vorne die Krise und hinten heißt es: „Ihr habt es gut gehabt."

Auch im Ländlichen ist es komplex geworden. Städte wie Krems mit 25.000 Einwohner:innen haben die gleiche, volle Palette von Migrations-, Schul-, Hotspot-Themen, bis hin zur Bodennutzung wie Großstädte. Die großen Themen wie gesellschaftlicher und demografischer Wandel sind heute im städtischen ebenso wie im ländlichen Bereich auf der Agenda, auch in Kleingemeinden. Auch die kleinteiligen Strukturen und die Aufgabenvielfalt der Kommunen halte ich für sehr komplex im ländlichen Raum, und diese wirkt unmittelbar auch auf die Lebensqualität der Bürger und Bürgerinnen.

Wie steht es um die Lebensqualität im Alter in den ländlichen Regionen?

Wir kennen das Ideal, „möglichst lange selbstbestimmt zu Hause" zu leben, mit Unterstützung von Allgemeinmediziner:innen und Community Nurses, aber irgendwann geht es nicht mehr. Die Alternative, dass die Menschen in die Pflegeheime abwandern, das wird es auch nicht mehr spielen, weil wir uns diese Kapazitäten in Österreich nicht mehr leisten können werden. Also braucht es eine Mischform, wo Wohnen mit Betreuungsangebot und Supportangebot möglich wird.

Etwa Wohngemeinschaften, wie sie die Studierenden haben?

Da gibt es ein Potpourri und das Thema „mitalternder Wohnraum" ist dabei ein Schlüsselwort. Das ist nicht immer ausgefeilte Technologie, das kann auch ein Kontraststreifen sein, damit man erkennt, wo die Stiege beginnt. In Sachsen-Anhalt hat man gesehen, dass es vor Weihnachten zu sehr vielen Schenkel- und Beinbrüchen kommt. Ganz einfach, die Leute stellen in der Adventzeit elektrische Holzbögen mit Lichtern auf – die gibt es bei uns ja auch – und stolpern über das Kabel. Eine Steckdose in der Fensterleitung und das Thema ist erledigt. Es sind oft die einfachen Dinge, die helfen.

Und die Pflege?

Der Gesetzgeber müsste die Möglichkeit geben, dass eine 24-Stunden-Betreuung, bewusst nicht Pflege, sondern eine 24-Stunden-Betreuung bis zu drei Personen bzw. drei Wohneinheiten in einem Objekt betreuen kann. Das heißt, wenn ich heute sechs Wohneinheiten schaffe und eine gescheite Einliegerwohnung für zwei Betreuerinnen, die Komfort haben und nicht allein sind, können sie sechs Parteien

betreuen, zudem Räume für Community Nursing, für Tele-Health und so weiter, oder auch für einen Friseur, der einmal vorbeikommt.

Wir brauchen da neue Formen, ein Zwischending zwischen autonom zu Hause, mit pflegenden Angehörigen, die es immer weniger gibt, und dem Pflegeheim. Das sind infrastrukturelle Herausforderungen.

Was brauchen die Menschen also, um am Land gut leben zu können?

Es ist nicht so einfach, weil „die Menschen" gibt es nicht in diesem Zusammenhang. Es hat mit Sozialisierung zu tun, mit dem Milieu, aber auch mit Lebensphasen. Der Kern ist das: ein leistbarer, vernünftiger Wohnraum, eine gewisse Basisinfrastruktur, die aber sehr unterschiedlich gestaltet ist. Im Ländlichen muss man auch sehen, die Lokalität ist ein Thema, aber auch das Kommen und Gehen.

Wie sieht es mit der Abwanderung nun wirklich aus?

Ich teile die Aussage von der Landflucht und „die Alten kommen und die Jungen gehen" nicht. Unsere Erfahrungen und datenbasierten Recherchen sind ganz andere. Ja, es gehen die Jungen aber es kommen auch die Jungen und bringen Kinder mit. Für viele ist die Frage: „Wo soll mein Kind aufwachsen" Motiv für das Leben am Land. Später, wenn die Kinder draußen sind oder es berufliche oder persönliche Veränderung gibt, kann es auch wieder heißen, neue Standorte zu überlegen. Sozusagen gibt es zwei Arten von Landflucht: weg vom Land aber auch raus aus der Stadt aufs Land.

Man hört immer wieder, dass bestimmte Regionen Österreichs in wenigen Jahrzehnten problematisch leer sein werden. Ist das dann also falsch?

Ich habe dafür auch eine Zeitlang gebraucht, weil einfach ist es nicht. Manche Medien, aber auch viele Beobachter:innen sehen den Rückgang der Bevölkerung als Landflucht und sprechen von Abwanderungsgemeinden und Abwanderungsregionen. Ich maße mir jetzt nicht an, österreichweit eine belastbare Aussage zu treffen, aber in vielen klassischen ländlichen Regionen, die früher als diese dislozierten Standorte, als die benachteiligten Regionen gegolten haben, etwa Südburgenland, Waldviertel, Mühlviertel, Lesachtal, wie sie alle heißen, wenn Sie da genau hinschauen, haben Sie in den letzten 15 Jahren in den meisten dieser Regionen fast jedes Jahr eine positive Wanderungsbilanz. Es ziehen mehr Menschen zu, als wegziehen. Das Problem ist, dass die Geburtenbilanz nicht ausgeglichen werden kann. Das heißt, der hohe Anteil der älteren Menschen, durch die Abwanderung der 1970er, 80er, 90er Jahre, verursacht jetzt den Saldo. Es sterben viel mehr weg, als geboren werden. Und der positive Zuzug kann das nicht ausgleichen.

Also der Zuzug verpufft quasi?

Die Folge der alternden Gesellschaft führt zu den Schrumpfungen, nicht die Landflucht. Ich kann Ihnen ein Beispiel geben, etwa das Waldviertel, da machen wir seit 15 Jahren Wohnstandortmarketing. Wenn ich frage, wer wegzieht: „Na, die Jungen sind weg." Wer zieht zu? „Na, die Alten." Nein, überhaupt nicht. Es sind die Jungen, die gehen. Und es sind die Jungen, so 26 bis 34, die kommen.

Mit Familien wahrscheinlich?

Die bringen Kinder mit, genau. Das ist nicht in allen Regionen Österreichs gleich. Wenn Ältere kommen, sind das im Waldviertel eher keine Rückkehrer, sondern sie kommen ganz von woanders her. Die kommen aus Tirol wegen der Wohnpreise oder weil sie näher zu den Kindern nach Wien rücken wollen. Aber die Waldviertel-Rückkehrer, das ist ein interessantes Phänomen. Die sind zu einer Zeit weggegangen, als das Waldviertel wirklich wenig geboten hat. Die mussten gehen, haben es mit viel Eifer geschafft, sich in Wien etwas aufzubauen und haben alte Bilder der Heimat im Kopf: „Was tue ich dort, da gibt es ja nichts."

Das ist im Südburgenland anders. Die haben eine viel höhere Bindung, da kommen die Leute auch nach 40 Jahren wieder zurück. Also, es ist nicht ganz harmonisch verteilt, aber in den seltensten Fällen ist die Wanderungsbilanz das Problem für das Schrumpfen. Die Babyboomer, wenn deren Mortalität beginnt, dann haben die wieder ein großes Problem.

In Oberitalien kennt man diese fast leeren Orte. Ist es dort vielleicht anders?

Da haben Sie eine andere Stadtstruktur. Wenn Sie etwa in die Emilia Romagna gehen, da ist es noch stärker ausgeprägt. Was Sie beschreiben, gibt es in Spanien, im Gebirgsmassiv und so weiter. Es gibt es auch in Österreich, aber nicht so ausgeprägt. Diese wirklich leergeräumten Räume sehe ich in Österreich nicht, da sind wir zu „verwurzelt" und kleinräumig organisiert als Gesellschaft.

Wie sieht es dann mit Kärnten aus? Es heißt doch immer wieder, dass es dort die größten demografischen Probleme gäbe.

Ja, wobei Kärnten ein Spezialfall ist, mit der negativsten Bevölkerungsprognose. Da spielt viel zusammen in Kärnten. Dort gibt es auch ein Wanderungsthema, weil der Zuzug nicht in dem Ausmaß passiert. Man wird sehen, was die neue Bahnverbindung so alles bringt. Aber in Kärnten, würde ich sagen, trifft es mit der Landflucht am ehesten zu, wobei es auch dort Gegentrends gibt, die Landschaft attraktive Räume bietet und in den letzten Jahren viel in die Bildungs- und Standortinfrastruktur investiert wurde.

Kehren wir zum romantischen Bild vom Landleben zurück. Was ist heute damit?

Ich bin mittlerweile in einer Generation, in der man schon mehrere Landbewegungen erlebt hat. Das waren in den 1970er Jahren eher Aussteiger, ökologisch Orientierte, Anti-Atombewegte. Und jetzt haben wir wieder eine Landbewegung. Ich glaube, den Run aufs Land beeinflusst auch die permanente Abfolge von Krisen. Je krisenbehafteter Zeiten sind, umso stärker suchen Menschen eine Überschaubarkeit, Vertrautheit. Und das ist natürlich eine Zuschreibung, die man vom Land noch hat. Das ist zum Teil klischeehaft, denn das soziale Leben am Land hat wie die Durchmischung der Milieus viel verändert.

Provinz ist heute nicht mehr provinziell. Gehen Sie in eine gut sortierte Trafik, Sie werden einen Laufmeter an Zeitungen mit Titeln finden wie Landliebe, Landlust, Landküche, Landkinder, Land, Land, Land. Diese Sehnsucht nach dem Landleben ist bei vielen Menschen da: Jahreskreise erleben zu können, Sicherheit, ein Wohnraum, den man sich woanders nicht leisten könnte, raus aus der Hektik. Diese Stärken des Ländlichen waren früher keine strategischen Stärken. Man ist einfach damit übergeblieben. Und heute zählt das plötzlich. Das ist eine Werte-Geschichte.

Aber das Landleben ist nichts für „Weicheier“. Es kann ganz schön herausfordernd sein, aber es hat halt schon auch seine Anziehung. Auch das Angebot ist nicht schlecht im ländlichen Bereich, von der Schule bis zur Medizin. Das reden wir uns oft schlechter, als es ist. Und wir haben in vielen Räumen ein vielfältiges kulturelles Angebot. Ja, es ist verstreut, aber wenn man es in Erreichbarkeitszeiten statt in Kilometern rechnet, sieht es besser aus und auch die urbanen Zentren sind in den meisten Regionen Österreichs in einer guten Stunde erreichbar. Man braucht allerdings oft ein Fahrzeug, da aufgrund der dislozierten Lage vieler Orte ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr flächendeckend nicht machbar ist. Darin liegt noch ein Engpass, aber bedarfsorientierte Zusatzangebote bringen eine Überbrückung bis zur Verfügbarkeit von autonomen Fahrzeugen als nächster Game-Changer für den ländlichen Raum.

So schön die ländlichen Regionen sind: Es ist ein Unterschied, für eine Woche auf Besuch zu kommen oder immer am Land zu leben. Lässt es sich in ein paar Sätzen erklären, was jüngere erwerbstätige Leute brauchen, vielleicht mit Familien, damit sie aufs Land ziehen können?

Es gibt Menschen, für die ist das Ländliche nett, schön zum Besuchen, eine „persönliche Tankstelle“, um einmal aufzuladen, nicht als Hauptwohnsitz, sondern Tourismusziel. Aber es gibt viele Menschen, die sagen: In meiner Lebensphase oder in meiner Sehnsucht und Werthaltung, ist es genau das, was ich jetzt suche“, manche auch mit Standorten in der Stadt und am Land. Früher sagte man, „bei euch in der Provinz bekomme ich keine Arbeit“, das ist heute anders. Der Arbeitsmarkt ist ein Suchender, auch im Ländlichen. Bei Familien, die einen Zuzug überlegen, braucht man aber für zwei Leute einen passenden Arbeitsplatz. Das macht es oft

schwieriger. Ein positives Argument ist das Thema Kleinkinderbetreuung, wo viel investiert wurde und wird. Das ist ein wichtiger, ein harter Standortfaktor geworden.

Wie steht es mit dem Wohnraum?

Wohnraum spielt eine große Rolle. Ein hoher Prozentsatz der Österreicher:innen träumt vom Haus mit Garten. Das kann man sich in der Stadt abschreiben. Bei der Motivforschung hört man viele sagen: „Ich hätte mir nicht gedacht, dass ich für meine Wohnung, die ich in den 1980er-Jahren gekauft habe, so viel Geld bekomme. Ich leiste mir meinen Wohnraum im Grünen, im Ländlichen, weil es ungleich hochwertiger ist. Das sind Push-and-Pull-Faktoren. Und dann schon auch, dass diese Zuschreibung zum Ländlichen in Summe besser geworden ist. Nicht mehr das Klischee der Hinterwäldler, sondern es hat eine Milieu-Durchmischung gegeben.

Wenn man genau hinschaut, finden Sie Angebote, die sind sensationell. Von den ausgefallensten Kulturspalten bis hin zu Sportangeboten. Es ist aufwändiger und es ist räumlich größer zu sehen. Deshalb arbeiten wir stärker mit dem Argument der Erreichbarkeitszeiten, nicht mehr mit Entfernungskilometern. Aber die Schwäche ist die Komplexität, wie man den öffentlichen Verkehr gut anbinden kann, weil man schnell zwei Autos braucht. Eines verrostet oft auf dem Bahnhofsparkplatz. Da ist sehr viel Kapital gebunden. Da muss uns noch viel einfallen im Ländlichen.

Das bedeutet, dass Infrastruktur ein großes Thema bleiben wird?

Ja, aber Infrastruktur meint hier nicht nur: Glasfaser eingraben. Wir haben viele ländliche Regionen, da haben wir Glasfaserzugang, von diesen Angeboten träumst du teilweise in der Stadt. Aber was tut man dann damit? Da braucht es zusätzliche Impulse.

Aber der Gedanke ist nicht Stadt oder Land, sondern es geht um Stadt und Land. Man muss es als System denken. Menschen sind halt sehr mobil. Und sie träumen vom Wohnen draußen und wollen trotzdem angebunden bleiben an die Freunde in der Stadt.

Die Corona-Zeiten haben einen Hype beim Zuzug gebracht, der ist wieder abgeflacht, auch weil das Bauen und Sanieren teuer geworden ist und die Leute durch die „unsicheren Zeiten“ verunsichert sind. Es gibt ein Auf und Ab, aber im Trend ist die Zuzugsentwicklung nicht so schlecht.

Aufgrund eines neuen, verantwortungsvollen Umgangs mit Grund und Boden gewinnt die Nutzung von Bestand und Leerstand stark an Bedeutung. Wir empfehlen den Gemeinden immer einen Blick nach vorne, nicht nur darauf was gerade

verfügbar ist. Der potenzielle Leerstand oder die Unternutzungen sind teilweise enorm. Wir betreiben eine Leerflächendatenbank und sehen in vielen Gemeinden, wieviel tatsächlich nicht verfügbarer Leerstand bereits vorhanden ist. Wobei die Gründe dafür sehr unterschiedlich sind, und wenn dann die Mortalität der Baby Boomer einsetzt, wird es richtig spannend.

Gleichzeitig ist in den Köpfen noch immer diese Überbevölkerung. Das ist übrigens ein Wort, das ich nie mochte.

Wie Überalterung. Das suggeriert, dass wir zu viele ältere Menschen haben. Gott sei Dank werden wir älter! Die alternde Gesellschaft ist die Herausforderung. Bei der Überbevölkerung ist es komplizierter, Ernährungssicherheit usw., aber der Peak ist erreicht. Langfristig schrumpft die Weltbevölkerung.

Was können Bürgermeister:innen und Lokalpolitiker:innen machen, um in den Gemeinden ein Gleichgewicht zu schaffen, wenn Sie sagen, es ziehen zwar Familien hin, aber mit zu wenigen Kindern?

Wenn man die Gesamtwanderungszahlen in Österreich nach Lebensalter betrachtet, ist das immer das Bild einer Glocke oder eines Baumes. Die Wanderungsbewegung ist mit ca. 30 Jahren am stärksten und die Kinder gehen mit den Eltern mit. Die Veränderung des Hauptwohnsitzes nimmt im Alter ab. Das ist nur so eine Zuschreibung, dass man glaubt, die Alten kämen zurück.

Ich hätte mir früher nie gedacht, dass man sich über das Gesundheitssystem in der Standortentwicklung solche Gedanken machen muss. Das ist ein wichtiger Standortfaktor, nämlich bei den Älteren, sie zu halten, ihnen ein langes Leben zu gönnen in der Gemeinde, aber natürlich auch bei den Jungen, die zuziehen. Gerade im Alter und in der Kindheit stellt die Arztversorgung ein wichtiges Thema dar. Gleichzeitig nehmen uns die enorm steigenden Gesundheitskosten durch das Umlagesystem jeden Spielraum im Gemeindebudget.

Und das Zweite, das ich thematisieren möchte: Gemeinwesenarbeit muss wieder Spaß machen!

Ich bewundere die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen. Denn der Bürgermeister ist nicht der Erste unter den Gemeinderäten, er ist ein Amtsvertreter, eine hoheitliche Person, er hat eine Gesetzesverantwortung und steht auch vor Gericht, wenn es darauf ankommt. Man hat kaum finanziellen Spielraum und die Mittel für Ermessensausgaben schrumpfen bei gleichzeitig steigenden Aufgaben und Herausforderungen, weil unsere Gesellschaft komplex ist. Die Funktionäre ersticken in Terminen, man kann ja alles gar nicht mehr überschauen, was da zu tun ist, selbst in einer kleinen Stadt mit einem Apparat dahinter. Und das drückt auf die

Stimmung, hier braucht es dringend Entlastungen, damit man wieder sagen kann: Es macht Freude, diese Buntheit der Gesellschaft anzuerkennen und mit den vielen Aufgaben leben zu können.

Es braucht Rückhalt, und da sind interkommunale Kooperationen und Partnerschaften essenziell. Ein schönes Beispiel ist die langjährige, professionelle Zusammenarbeit von 64 Gemeinden zur Wohnstandortvermarktung und -entwicklung „Wohnen im Waldviertel“, wo man sich gegenseitig stärkt, in größeren Radien denkt und Lösungen sucht, ohne die kleine Einheit aufzulösen. Die in der Verfassung klug festgeschriebene autonome Gemeinde ist aus meiner Sicht auch ein fundiertes Modell für „Bürgerbeteiligung“. Das dürfen wir nicht aufs Spiel setzen, indem die Gemeinden mit Aufgaben überlastet und finanziell ausgehöhlt werden.

Grundsätzlich bin ich Optimist. Ich denke wir stehen in einem Wettbewerb und sind mit Veränderungen konfrontiert, die nicht immer einfach sind. Ich halte es für einen ganz wichtigen Punkt, nicht mit der oft typischen österreichischen Haltung „ja, aber“ an Fragestellungen heranzugehen, sondern mit der Aufforderung „ja, wenn wir das und das tun, dann werden wir Erfolg haben.“

Und „Ja, gemeinsam“ auch, oder?

Ja, auch gemeinsam. Ich halte das für eine der größten Herausforderungen, denn die Bürgermeister:innen stehen unter einem enormen Druck – was öffentlich oft gar nicht anerkannt wird. Gleichzeitig gilt: je kleiner die Gemeinde, umso näher bei den Menschen. Und die Menschen sind heute fordernd, oft hart in der Formulierung und resistent gegenüber Argumenten und Fakten. Es gibt scheinbar viele Wirklichkeiten.

Aber wenn es gelingt, wieder mehr Spielraum in die Gemeindearbeit zu bringen, mehr Zusammenarbeit und damit verbunden Rückhalt zu schaffen und ein bisschen entspannter an die Arbeit heranzugehen, dann hat die Ebene der Gemeinden eine enorme Wirkmächtigkeit. Mit gestärkten Systemen und Persönlichkeiten steht das Wiedererstarken des ländlichen Raumes erst vor uns.

Das Interview mit Regionalentwickler Stefan Wallenberger führte Dr. Daniela Ingruber vom Institut für Strategieanalysen (April 2025).

TORSTEN KLAFFT & ROLAND GRUBER

Der unsichtbare Leerstand im Einfamilienhaus

Abstract – Wenn das Eigenheim zu groß wird

Das Einfamilienhaus ist für viele der Inbegriff eines gelungenen Lebens – doch oft steht es später leer oder wird kaum noch genutzt. Millionen solcher Häuser bieten riesige, aber ungenutzte Wohnraumreserven, während gleichzeitig Wohnraummangel herrscht und neue Flächen versiegelt werden. Der Beitrag zeigt, warum diese Form des Wohnens aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Sicht zunehmend problematisch ist – und wie wir mit kreativen Lösungen den Wandel gestalten können.

Torsten Klafft und Roland Gruber fordern ein Umdenken: Bestehende Häuser müssen umgebaut, geteilt oder neu genutzt werden, statt immer weiter neu zu bauen. Das gelingt nur mit politischem Willen, kommunaler Planungskraft und einem Kulturwandel beim Wohnen. Gute Beratung, gemeinschaftliche Projekte und attraktive Alternativen sind entscheidend, um Leerstand sichtbar zu machen – und in neues, nachhaltiges Wohnen zu verwandeln.

Über die Autoren

Torsten Klafft, M.Sc. M.A.
hat Architektur und Soziologie studiert, ist Projektleiter bei nonconform und lehrt an der Leibniz Universität in Hannover.

Mag.Arch. Roland Gruber
hat Architektur und Kulturmanagement studiert, ist Gründer und Partner von nonconform und lehrt an der Fachhochschule Kärnten.

nonconform ist ein deutsch-österreichisches Architekturbüro mit dem Schwerpunkt partizipative Zukunftsraumentwicklung. Die beiden Autoren sind die Kuratoren der Leerstandskonferenzen, einem regelmässigen Diskursformat von nonconform, wo alle Fragen rund um Leerstand bearbeitet werden.

Einfamilienhäuser sind für die meisten Deutschen und Österreicher:innen der Traum von Selbstverwirklichung und Zeichen dafür, dass man es geschafft hat. Doch wird dieser Traum von einem Chor von Kritiker:innen begleitet, denn er ist untrennbar verknüpft mit Bodenversiegelung, sozialer Abgrenzung und Zersiedelung. Rund 16 Millionen Einfamilienhäuser stehen in Deutschland (Loidl/Rehde 2023), circa 1,5 Millionen in Österreich (Statistik Austria 2023), ausreichend Wohnraum für die gesamte Bevölkerung. Noch zu selten wird thematisiert, dass dieser riesige Bestand von relativ wenigen Menschen bewohnt wird. Das enorme Potential dieser ungenutzten Flächen – nicht nur was die Senkung des CO_2-Verbrauchs betrifft, sondern auch für die Wohnungsfrage – macht es zu einem Megathema unter dem Radar.

Was ist problematisch an Einfamilienhäusern?

Oft wird in Fachdiskursen die Typologie des Einfamilienhauses grundsätzlich in Frage gestellt. Doch der Beliebtheit tut das keinen Abbruch. 65 Prozent der Deutschen wollen so leben (Loidl/Rehde 2023). Der akute Handlungsdruck entsteht jedoch dadurch, dass die bestehenden Häuser nicht ausreichend genutzt werden. Immer weiter wird unversiegelte Fläche als Bauland ausgewiesen, auch wenn die Einwohner:innenzahlen vielerorts stagnieren. Während junge Familien nach Wohnraum suchen, leben in den bestehenden Einfamilienhäusern meist ältere Paare oder Einzelpersonen. Doch dieser Leerstand bzw. diese Unternutzung ist versteckt und die emotionale Bindung zum Eigenheim verdeckt die tatsächlichen Probleme. Es lohnt sich, sich dem Thema aus den drei Nachhaltigkeitsperspektiven Ökonomie, Ökologie und Sozialer Nachhaltigkeit zu nähern, um zu verstehen, auf welcher Ebene Lösungen ansetzen müssen. Dies macht zudem deutlich, dass es interdisziplinärer Zusammenarbeit bedarf, um sich dem Thema zu anzunehmen.

Ökonomie: Falsche wirtschaftliche Sicherheitsversprechen

In Deutschland wie Österreich sind die ländlichen Räume prägend. Rund 70 Prozent der Fläche und etwa 60 Prozent der Einwohner:innen sind bzw. leben in ruralen Gebieten. Hier fand in den letzten Jahrzehnten Siedlungsentwicklung vorwiegend in Form von Einfamilienhäusern am Ortsrand statt, während gleichzeitig die Ortskerne ausbluteten (Bundesstiftung Baukultur 2017, 40ff.). Es kann von einer flächendeckenden Problematik gesprochen werden, denn es geschieht überall: Das Lebenswerk des eigenen Hauses wird im Alter zur Belastung. Einfamilienhäuser werden meist mit mehreren Kinderzimmern für junge Familien gebaut. Nach dem Auszug der Kinder stehen die Kinderzimmer leer, das sogenannte Empty-Nest-Syndrom entsteht. Als Empty-Nester werden Personen zwischen 40 und 64 Jahren bezeichnet, deren Kinder nicht mehr im gleichen Haushalt wohnen (Rehle/Loidl 2023). Häufig werden die Zimmer nicht einmal umgenutzt, sondern warten als

persönliches Gästezimmer auf den nächsten Besuch. Für die Eltern, denen dann im besten Alter das gesamte Haus zur Verfügung steht, fühlt es sich so selbstverständlich an. Doch im höheren Alter ändert sich die Situation: Die Treppe ins Obergeschoss wird zum Hindernis. Es wird immer schwieriger den Garten zu bewirtschaften oder das Haus sauber zu halten. Der Bewegungsradius und der wirklich genutzte Raum im Haus werden immer kleiner. Angesichts der demografischen Entwicklung und des anstehenden Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge besteht hier dringender Handlungsbedarf (Höß 2023). In rund 60 Prozent der Einfamilienhäuser in Deutschland leben nur mehr ein bis zwei Personen (Rehle/Loidl 2023) und für drei Viertel kommt ein Umzug grundsätzlich in Frage, auch wenn er aufgrund fehlender Optionen nicht umgesetzt werden kann (Stieß/Sunderer/Birzle-Harder 2018).

In fast jeder Familie kann jemand von Eltern, Großeltern oder Bekannten berichten, deren Haus ihnen eigentlich zu groß ist. Dabei stehen größere Sanierungen meist dann an, wenn die Rente kaum zum Heizen des großen Hauses reicht und das Ersparte in die Ausbildung der Kinder gesteckt wurde, die sich wiederum weit weg, rund um ihre Studien- oder Arbeitsorte sesshaft gemacht haben. Die einzelnen Fälle sind immer sehr individuell, das Problem strukturell: Noch immer wird das Einfamilienhaus als Lebenstraum vermarktet und nicht als Wohnlösung für einen Lebensabschnitt für Familien. Hierum hat sich ein Markt etabliert, der noch immer suggeriert, sich mit dem eigenen Haus ein Lebenswerk schaffen zu können, während die Jahrzehnte später in Erscheinung tretenden Nachteile verschwiegen werden.

Ökologie: Einbahnstraße fossilen Ressourcenverbrauchs

Durch den hohen Erschließungsaufwand sind Einfamilienhäuser besonders flächenintensiv und die kleinteiligen Bauvolumen energetisch nur aufwendig zu heizen, was durch dicke Dämmpakete bloß kaschiert werden kann. Zudem führt es dazu, dass gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum nur durch das Auto gewährleistet werden können. Jahrzehntelang wurde die Strategie verfolgt, den Raumwiderstand durch mehr individuelle Mobilität zu reduzieren. Wenn alle mit ihrem Auto mobil sind, müssen nur noch wenige Versorgungsknoten erhalten werden. Im Ergebnis haben Dörfer und kleinere Kommunen praktisch keine Versorgungsaufgaben mehr und ihre Identität verloren, weil sie zu Schlaf- und Ruhestätten wurden.

Der Großteil der Bewohner:innen ist auf das Auto angewiesen, um in die Ballungsräume zu fahren, dort zu arbeiten, einzukaufen und um die kulturellen Angebote zu nutzen (Canzler, Knie 2024). Zurück bleiben Ältere und Immobile: Nur wer sich permanent bewegt, kann noch am Leben teilhaben. Die Folgen sind zu viel Verkehr, zu hoher Flächen- und Ressourcenverbrauch und zu wenig Lebensqualität

unmittelbar vor Ort. Zwar hat Homeoffice verbreitet eine Reduktion des Pendelns mit sich gebracht, das ändert aber noch nichts an der generellen Problematik.

Die immer weiter fortschreitende Zersiedlung, zum großen Teil getrieben von der stetigen Nachfrage nach Bauland (Berndgen-Kaiser et al. 2023), stellt eine enorme Gefahr für die Biodiversität dar. Viele Studien weisen darauf hin, dass Insekten, Vögel und Amphibien unter den Auswirkungen leiden, die die geringere Wasseraufnahmefähigkeit der Böden nach sich zieht (Wahnbaeck 2023). Hinzu kommt der stetig wachsende Bedarf der Baubranche an Rohstoffen. Das Bauwesen erschließt immer neue Materiallagerstätten, deren Transport und Weiterverarbeitung einen Großteil der CO_2-Emissionen verursachen. Innovationen wie zirkuläres Bauen und nachwachsende Materialien setzen sich nur langsam durch und werden in großen Bauvorhaben getestet. Der Einfamilienhausbau ist von konventionellen Bautechniken geprägt, die meist schon aus finanziellen Gründen weiterhin den Vorzug erhalten.

Soziale Nachhaltigkeit: Gefahr der Vereinsamung statt Wohnraum für alle

Die Siedlungsstruktur im ländlichen Raum wird der Diversität unserer Gesellschaft nicht mehr gerecht. Das Angebot in Form von Einfamilienhäusern ist vorrangig an Mehrpersonenhaushalte, meist Familien, gerichtet. So ist eine Art Monokultur des Wohnens entstanden. Dies entspricht jedoch auch im ländlichen Raum nicht mehr den hochindividualisierten Lebensstilen der Bevölkerung, die in ihrer Vielschichtigkeit der urbanen Diversität kaum nachsteht. Langfristig angelegte Lebensläufe mit linearen Arbeitsbiografien sind längst nicht mehr die Normalität. Der Wohnungsmarkt passt sich diesen Entwicklungen nur an, wenn Aussicht auf rentable Vermarktungsmodelle besteht.

Während die Typologie des Einfamilienhauses für ältere Paare oder Alleinstehende mit der Zeit zur Belastung wird, fehlen Angebote für ein altengerechtes Wohnen außerhalb des Pflegeheims. So ist ein profitabler Markt aus dem Dilemma entstanden, statt verbesserte Angebote für die Bewohner:innen zu schaffen. Diese sollten im bekannten Umfeld liegen, sodass die sozialen Beziehungen erhalten bleiben können, während kurze Wege und barrierefreie Gebäude wieder mehr Mobilität ermöglichen. Darüber hinaus gibt es viele andere Lebenssituationen, in denen temporärer und flexibler Wohnraum gebraucht wird.

Für immer mehr junge Menschen ist der ländliche Raum nach der Ausbildung oder dem Studium wieder attraktiv. Dafür wollen sie sich nicht direkt auf den Erwerb eines Eigenheims festlegen. Vor einer Familiengründung ist der Platzbedarf geringer und die ökonomische Situation angespannter.

Hinzu kommen Singles, Paare in Trennung, Paare ohne Kinder oder ortsflexibel Arbeitende, die vielleicht einen kompakten, kostengünstigen Zweitwohnraum benötigen. Ohne Alternativangebote bleiben die älteren Bewohner:innen alleine in den großen Häusern und es steigt der Druck, neues Bauland für Familien auszuweisen, ohne dass dabei bezahlbarer oder barrierefreier Wohnraum entsteht.

Warum wollen dann trotzdem so viele ein Einfamilienhaus?

Im Zuge der Klimakrise wird oft über dringend notwendige Änderungen unserer Gewohnheiten gesprochen. Dabei geht es zum Beispiel darum, kein Flugzeug mehr zu nutzen, öfter den Standby-Modus abzuschalten oder mehr mit der Bahn zu fahren, statt das eigene Auto zu nehmen – lediglich schlechte Gewohnheiten also. Wenn wir das Thema Wohnen im Kontext der Klimaveränderung aber ernst nehmen, geht es um weit mehr und es betrifft das Privateste und Intimste, das wir haben: das eigene Wohnen.

Wohnträume

Es geht dabei um den Traum, wie ein gelungenes Leben aussieht. Dieser Traum ist tief verankert und wird immer wieder von Neuem geträumt. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu beschrieb schon 1998 in seinem Buch „Der Einzige und sein Eigenheim" ausführlich, wie solche kulturellen Phänomene über Jahrhunderte heranwachsen, bis sie selbstverständlich erscheinen (Bourdieu 2002, 19ff.). Mit einem Einfamilienhaus im Eigentum „hat man es geschafft"! Der Soziologe Marcus Menzl benennt die Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung, Sozialprestige, Freiräume, Sicherheit und Absicherung, die hinter diesem Traum stehen (Menzl 2017). Doch diese Bedürfnisse können auch in alternativen Wohnmodellen bedient werden. Wenn sich das Angebot nur an den Träumen und nicht an den Herausforderungen orientiert, können auch keine alternativen Träume wachsen und so enden die individuellen Träume in einem kollektiven Albtraum.

Bedürfnis nach Sicherheit

Sicherheit, Verlässlichkeit und Geborgenheit sind zentrale Säulen des Einfamilienhauses. Die vollständige Autonomie des Individuums kann sich hier in absoluter Privatheit frei entfalten. Gleichzeitig verschanzen sich die Bewohner:innen – und ihre Häuser gleich mit – hinter meterhohen Thujen-Schutzwällen vor der Nachbarschaft. Die Sicherheit besteht in einem privaten, geschützten Bereich, in dem man selbst entscheidet, wer ihn betreten, einsehen und was darauf passieren darf. Das ist auch eine Sicherheit vor gesellschaftlichen Problemen, die vor dem Gartenzaun warten müssen.

Daneben ist das Konzept des Einfamilienhauses eng mit Sicherheit in der Zukunft verknüpft. In unserer Gesellschaft ist die private Absicherung eine wichtige Säule der Altersvorsorge, die in den letzten Jahrzehnten immer weiter gestärkt wurde (Heeg 2013). Im Alter keine Miete mehr zahlen zu müssen und zukünftige Abhängigkeiten zu vermeiden: Das ist ein leicht verständlicher, aber vor allem vielfach propagierter Ansatz. Daher ist es naheliegend, dass die größte Investition des Lebens häufig in einen exklusiven Besitz an Grund und Boden geht. Doch fällt der Renteneintritt häufig mit den ersten größeren Sanierungsbedarfen der Gebäude zusammen. Diese Zusammenhänge machen das Versprechen finanzieller Sicherheit im Alter zu einem trügerischen.

Wo können wir ansetzen? Drei Handlungsebenen für mehr Kollaboration

Ein derart großflächiges Problem, das so stark mit den individuellen Vorstellungen vom privaten Wohnen verknüpft ist, kann nicht mit der einen großen Maßnahme angepackt werden. Vielmehr eröffnet sich bei genauerer Betrachtung ein breites Handlungsspektrum für eine Transformation. Das Thema ist eine umfassende Gesellschaftsaufgabe, die nur über Ressorts, Branchen und Regionen hinweg angegangen werden kann. Es braucht viel Kommunikation, Kollaboration und Koordination. Man kann dabei drei Handlungsebenen herausarbeiten: staatliche Rahmensetzungen, regionale und quartiersmaßstäbliche Strategien und individuelle Angebote.

Es braucht großen politischen Willen

Da die Ausweisung von Bauland auf der kommunalen Ebene eng mit der Einnahme von Gewerbe- und Grundsteuer verknüpft ist, gibt es für die lokalen Entscheidungsgremien immer wieder Gründe, im Sinne der Kassenlage zu entscheiden und neue Flächen umzuwidmen. Die Verantwortung für das Erreichen des gesetzten Ziels zur Begrenzung der Neuversiegelung auf deutschlandweit 30 Hektar, österreichweit 2,5 Hektar pro Tag kann daher nicht den Kommunen allein überantwortet werden. Diese Ziele erfordern klare überregionale Rahmensetzungen auf Staatsebene. Dass dies nicht heißen muss, dass die Gemeinden fremdbestimmt werden, zeigt das Modell des Flächenzertifikathandels. Hierbei wird die Gesamtmenge der versiegelbaren Fläche deutschlandweit auf 30 Hektar pro Tag festgesetzt, wobei jede Kommune Zertifikate entsprechend ihrer Einwohner:innenzahl erhält. Diese können für Bauprojekte im Ort eingesetzt oder anderen Kommunen angeboten werden. Kongruent zum CO_2-Zertifikathandel erhalten Flächen somit einen Wert auf einem Markt. Dies fördert zudem den Austausch zwischen den Kommunen. Hierzu wurden in einem bundesweiten Planspiel des Bundesumweltamtes bereits wichtige Erkenntnisse gewonnen (Henger et al. 2019).

Auf jede Bürger:in in Deutschland kommen rund 490 Tonnen Baustoffe (Hebel 2020, 167) und die meisten sind in Wohngebäuden verbaut (Bundesstiftung Baukultur 2019, 101). Der gesamte Gebäudebestand ist ein riesiges Rohstofflager mit rund 15 Milliarden Tonnen Material und wir verbauen jährlich weitere 500 Millionen Tonnen Baustoffe. Es braucht ein radikales Umdenken: mehr Altes bewahren und mit Neuem kombinieren, um Ressourcen einzusparen. Dem einfachen Umbau mit geringen Mitteln steht jedoch oft die Baugesetzgebung im Weg, die im Grunde fordert, dass jedes Gebäude, das für eine Sanierung „angefasst" wird, am Ende die Standards für Neubauten erfüllt. Es gibt bereits Bestrebungen, die auf eine Aufweichung der Anforderungen für den Bestand abzielen. So wird eine Umbauordnung als neue gesetzliche Grundlage gefordert (Architects for Future 2021), die das Bauen im Bestand fördert statt erschwert, oder die Einführung einer Gebäudeklasse E für experimentelles Bauen abweichend von strengen DIN-Normen, die mehr auf Komfort als auf notwendige Mindestanforderungen abzielen (Stabsgruppe „Gesellschaftliche Fragen" 2021). Doch diese Maßnahmen sind nur auf der großen politischen Ebene der Länder oder des Bundes möglich. Umso größer wäre das Signal an die Baubranche, dass die Bauwende politisch gewollt ist.

Solche Konzepte erfordern ein klares politisches Bekenntnis zur Umsetzung des 30-Hektar-Ziels und zur Stärkung des Gebäudebestandes. Dies hat zunächst nur indirekt mit der Problematik des Einfamilienhauses zu tun, setzt aber Anreize für eine nachhaltigere Nutzung von Bestandsflächen und -gebäuden. So liegt der Fokus automatisch auf der Innenentwicklung, also der Reduzierung der Bautätigkeit auf die bereits erschlossenen Siedlungsgebiete. Gesetzesgrundlagen, die beim Neubau stärker die gesellschaftlichen Kosten mit einpreisen und im Gegenzug eine Nach- und Umnutzung von Bestandsgebäuden erleichtern, sind bisher nur sehr zaghaft und kaum mit Sanktionsmechanismen belegt. Demgegenüber stehen immer noch neue Förderprogramme zur Eigentumsstärkung, ohne an Nachhaltigkeitskriterien gebunden zu sein (Otto 2022).

Wir brauchen mehr Baukultur, Bürger:innenbeteiligung und Co-Kreation in der Zwischenstadt

Die Politik muss zudem darauf abzielen, dass Bestandsflächen integrierter gedacht werden. Durch die städtebauliche Funktionstrennung liegen viele Raumpotentiale – nicht nur in den Obergeschossen der Einfamilienhäuser – brach. Der Architekt Jörg Heiler sieht ein enormes Potential in der bestehenden Zwischenstadt, also dem Raum außerhalb der Dorfkerne und Innenstädte, der weitgehend marktwirtschaftlichen Mechanismen überlassenen ist (Heiler 2020). Alles, was wir landläufig mit der Zersiedelung in Verbindung bringen, die Orte der Industrie, der reinen Wohngebiete und der Gewerbestandorte für Discounter und Großhandel, in diesen Räumen leben weltweit 2 Milliarden Menschen – allein in Deutschland geht es um 600.000 Hektar. Heiler zufolge könnten viele Raumansprüche hier untergebracht

werden, wenn klassische Paradigmen hinterfragt und Funktionen überlagert werden: „Ziel einer neuen – einer urbanen – Epoche muss deswegen sein, Getrenntes wieder zu durchmischen und vermeintlich nicht Zusammenpassendes zu verknüpfen“, so Heiler.

Dafür muss die Zwischenstadt weiter in den Fokus der Stadtplanung rücken und zentrales Handlungsfeld der Baukulturförderung werden. Die Kommunen müssen ihre Aufgabe der Regulierung des Bauens ernster nehmen. Vieles von dem, was für ein gutes, durchmischtes Zusammenleben in einem Ort notwendig ist, kann in der Bauleitplanung verankert werden. Kommunen müssen vom Reagieren zum Agieren kommen, um die Zukunft mitzugestalten. So könnte die Teilbarkeit von Häusern in den Bebauungsplänen vorgeschrieben werden, was allerdings nur bei Neubaugebieten möglich wäre. Das bedeutet auch, dass die kommunalen Pläne und Vorgaben besser in die Bevölkerung kommuniziert werden müssen. Eine gute Diskurskultur, sprich eine wertschätzende Bürger:innenbeteiligung, ist ein zentraler Gelingensfaktor, der bei der Förderung der Baukultur immer mitgemeint sein muss. Wo Bürger:innen sich einbringen und mit ihren Vorstellungen und Wünschen co-kreativ mitwirken können und transparent über die Probleme der Siedlungsentwicklung auf der grünen Wiese informiert werden, werden auch die Gespräche über den Gartenzaun differenzierter.

Was eine umfassende Einbeziehung der Bürger:innen in den gesamten Planungsprozess für Potentiale freisetzen kann, zeigt das Projekt des Klosterangers im bayerischen Weyern. Da sich sowohl die Gemeinde als auch der Investor einig waren, dass ein frühzeitiger Dialog mit den Bürger:innen wichtig ist, konnten mutige Entscheidungen ohne großes Risiko getroffen werden. So wurden in einer kleinen ländlichen Gemeinde 70 Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern errichtet, die zu einem Großteil an Anwohner:innen verkauft wurden, die mit ihrem Umzug ihre Einfamilienhäuser für eine Nachnutzung freimachten. Die Nachfrage überstieg schnell die Kapazitäten des Projektes und durch eine große Sorgfalt bei der Außenraumgestaltung ist hier ein vorbildhaftes offenes Wohnquartier durch die Mitwirkung der Bürger:innen entstanden (Kadach 2020). In Burgrieden in Baden-Württemberg ist mit dem „Allengerechten Wohnen“ ein Projekt entstanden, an dem man ebenfalls sehen konnte, wie sich die Nachfrage an barrierefreiem Wohnraum vor Ort entwickelt. Zunächst stand das ganze Vorhaben auf der Kippe, da die Wohnungen nicht genügend Interessent:innen fanden. Doch die Treiber:innen des Projektes blieben hartnäckig und mit Fertigstellung war die Nachfrage weit über das gerade erst geschaffene Angebot hinausgewachsen (Förster/Bernögger/Brunner 2020, 125ff.). Es gilt also hier mit attraktiven Angeboten den Markt zu verändern, statt sich vom Status-Quo den Mut nehmen zu lassen!

Es braucht mehr Kommunikation auf der individuellen Ebene

Das Einfamilienhaus ist das Ergebnis einer Bedürfnisbefriedigung, die ohne Aushandlungsprozesse auskommt. Die Grenzen des eigenen Einflussbereiches sind klar umrissen und die Zuständigkeiten sind vermeintlich definiert. Doch spätestens die populären Sendungen zu Nachbarschaftsstreitigkeiten in den 1990er Jahren machten deutlich, wie trügerisch diese Erwartungen sein können. Wohnen ist immer ein Miteinander, wo Erwartungen aufeinandertreffen und ggf. Lösungen ausgehandelt werden müssen. Die Vermeidung von nachbarschaftlicher Nähe wird immer problematischer, wenn der Wohnraum nicht mehr passt, doch die gefühlte Abhängigkeit vom privaten Schutzraum so groß ist, dass eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus wie ein Schreckensszenario erscheint. Doch letztlich ist es die Isolation des Einfamilienhauses, die zur Einsamkeitsfalle wird, wenn nicht rechtzeitig Alternativen gefunden werden (Redl 2023).

Daniel Fuhrhop, Autor von „Verbietet das Bauen“, formuliert die Formel UUU&VW zur Aktivierung des unsichtbaren Leerstands in genutzten Wohneinheiten (Fuhrhop 2023, 104ff.). Dreimal U bedeutet zum einen *Untermiete* bzw. Homesharing, wo vorwiegend junge Menschen mit älteren zusammenziehen und sich gegenseitig unterstützen. Alternativ wäre der *Umzug* in kleinere Wohnungen und damit einhergehend die Übergabe des größeren Hauses an Menschen, die den Platz dringender benötigen. Oder der *Umbau*, um das Haus mit mehreren Parteien nebeneinander mit getrennten Zugängen bewohnen zu können. Dies könnte Fuhrhop zufolge mit einer sozialen und gemeinnützigen Wohnraumvermittlung organisiert werden. Die durch *Vermietung* eingenommenen Gelder finanzieren dieses System aus Beratung, Vermittlung und Verwaltung, sodass sich ein sich selbst tragender Markt etablieren kann. Für einzelne Eigentümer:innen können Risiken minimiert und Ängste genommen werden, in dem z.B. Mieteinnahmen garantiert werden. In Belgien und Großbritannien funktionieren solch kostendeckende Verwaltungs- und Beratungsstrukturen bereits gut (Fuhrhop 2023, 117ff.). Dazu braucht es laut Fuhrhop schließlich noch mehr Projekte für *gemeinschaftliches Wohnen*, bei denen z.B. Esszimmer und Küche geteilt werden.

Ein Beispiel für dieses Ausziehen und Umsiedeln ist das Projekt Bremer Punkt. Dort wurde in einem Quartier ein sogenanntes *Auszugshaus* errichtet, wo Umzugswillige einziehen konnten, ohne die gewohnte Umgebung verlassen zu müssen. Sie bleiben in der Nachbarschaft und ihre alten Wohnungen können nachgenutzt werden. Diese Strategie fördert ein Umdenken in der Gesellschaft: Ich kann mein Haus loslassen, wenn ich es nicht mehr selbst bewirtschaften kann, kann aber weiterhin in der Nähe der langjährig aufgebauten Beziehungen leben (Fuhrhop

2023, 194). Das SauRiassl-Syndikat aus Altötting zeigt, welch neue Wohnformen und Nachbarschaften auch auf dem Land entstehen können, wenn von vornherein die Aushandlung im Zentrum des gemeinsamen Zusammenlebens steht (Seehuber 2022). Dabei liegt es nicht an der Gebäudetypologie, denn hier werden sowohl große Gebäudekomplexe mit mehreren Wohneinheiten als auch ehemalige Einfamilienhäuser erhalten, geteilt und ganz nebenbei dauerhaft der Spekulation mit Wohnraum entzogen. Doch ebenso unpopulär wie der Auszug aus dem eigenen Haus ist der Einzug in ein bestehendes Einfamilienhaus für junge Familien. Im ostwestfälischen Hiddenhausen wurde mit „Jung kauft alt“ ein Programm ins Leben gerufen, dass mit Beratung und gezielter Förderung bei der Entscheidung hilft (Fuhrhop 2023, 193).

All diesen Ansätzen ist gemein, dass sie mehr gezielte und individuelle Beratung erfordern. Fuhrhop beklagt, dass Wohnraumberatung zu oft als Aufgabe der Sozialarbeit betrachtet wird, obwohl viele Betroffene eine qualifizierte Beratung auch bezahlen würden. Hier müssen Immobilienfachkräfte und soziale Träger kooperieren, um die Nachfrage und das Angebot zusammenzubringen. Dabei ist der Maßstab keinesfalls darauf angelegt, dass alle älteren Single-Haushalte zum Auszug bewegt werden müssen. Das Ziel muss es sein, dass zunächst die Interessierten erreicht werden, die offen für neue Wohnformen sind, jedoch aufgrund des fehlenden Angebots im alten Haus verbleiben. Die Beispiele in Weyern und Burgrieden zeigen, dass diese Gruppe bereits groß genug ist, um die Nachfrage nach Bauland zu befriedigen und so neue Baulandausweisungen zu verhindern. Etablieren sich solche Wohnformen, wird es auch für die Zweifelnden immer selbstverständlicher über ihre Wohnsituation nachzudenken. Sollen Menschen tatsächlich überzeugt werden, ihren zu groß gewordenen Wohnraum zu verlassen und in passendere Räume zu ziehen, müssen sie durch gute Argumente und attraktive Alternativen überzeugt werden.

Fazit

Das Einfamilienhaus ist als Wohnform in unserer Gesellschaft fest verankert. Es steht im Zentrum vieler Biografien und stellt in unzähligen Familien den alljährlichen Treffpunkt zu Weihnachten dar. Es ist das Sinnbild für ein gelungenes Leben und Wohnen in Wohlstand und Sicherheit. Aus Sicht der Nachhaltigkeit ist diese Wohnform hochproblematisch. Das gilt sowohl für die ökologischen Kosten der Versiegelung, den Materialverbrauch und den Energiebedarf als auch für die ökonomische Nachhaltigkeit. Oft wird die größte Investition des Lebens später zur Kostenfalle. Nicht zuletzt müssen auch die sozialen Folgen kritisch betrachtet werden, denn vielerorts hat sich das Einfamilienhaus als einzige Wohnform durchgesetzt, sodass diverse Bevölkerungsgruppen kein passendes Angebot für ihre Bedürfnisse finden.

Es geht nicht darum, das Wohnen im Einfamilienhaus in Frage zu stellen oder zu verhindern. Es ist aus dem Verständnis von Wohnen und Leben in Deutschland, Österreich und darüber hinaus schlicht nicht mehr wegzudenken. Es geht darum, den unermüdlichen Hunger nach neuen Häusern entgegenzuwirken und die bestehenden und untergenutzten Einfamilienhäuser in einen Transformationsprozess zu bringen. Dieses riesige Raumpotential im Bestand ist für die Wohnungsfrage zu wichtig, als dass man es ignorieren könnte. Die beschriebenen Beispiele zeigen, dass es Handlungsbedarf auf allen Ebenen gibt. Ebenso gibt es an all diesen Stellschrauben auch Ideen, Vorbilder und Lernprozesse, die es gilt weiterzuentwickeln. Es sollte klargeworden sein, dass es viel mehr Kommunikation, Kooperation und Kollaborationen braucht, um gemeinsam die ersten Schritte voranzugehen.

Wenn es uns gelingt, den unsichtbaren Leerstand in halbleeren Einfamilienhäusern wieder zu nutzen, wäre dies nicht nur für den vorherrschenden Wohnungsdruck und somit in der Wohnungsfrage ein Durchbruch, sondern es würde Menschen auch näher zusammenbringen, Gemeinschaft fördern und die Lebensqualität erhöhen.

Sechs Thesen,

wie es gelingen kann, im Kontext der Einfamilienhausentwicklung den Umbau im Bestand vor den Neubau zu stellen und dadurch den Traum vom Einfamilienhaus in eine nachhaltige Wohnraumstrategie zu integrieren:

1. Wir müssen Strukturen für Umbauberatung aufbauen!

Ein Bestandsgebäude ist eine Herausforderung, die Unterstützung bei vielen Schritten erfordert, die vielfach größer wirken als sie tatsächlich sind. Es bedarf einer Bewusstseinsbildung und einer Beratung, die die Vorteile eines bestehenden (Einfamilien-)Hauses sichtbar und das Risiko überschaubar macht. Dabei ist es nötig, mit den Bauwilligen in einen anerkennenden, aber kritischen Dialog über ihre Bedürfnisse im Zusammenhang mit den Herausforderungen des ökologischen Orts-, Siedlungs- und Stadtumbaus zu treten.

2. Umziehen ist das Neue Bauen!

Der Traum vom Einfamilienhaus ist auch der Traum vom Wohnen im perfekten Maßanzug. Ein altes Einfamilienhaus verstellt da schon zu Beginn der Planungen viele Möglichkeiten. Dabei ist auch der Neubau mit großen Kompromissen bezüglich des Bauplatzes, der Anbindung oder des sozialen Netzwerkes verbunden, die erst später deutlich werden. Häufig sind es aber nur kleine Hürden oder Zweifel, die ein Bestandsgebäude gegen den Neubauplatz ausscheiden lassen. Oft fällt die Entscheidung zugunsten der vermeintlich sauberen Neubaulösung ohne geerbte Probleme wegen Unwissenheit oder fehlendem Fachwissen.

3. Wir müssen den Bestand nutzen!

Das Vorhandene ist das neue Potential! Wenn wir den Bestand als Arbeitsgrundlage akzeptieren, können sich darin ebenso viele Träume entfalten wie im Neubau. Umbauen statt neu bauen ist nicht nur günstiger und schneller zu realisieren, sondern ist vor allem im Hinblick auf den Ressourcenverbrauch das Gebot der Zeit. Durch das stete Weiter-, Um- und Nachnutzen des Bestandes werden zudem auch aus Siedlungen, die einstmals in kurzer Zeit und monoton entstanden sind, bunte und durchmischte Quartiere.

4. Wir müssen attraktive Alternativen schaffen!

Das Wohnen im eigenen Haus mit Garten hat seine größte Attraktivität für Familienhaushalte, die einen großen Raumbedarf haben. Die Eigentumsform, oft in Verbindung mit der Altersvorsorge, macht es organisatorisch und emotional schwierig, nach dem Auszug der Kinder in eine angemessenere Wohnung umzuziehen. Das liegt nicht zuletzt auch am fehlenden Angebot an schönem und barrierefreiem Wohnraum mit Gartenzugang im gleichen Ort. Wir müssen attraktive Wohnangebote für all diejenigen schaffen, die gar kein Einfamilienhaus brauchen.

5. Es gibt genug Einfamilienhäuser!

Wenn nahezu die gesamte Bevölkerung im derzeitigen Bestand an Einfamilienhäusern unterkommen könnte, so bedeutet dies auch, dass wir keine zusätzlichen Einfamilienhäuser mehr brauchen, um den Bedarf an ihnen zu befriedigen. Es muss gelingen, die Nachfrage mit dem derzeitigen Bestand an Einfamilienhäusern zu decken. Wir brauchen keine neuen Einfamilienhäuser mehr!

6. Es braucht kein neues Bauland für Einfamilienhäuser!

Viele Kommunen, die Bauland ausweisen oder unter Druck stehen, dies zu tun, haben stagnierende Bevölkerungszahlen. Neues Bauland auszuweisen, ohne vorher versucht zu haben, die Ausnutzung im Bestand zu erhöhen, führt unweigerlich zu einer Potenzierung des Problems und mehr ungenutztem Wohnraum in der Zukunft. Das Ziel der Transformation des Wohnungsmarktes im ländlichen Raum muss ein kompletter Verzicht auf neue Baulandausweisung für Einfamilienhäuser im ländlichen Raum sein.

Literatur

- Architects for Future (2021): UMbauordnung für Deutschland, damit Bauen klimaneutral werden kann, Pressemitteilung, Bremen, veröffentlicht am 15.07.21, URL: https://www.architects4future.de/portfolio/publikationen/umbauordnung-fur-deutschland-damit-bauen-klimaneutral-werden-kann [15.03.2024].
- Bauwelt (2024): Bauwelt 2.2024, Bauverlag BV GmbH: Berlin.
- Berndgen-Kaiser A., Bläser; K., Danielzyk, R.; Fox-Kämper, R.; Hopfner, K.; Siedentop, S.; Simon-Philipp; C., Zakrzewski, P. (2023): Vom Selbstläufer zum Sorgenkind – Kommunale Perspektiven. In: Leben vor der Stadt, veröffentlicht am 12. Oktober 2023, URL: http://www.leben-vor-der-stadt.de/alle-artikel/om-selbstlaufer-zum-sorgenkind-kommunale-perspektiven [13.03.2024].
- Bourdieu, Pierre (2002): Der Einzige und sein Eigenheim. Hamburg: VSA-Verlag.
- Bundesstiftung Baukultur (2017): Baukultur Bericht Stadt und Land 2016/17, Potsdam.
- Bundesstiftung Baukultur (2019): Baukultur Bericht Erbe – Bestand – Zukunft 2018/19, Potsdam.
- Canzler, Weert; Knie, Andreas (2024): Automobilität nach der Pandemie und angesichts multipler Krisen. In: Ruhrort, Lisa; Mock, Mirijam; Sonnberger, Marco (Hg.): Soziologie und Nachhaltigkeit - Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung, Sonderband 3 „Beschleunigter Wandel oder nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit? Transformation von Mobilitätspraktiken im Kontext multipler Krisen", S. 30-48.
- Förster, Agnes; Bernögger, Andreas; Brunner, Bernadette (2020): Wohnen jenseits des Standards, Auf den Spuren neuer Wohnlösungen für ein differenziertes und bedürfnisgerechtes Wohnungsangebot, Wüstenrot Stiftung (Hg.), Ludwigsburg.
- Fuhrhop, Daniel (2023): Der unsichtbare Wohnraum, Wohnsuffizienz als Antwort auf Wohnraummangel, Klimakrise und Einsamkeit, Bielefeld: transcript Verlag.
- Hebel, Dirk E. (2020): 100% Ressource: Bauten als Rohstofflager. In: Bahner, Olaf; Böttger, Matthias; Holzberg, Laura (Hg.): Sorge um den Bestand, Zehn Strategien für die Architektur. Berlin: jovis Verlag, S. 165–177.
- Heeg, Susanne (2013): Wohnen als Anlageform: Vom Gebrauchsgut zur Ware. In: Emanzipation 3.2, veröffentlicht am 01.12. 2013, S. 5-20.
- Heiler, Jörg (2020): Verteilung auf das Vorhandene in der Zwischenstadt. In: Bahner, Olaf; Böttger, Matthias; Holzberg, Laura (Hg.): Sorge um den Bestand, Zehn Strategien für die Architektur. Berlin: jovis Verlag, S. 143–153.
- Henger, Ralph; Daniel, Sarah; Schier, Michael; Blecken, Lutke; Fahrenkrug, Katrin; Melzer, Michael; Bizer, Kilian; Meub, Lukas; Proeger, Till; Gutsche, Jens-Martin; Tack, Achim; Ferber, Uwe; Schmidt, Tom; Siedentop, Stefan; Straub, Tim; Kranz, Tobias; Weinhardt, Christof. (2019): Modellversuch Flächenzertifikatehandel Realitätsnahes Planspiel zur Erprobung eines überregionalen Handelssystems mit Flächenausweisungszertifikaten für eine begrenzte Anzahl ausgewählter Kommunen Abschlussbericht. Umweltbundesamt (Hg.), Dessau-Roßlau.
- Höß, Andreas (2023): Experte über Fehlanreize am Immobilienmarkt: „Es wird komplett am Bedarf vorbeigebaut". In: Merkur.de, veröffentlicht am 28.03.2023, URL: https://www.merkur.de/wirtschaft/mieten-experte-fehlanreize-am-immobilienmarkt-wohnraum-babyboomer-preise-aktuell-92150360.html, [18.03.2024].
- Loidl, V.; Rehle, V. (2023): Schaffe, schaffe, Häusle bauen! In: Leben vor der Stadt, veröffentlicht am 05.06.2023, URL: http://www.

leben-vor-der-stadt.de/alle-artikel/schaffe-schaffe-haeusle-bauen, [13.03.2024].

- Kadach, Marlene (2020): Klosteranger Weyarn: Ein einst strittiges Großprojekt ist fertig. In: Merkur.de, veröffentlicht am 16.12.2020, URL: https://www.merkur.de/lokales/region-holzkirchen/klosteranger-weyarn-ein-einst-strittiges-grossprojekt-ist-fertig-90132499.html, [18.03.2024].
- Menzl, Marcus (2017): Das Eigenheim im Grünen. Kontinuität und Wandel eines Sehnsuchtsortes. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaften. Das Einfamilienhaus, Jg. 11 (2017), Nr. 1: 117–131. DOI: https://doi.org/10.25969/mediarep/13981, [18.03.2024].
- Otto, Ferdinand (2022): Klara Geywitz kündigt neues Kreditprogramm für Wohneigentum an. In: ZEIT ONLINE, veröffentlicht am 28.09.2022, URL: https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-09/bundesbauministerium-klara-geywitz-wohneigentum-kredit, [18.03.2024].
- Redl, Bernadette (2023): Die Einsamkeit der Einfamilienhaussiedlungen. In: derStandard.at, veröffentlicht am 14.10.2023, URL: https://www.derstandard.at/story/3000000191087/die-einsamkeit-der-einfamilienhaussiedlungen, [18.03.2024].
- Rehle V., Loidl V. (2023): Empty Nest – What Next? In: Leben vor der Stadt, veröffentlicht am 05.Juni 2023, URL: http://www.leben-vor-der-stadt.de/alle-artikel/empty-nest-what-next, [13.03.2024].
- Seehuber, Marcel (2022): Sauriassl Syndikat, Vortrag auf der Leerstandskonferenz „Jemand daheim? am 23.09.2022 in Kolbermoor. Nachzusehen unter: https://www.youtube.com/watch?v=ujvGh4SHOEk, [18.03.2024].
- Stieß, I., G. Sunderer, B. Birzle-Harder (2018): Instrumente zur bedürfnisorientierten Wohnraumnutzung in Kommunen. Ergebnisse der standardisierten Befragung. Frankfurt/M: ISOE.
- Stabsgruppe „Gesellschaftliche Fragen“ (2021): Gebäudeklasse „E“xperiment, Rückkehr zu den wesentlichen Grundregeln der Architektur. In: DABregional Bayern, 01.21, Bayerische Architektenkammer (Hg.): 17, URL: https://www.byak.de/data/pdfs/Aktuelles/DAB_1_2021_Gebaeudeklasse_E.pdf, [18.03.2024].
- Statistik Austria (2023): Gebäude- und Wohnungszählung 2021. Erstellt am 19.09.2023, URL: https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/wohnen/gebaeudebestand, [18.03.2024].
- Sußebach, Henning (2023): Nestrückbau. In: ZEIT ONLINE, veröffentlicht am 16.01.2023, URL: https://www.zeit.de/2023/03/nachhaltig-wohnen-haus-freies-zimmer, [18.03.2024].
- Wahnbaeck, Carolin (2023): Der Discounter kommt, die Eintagsfliege verschwindet. In: ZEIT ONLINE, veröffentlicht am 07.03.2023, URL: https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-02/bodenversiegelung-eintagsfliege-oekosystem-discounter, [22.10.2024].

WOLFGANG MAZAL

Bedeutung der Gemeinde für Familien*

Abstract
Gemeinde und Familie: Wie lokales Umfeld Familien stärkt – oder schwächt

Was haben demografischer Wandel, Geburtenraten und Integration mit der Gemeinde zu tun? Sehr viel, zeigt dieser Beitrag. Denn die Kommune ist nicht nur Verwaltungseinheit, sondern prägt maßgeblich den Alltag von Familien – ob durch Betreuungsangebote, leistbares Wohnen oder die Qualität des öffentlichen Raums. Gerade angesichts einer alternden Gesellschaft und wachsender sozialer Herausforderungen kommt der Gemeinde als Lebensumfeld zentrale Bedeutung zu.

Der Autor analysiert, wie Gemeinden dem statistischen Altern entgegenwirken und gleichzeitig als Orte gelingender Sozialisation fungieren können. Familien, so zeigt er, sind nicht nur private Einheiten, sondern leisten durch Wertevermittlung und Beziehungsarbeit zentrale Beiträge für die Gesellschaft – und brauchen dafür passende Rahmenbedingungen. Von aktiver Altenhilfe über Kinderbetreuung bis hin zu lokaler Integration: Gemeinden können Brücken bauen – oder Brüche vertiefen.

Der Beitrag plädiert dafür, Familienpolitik nicht technokratisch zu denken, sondern ganzheitlich: als Investition in ein stabiles, resilientes Gemeinwesen, das in der Gemeinde beginnt – und dort jeden Tag erlebt wird.

* Der Beitrag beschränkt den Familienbegriff nicht auf eine traditionelle Struktur, sondern geht von einem offenen Familienbegriff aus, in dem die Übernahme personaler Verantwortung und die Ausrichtung auf Intergenerationalität prägend sind.

Über den Autor

Foto: Christine Geserick

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal
ist Leiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung an der Universität Wien sowie Professor für Arbeits- und Sozialrecht. Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem in den Bereichen Familienpolitik, Sozialstaat, Generationengerechtigkeit und demografischer Wandel. Als langjähriger Politikberater bringt er wissenschaftliche Expertise in gesellschaftliche Gestaltungsprozesse ein – mit besonderem Fokus auf die Rolle der Familie im sozialen Gefüge.

1. Einleitung

Auf den ersten Blick ist es nicht einleuchtend, warum man sich spezifisch mit der Frage befassen soll, welche Bedeutung *Gemeinden* für Familien haben. Weil die Familie doch als Keimzelle der *Gesellschaft* gilt, ist es nicht zwingend, auf eine Gebietskörperschaft – und dann noch dazu auf die unterste Ebene staatlicher Organisation – zu fokussieren. Gerade unter juristischer und politikwissenschaftlicher Perspektive wird jedoch rasch klar, warum es nicht sinnvoll ist, eine weite – nämlich auf die Gesamtgesellschaft bezogene – Perspektive einzunehmen, weil sich das rechtliche Handeln der Gesellschaft in Gesetzgebung und Vollziehung in Gebietskörperschaften und Selbstverwaltungskörpern ereignet. Die Gemeinde hat zwar keine Gesetzgebungskompetenzen, ist jedoch als Gebietskörperschaft der territorialen Selbstverwaltung in besonderem Maß für den Alltag der Menschen von Bedeutung.

Geht man nun davon aus, dass sich das Alltagsleben auf der Gemeindeebene vollzieht, und beschränkt die Analyse auf das Zusammenspiel zwischen Gemeinden und dem familialen Leben, könnte man eine breite historische Erzählung vorlegen, über die ökonomische Bedeutung der Familien für die Gemeinden forschen oder über Beziehungsstrukturen auf Gemeindeebene berichten. In einem Sammelband, der demografischen Fragen gewidmet ist, ist es jedoch naheliegend, die aktuellen demografischen Entwicklungen zum Ausgangspunkt einer Skizze über die Wechselwirkungen zwischen Gemeindeebene und Aspekten des familialen Lebens zu wählen.

Diesem Ansatz entsprechend werden im ersten Abschnitt des vorliegenden Beitrags kurz die Faktoren des zentralen Trends der demografischen Entwicklung – nämlich des gesamtgesellschaftlichen Alterns – dargestellt, ehe auf die Gemeinde als Lebensumfeld für Familien eingegangen wird. Im Anschluss daran werden Handlungsfelder beschrieben, anhand welcher die Bedeutung der Gemeinde für Familien in einer alternden Gesellschaft erkannt und in Einzelbeispielen gezeigt wird, welche Optionen zum beiderseitigen Nutzen von Gemeinden und Familien bestehen und entwickelt werden können.

2. Bestandsaufnahme

Faktoren statistischer Alterung

Die statistische Alterung der Gesellschaft ist ein Phänomen, das postindustrielle Gesellschaften weltweit betrifft. Über das Ausmaß, die Ursachen und die Konsequenzen sind Bibliotheken geschrieben worden, und haben Regierungen weltweit Maßnahmen gesetzt, mit denen auf die Alterung der Gesellschaft reagiert werden kann.

Statistisch hängt das Ausmaß des Durchschnittsalters – und damit bei einer dynamischen Betrachtung die Alterung – einer Gesellschaft von drei Faktoren ab: der individuellen Lebenserwartung, der Zahl der Lebendgeburten und der Wanderungsbilanz. Diese Faktoren entziehen sich keineswegs der Steuerung durch gesetzliche und administrative Maßnahmen, können jedoch durch diese – zumal in einem demokratisch-rechtsstaatlichen System – nur bedingt beeinflusst werden:

- Das individuelle Lebensalter hängt von genetischen Faktoren, Umweltfaktoren sowie der medizinischen und sozialen Entwicklung ab, an welcher der Einzelne teilhat. Die ökonomischen und wissenschaftlichen Potenziale demokratisch-rechtsstaatlicher Gesellschaften haben weltweit wesentlich dazu beigetragen, diesen Faktor zu steigern: Der Rückgang der Kindersterblichkeit, die Verbesserung der Hygiene und die Errungenschaften des medizinischen Fortschritts haben die individuelle Lebensspanne in einer Weise ausgedehnt, die bis vor wenigen Generationen undenkbar erschien.

- Die Zahl der Lebendgeburten hängt von der Bereitschaft der Bevölkerung zur Reproduktion ab, die bislang nur in totalitären Systemen durch normative und administrative Maßnahmen kurzfristig gesteigert oder restringiert wurde. Strikte Abtreibungsverbote zur Erhöhung der Geburtenrate oder die Begrenzung der Kinderzahl durch Auferlegung massiver ökonomischer Nachteile lassen sich mit einer demokratisch-rechtsstaatlichen Gesellschaft nicht vereinbaren. Ökonomische Anreize zur Erhöhung der Reproduktion sind nur bedingt nachhaltig wirksam.*

- Die Wanderungsbilanz hängt von der Attraktivität einer Gesellschaft ab, kann jedoch durch das Grenzregime beeinflusst werden. Dabei kann die Einwanderung in Europa angesichts der derzeit geltenden internationalen Verträge und der in ihrer Umsetzung ergangenen Judikatur nur in geringem Maß durch nationale Regelungen beeinflusst werden.

* Auch hohe Familienleistungen konnten in den meisten OECD-Ländern das Sinken der Reproduktion nicht verhindern.

Alle drei Faktoren des gesamtgesellschaftlichen Alterns sind faktisch und rechtlich mit der Gemeindeebene direkt oder indirekt eng verbunden:

- Das individuelle Lebensalter hängt direkt mit baulichen Gegebenheiten, der Versorgung mit hygienisch einwandfreiem Wasser und guter Luft, mit der Prävention gegen Naturgefahren, Gefahren im Straßenverkehr, guter Bausubstanz und funktionierender sozialer Kohäsion zusammen, die auch der Vorbeugung von Gewalt dient.

- Die Geburtenrate hängt damit zusammen, ob das lokale Umfeld für die Familiengründung attraktiv ist, was durch die Arbeitsmöglichkeiten, die Wohnkosten, die medizinische Versorgung, das Nahversorgungsangebot, die Einrichtungen zur Kleinkindbetreuung und die Bildung determiniert ist. Familienfreundlichkeit ist für die Attraktivität einer Gemeinde für junge Menschen wichtig: Insbesondere die Möglichkeiten der Kinderbetreuung und des leistbaren Wohnens sind für die Entscheidung, wo sich eine Familie niederlässt, entscheidend. Wichtig sind aber auch die Verkehrsanbindung, Geschäfte, kulturelle Angebote und IT-Infrastruktur. Und natürlich gilt: je mehr Unternehmen Arbeitsplätze bieten, desto eher ist die Gemeinde für Familien attraktiv.

- Indirekt bestimmen diese Faktoren die territoriale Binnenwanderung und die gesamtgesellschaftliche Wanderungsbilanz: wenn es gelingt, ein entsprechendes Umfeld zu schaffen, in dem Menschen Familien gründen und gut altern können, verfestigt sich ihr Aufenthalt im Inland und steigt die Attraktivität für Zuwanderung; ist dies nicht der Fall, steigt die Abwanderung.

Unübersehbar ist jedoch auch, dass die Situation auf Gemeindeebene im Zusammenspiel dieser Faktoren nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht beeinflusst wird:

- Wenn beispielsweise Arbeitsplätze und Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlen und das Bild der Gemeinde durch Alte geprägt ist, besteht die Gefahr, dass ein Prozess in Gang gesetzt wird, der die statistische Alterung beschleunigt, weil die Geburtenrate gesenkt und die Abwanderung gefördert werden.

- Und wenn dann in Leerstand gering qualifizierte Zuwanderer angesiedelt werden, kann sich eine Dynamik auf Gemeindeebene verstärken und auf regional höheren Ebenen fortsetzen, die letztlich in abnehmenden Geburtenraten, Anwachsen der Zahl der älteren Menschen und einer Wanderungsbilanz mündet und bei der hoch qualifizierte Menschen das Land verlassen und geringer qualifizierte Menschen zuwandern, deren Integration hohe Kosten verursachen kann oder gar ungeachtet zahlreicher Angebote nicht gelingt.

Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung

Aktuell zeigen diese drei Faktoren ein interessantes Bild: Die Gesamtbevölkerung ist durch steigende individuelle Lebenserwartung sowie einen insgesamt positiven Saldo aus Geburtenbilanz und Wanderungsbilanz von 1950 bis 2023 von 6,9 Millionen auf 9,1 Millionen Menschen gestiegen. Dies setzt die öffentlichen Haushalte stark unter Druck, weil sowohl für die Versorgung einer steigenden Anzahl von älteren Menschen, sowie in den Ausgaben für Bildung und Integration enorme Kosten anfallen, mit denen die Abgaben nicht zwingend Schritt halten: Je höher die Arbeitslosigkeit ist, je geringer die Produktivität ist, je geringer die Exportquote ist, desto geringer sind die Potenziale der Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

Für die künftige Entwicklung skizziert Statistik Austria zwei Szenarien*: Mit Migration und einer daraus resultierenden positiven Wanderungsbilanz von kontinuierlich 28.000-35.000 Menschen p.a. wird die Gesamtbevölkerung stetig ansteigen, bis sie 2080 10 Millionen Menschen erreicht. Ohne Migration und in Verbindung mit einer weiterhin nicht bestandserhaltenden Geburtenrate wird durch das Absterben der Generation der Babyboomer 2080 die Bevölkerungszahl von 6,9 Millionen erreicht und damit auf das Niveau des Jahres 1950 sinken.

* Siehe dazu die Grafik im Anhang.

Welcher Weg gesamtgesellschaftlich eingeschlagen wird, ist offen und hängt von zahlreichen rechtlichen und politischen Determinanten ab. Ohne eine positive Wanderungsbilanz wird die Aufrechterhaltung der Versorgung der alternden Angehörigen der Generation der Babyboomer durch Geldleistungen insbesondere im Hinblick auf die Pensionen und Sachleistungen in medizinischer Versorgung und Pflege nicht gelingen. Ob dies allerdings durch eine primär durch die Asylfrage getriebene Zuwanderung und nicht primär durch gezielte Aufnahme von Fachkräften gelingen kann, ist fraglich.

Nicht zu bezweifeln ist jedoch, dass die weitere Entwicklung in dieser Frage die Gemeindeebene unmittelbar betreffen wird, weil die Gemeinde Schauplatz von Sozialisation und Integration ist. In der Gemeinde werden im Alltag jene Begegnungen erlebt und Erfahrungen gemacht, die für die Einbindung der jüngsten Generation und von Zugewanderten in das Gemeinwesen entscheidend sind. Die Organisation dieses sozialen Erfahrungsraums ist freilich nicht nur ein Thema von Beziehungen, sondern auch unter finanziellen Gesichtspunkten brisant: Der Bedarf an Arbeitskräften und Finanzmitteln für Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und sonstigen öffentlichen Dienstleistungen bis hin zu mobilen und stationären Pflegediensten unterscheidet sich gravierend danach, ob Menschen anzusprechen sind, die mit den österreichischen Systembedingungen, Kommunikations- und Lebensgewohnheiten von Anfang an vertraut sind, oder auf Grund ihrer Herkunft aus fremden Kulturkreisen Integrationsbedarf besteht. Unter diesem Blickwinkel ist daher zweifellos anzustreben, Abwanderung hintanzuhalten, die Geburtenrate aus dem autochthonen Milieu zu fördern und die Zuwanderung – neben Asylgewährung aus zwingenden Gründen – primär auf qualifizierte Fachkräfte zu fokussieren.

3. Gemeinde und Familie

Gemeinde als Lebensumfeld

Angesichts der skizzierten Potenziale der Gemeindeebene und der bestehenden – wenngleich begrenzten – rechtlichen Kompetenzen der Gemeinde, ist für die weiteren Überlegungen vom Faktum auszugehen, dass die Gemeinde jenes Lebensumfeld ist, in dem sich der Alltag der Bürger:innen ereignet. In der Gemeinde werden Errungenschaften und Defizite der Politik aller staatlichen Organisationsebenen in ihren Auswirkungen auf das Leben der Einwohner:innen des Landes unmittelbar spürbar: In der Gemeinde erleben die Bürger:innen, ob der öffentliche Nahverkehr, die medizinische Versorgung, die elementarpädagogische Einrichtung und die Bildungseinrichtung usw. die politisch intendierte Wirkung haben oder nicht; in der Gemeinde wird der öffentliche Raum als attraktiv und sicher empfunden oder nicht; in der Gemeinde wird soziale Kohäsion erlebt oder nicht.

So gesehen sind die materiellen und immateriellen Rahmenbedingungen des Gemeindelebens für die Alltagserfahrungen der Bewohner:innen von enormer Bedeutung, was erklärt, warum der Gemeinde rechtlich und politisch in der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung in all diesen Fragen eine große Bedeutung zukommt: Die Handhabung der Bauordnung und die Flächenwidmung beeinflussen die Gestaltung des öffentlichen und privaten Raums, das subjektive individuelle Sicherheitsgefühl, die objektive persönliche Sicherheit und die medizinische Versorgung im ambulanten Bereich; das Angebot an Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen ist für die Familiengründung von großer Bedeutung; die Akzeptanz von Unternehmen und Produktionsstandorten ist für Arbeitsplätze und im Umweg über Abgaben für die Finanzmittel, mit der die Gemeinde ihre Attraktivität beeinflussen kann, von großer Bedeutung.

Andererseits darf nicht übersehen werden, dass die Gemeinde diese Faktoren nicht alleine beeinflussen kann: Raumplanung und Finanzausgleich, regionale Strukturplanung im Gesundheitswesen, die Verantwortung der anderen Gebietskörperschaften im Schulwesen und in der Gestaltung der überlokalen Verkehrs- und Energienetze, sowie die regionale und überregionale Steuerung von Wirtschaftsförderung, Betriebsansiedlung und Tourismus sind Materien, in denen der Gemeinde Potenziale eröffnet und Grenzen gesetzt sind, die sie de jure kaum beeinflussen kann.

Familie als Lern- und Erfahrungsort

Durch ihre Intergenerationalität fungieren Familien als zentraler Lern- und Erfahrungsort, in dem kulturelle Prägungen, Informationen, formelles und informelles Wissen weitergegeben werden, ohne dass dafür öffentliche Mittel eingesetzt werden. Gesundheitswissen, psychische Resilienz, Erfahrungen von Vertrauen

und Nähe, gegenseitiger Unterstützung, von Rücksichtnahme, vom Umgang mit Verletzlichkeit, Strukturierung des Tages und des Jahreskreislaufs spielen bei der Sozialisation eine wichtige Rolle. Dieser Effekt besteht unabhängig davon, ob diese familialen Prägungen sich auf die Persönlichkeitsentwicklung positiv auswirken, sondern auch dann, wenn das Erleben negativ ist und Sozialisationsdefizite bestehen. Familiale Bezüge wirken sowohl im Gelingen wie im Scheitern, und begründen eine unaufgebbare Bindung zwischen den Generationen.

In Familien geschieht Prägung. Der tagtägliche Kontakt und die Notwendigkeiten des alltäglichen Zusammenlebens führen dazu, dass Verhalten eingeübt wird. Essgewohnheiten, Verbraucherverhalten, Umweltschutz, aber auch das Beziehungsverhalten wird wesentlich in Familien geprägt. Die Fähigkeit, Beziehungen nachhaltig zu gestalten, entwickelt sich auch anhand von Erfahrungen in der Familie – wobei man im Guten wie im Schlechten lernen kann. Zur Frage der Kommunikation sagte Paul Watzlawik, es sei unmöglich, nicht zu kommunizieren. Dies gilt auch für familiale Beziehungen: Sie können nicht gleichsam ad acta gelegt werden, sondern müssen in das Gesamtbild der Persönlichkeit integriert werden.

Die Ressourcenfrage

Reflektiert man in diesem rechtlichen und politischen Umfeld die Wechselwirkungen von Familie und Gemeinde, zeigt sich, dass Familien für die Ressourcen einer Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen, die durch die Situation auf der Gemeindeebene massiv beeinflusst werden. Dies in mehrfacher Hinsicht:

Familie kann eine stark positive biografische Ressource sein, aber auch wo es Probleme in der Familie gibt, hat sie starke Auswirkungen auf die Biografie. Dies bedeutet, dass die Familie als Ressourcenfaktor für die Gesellschaft positiv, aber auch negativ wirken kann: gelingende innerfamiliale Sozialisation kann die öffentlichen Haushalte entlasten, Defizite erhöhen den Aufwand öffentlicher Mittel.

Neben der Sozialisation ist das auf der Gemeindeebene erlebte Umfeld auch für die Integration entscheidend, weil sowohl bereichernde als auch verstörende Effekte im Alltag des Gemeindelebens erfahren werden. Zahlreiche Einzelbeispiele zeigen, dass Integration auf Gemeindeebene gelingen kann, wenn die sozialen Strukturen auf Gemeindeebene kleinräumig Beziehungen ermöglichen[1], in denen ebenfalls eine kulturelle Unterschiede überbrückende soziale Verbindung entsteht: Dies scheitert aber, wenn auf der Gemeindeebene durch räumliche Trennung der Milieus oder quantitative Überforderung die soziale „Verwebung“ von Zuwanderern und Zuwanderinnen mit der lokalen Gemeinschaft nicht funktioniert[2].

Damit wird deutlich, dass die Gemeinde von enormer Bedeutung für die Gestaltung des Umfelds ist, in dem Sozialisationsleistungen erbracht werden können: Akzeptiert man die These, dass die materielle und immaterielle Infrastruktur auf

Gemeindeebene für die Alltagsgestaltung von großer Bedeutung ist, können die Erfahrungen auf Gemeindeebene sowohl bei der Realisierung des Familienlebens als auch im Bereich der Integration nicht hoch genug eingeschätzt werden. So gesehen darf Familienfreundlichkeit von Gemeinden kein bloßes Schlagwort sein, sondern muss als zentraler Reflexionsrahmen der Gemeindeentwicklung gesehen werden,[3] und müssen die Entwicklungspotenziale auf Gemeindeebene im Bereich der Integration forciert werden.*

In der gegebenen verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung wird andererseits aber deutlich, dass auch andere Gebietskörperschaften ein eminentes Interesse daran haben, die Gemeinde bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für familiales Leben zu unterstützen, damit diese Sozialisationsleistung durch Familien gelingt: Dies ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern muss auch im finanziellen Interesse der öffentlichen Haushalte gesehen werden, weil fehlende innerfamiliale Unterstützungsleistungen oder misslingende Sozialisation durch öffentliche – und damit *öffentlich* finanzierte – Leistungen kompensiert werden muss.

* Ein Instrument wäre, einen, mit dem auf Familienfreundlichkeit fokussierten Audits vergleichbaren, kontinuierlichen Verbesserungsprozess „integrationsfreundliche Gemeinde" zu etablieren.

4. Handlungsfelder

Unterstützung der älteren Generation

Für das politische Handeln mit Bezug auf die Gemeindeebene ist zunächst die Erkenntnis wichtig, dass auf Grund des gesellschaftlichen Alterns jenes Phänomen zunimmt, das die Familiensoziologie als Bohnenstangenfamilie bezeichnet[4]. Dadurch nimmt die räumliche und emotionale Distanz in der Generationenabfolge ab: Wenn heute sehr oft vier Generationen in einer Familie gleichzeitig leben, ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass Tätigkeiten, die in der Vergangenheit typischerweise aus innerfamilialer Solidarität zwischen den Generationen geleistet wurden, nicht mehr gesetzt werden können, weil es die übernächste Generation betreffen würde, die aber nicht mehr in der Nähe wohnt. Damit wird insbesondere die Betreuung *Älterer* verstärkt zur Aufgabe, die im lokalen Umfeld gelöst werden muss. Dass dies die Gemeinden im bisherigen Finanzrahmen nicht alleine stemmen können, liegt auf der Hand.

Ein wichtiges Instrument zur ökonomischen Bewältigung dieser Aufgabe ist die Beteiligung von Gemeindemitgliedern außerhalb des Familienverbandes im kleinräumigen Umfeld: Projekte wie jenes der Integrierten Altenpflege (IAP), das in der Gemeinde Ludesch in den 1990er Jahren gelebt wurde[5], ein Mühlviertler Projekt eines „Altenbetreuungs-, Kranken- und Nachbarschaftshilfsdiensts (AKN)[6], oder auf Gemeindeebene organisierte Krankenpflegeverbände[7] können als richtungsweisend angesehen werden, stießen jedoch zum Teil auf massive gewerberechtliche, berufsrechtliche und arbeitsvertragsrechtliche Hürden.

Forciert werden sollte auf Gemeindeebene auch die aktivierende Betreuung. Soziale Verantwortung setzt nicht erst ein, wenn professionelle Hilfe benötigt wird, sondern sollte einsetzen, wenn durch Alltagsbegleitung das Entstehen professionellen Pflegebedarfs vermieden werden kann. In zahlreichen Gemeinden werden heute Hilfen beim Einkauf, Begleitung bei Amtswegen, Unterstützung bei Arztbesuchen durch ehrenamtliche Helfer und Helferinnen organisiert, mit denen eine Inaktivierung hinausgezögert werden kann.

Unterstützung der jüngeren Generationen

All dies dient nicht nur dazu, die Versorgung Älterer sicherzustellen, sondern auch die jüngeren Generationen zu entlasten. Diese sind aus mehreren Gründen unter großer sozialer Belastung:

Durch verlängerte Ausbildungsphasen, das spätere Eingehen intentional längerer Partnerschaften und große Anforderungen in der Arbeitswelt hat sich der Zeitpunkt der Familiengründung innerhalb einer Generation massiv verschoben. Auch hat sich innerhalb der letzten zwei Generationen das Erwerbsverhalten von Müttern massiv verändert: Das Anwachsen der Zahl von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten Müttern hat dazu geführt, dass diese Frauen später zur Betreuung von Enkelkindern nicht in jenem Ausmaß zur Verfügung stehen und/oder bereit sind, wie dies in früheren Generationen der Fall war. Großmütter und Großväter stehen heute oft selbst im Erwerbsleben und können Familienarbeit oft nur in geringem Ausmaß leisten.

Im Effekt sind die Menschen in der „Rushhour des Lebens“[8] enorm belastet und können eine befriedigende Balance der Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit nicht erleben. Hier können Unterstützungsleistungen vielfältigster Art Entlastungen schaffen und eine lokale Gemeinschaft attraktiv machen: Lesepatenschaften, Kinderbetreuung während des Urlaubs, Co-Working-Spaces, nachbarschaftliche Unterstützung kann auf Gemeindeebene leichter organisiert werden.

Die Gemeinde muss dabei jedoch nicht selbst als Trägerin dieser Aktivitäten auftreten, sondern sollte von den anderen Gebietskörperschaften finanziell und organisatorisch unterstützt werden. Zusätzliches Potenzial bietet aber auch – etwa im Rahmen der Ferienbetreuung – die Unterstützung durch Unternehmen sowie Interessenvertretungen von Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen in den lokalen Aktivitäten auf Gemeindeebene. Und da auch andere – insbesondere auf Mehrgenerationalität ausgerichtete – lokale Organisationen wie Kirchengemeinden, Vereine und lokale Solidargemeinschaften wie freiwillige Feuerwehren, Berg- und Wasserrettung, Sportvereine usw. die soziale Unterstützung und Einbindung von Familien auf Gemeindeebene fördern können, rechtfertigt dies die Unterstützung dieser Organisationen durch die Gemeinden, weil damit auch jenes Netz unterstützt wird, in dem sich Familien auf Gemeindeebene getragen wissen. Dies

eröffnet neue Perspektiven in der Zweckbindung von Subventionen: Warum soll die Unterstützung der Gemeinde für die lokale Musikgruppe nicht auch daran geknüpft werden, wie stark sich jüngere Musiker und Musikerinnen um die älteren Vereinsmitglieder oder jene kümmern, die eine Unterstützung in der Familiengründung bedürfen?

5. Abschließende Bemerkung

Der Beitrag versuchte, über die Bedeutung von Familien in der Gesellschaft und der Gemeindeebene als primärer Ort der Alltagserfahrungen zu reflektieren. Familienfreundlichkeit auf Gemeindeebene ist nicht nur eine ökonomische Notwendigkeit, sondern kann auch zu sozialer Stabilität und zur Resilienz der Gesellschaft beitragen. Das Gelingen gesamtgesellschaftlicher Kohäsion steht in Wechselwirkung zum Gelingen familialer Beziehungen im Alltag.

Wenn die sozialwissenschaftliche Forschung gezeigt hat, dass für das Gelingen von Familienbeziehungen Zeit, Geld und Infrastruktur entscheidend sind[9], und wenn dies auf der Gemeindeebene unterstützt wird, können Maßnahmen in diesen Bereichen einerseits die Familienbeziehungen stabilisieren, andererseits aber auch die Familien als Erfahrungs- und Lernort für nachhaltige Beziehungen stärken. Die Erfahrung von Licht- und Schattenseiten nachhaltiger Beziehungen, wie sie in Familien möglich sind, sind wichtige Schritte in der Entwicklung resilienter Persönlichkeiten, die beziehungs- und damit gemeinschaftsfähig sind.

Insgesamt sollte sich die Familienpolitik auf allen Ebenen nicht auf eine vordergründig mathematisch/ökonomische Quantifizierung der Effekte von Einzelmaßnahmen beschränken, weil es immer auch um Folgewirkungen geht. Wenn man beispielsweise auf Gemeindeebene eine gute Kinderbetreuung anbietet und daher junge Menschen in der Gemeinde eine Familie gründen, können deren Konsumausgaben lokale Unternehmen in Handel und Gastronomie stützen, wo die Arbeitslöhne zu Kommunalsteuern führen, durch welche die in diesen Unternehmen gesicherten Arbeitsplätze ihrerseits dazu führen, dass diese Arbeitnehmer:innen in der Gemeinde bleiben, dass deren Eltern im Alter unterstützt werden usw.

Letztlich geht es darum, im Alltag eine Kultur zu entfalten, die lebensbejahend und nicht nur auf die Bewältigung der Probleme der älteren Generation ausgerichtet ist. Dass dabei Gemeinden für die Familien wichtig sind, ist evident; insofern sind gelingende Familien in den Gemeinden ein Indikator für die Vitalität der Gemeinschaft auf jener Ebene der staatlichen Organisation, in der sich das Alltagsleben realisiert.

Endnotes/Quellen

1 Der hohe Grad an Integration führte beispielsweise zur enormen Solidarität auf der Mikroebene im Fall Arigona Zogaj ungeachtet aller rechtlicher Problematik im Vorgehen; siehe dazu Asylfall Familie Zogaj – Wikipedia. https://de.wikipedia.org/wiki/Asylfall_Familie_Zogaj

2 Siehe etwa den Widerstand gegen die Errichtung von Unterkünften für Flüchtlinge in Ried (Widerstand gegen Asylheim https://www.tips.at/nachrichten/ried/wirtschaft-politik/587219-widerstand-gegen-asylheim). Über Überforderung durch Asylwerber auf Gemeindeebene berichtete die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung bereits 1992; Die Städte sind überfordert Kommunale Erfahrungen mit Asylbewerber:innen | APuZ 7/1993 | bpb.de. (https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/536392/die-staedte-sind-ueberfordert-kommunale-erfahrungen-mit-asylbewerbern/)

3 Der Entwicklungsdimension von Familienfreundlichkeit werden Auditierungs- und Zertifizierungsprozesse gerecht, die in Österreich bundesweit etwa im Audit „familienfreundliche Gemeinde“ der Familie-Beruf-Management GmbH (Zertifizierung familienfreundlichegemeinde | Familie und Beruf https://www.familieundberuf.at/gemeinden/zertifizierung-familienfreundlichegemeinde) oder beispielsweise in Vorarlberg (familieplus - Landesprogramm für kinder-, jugend- und familienfreundliche Gemeinden https://vorarlberg.at/-/familieplus-landesprogramm-fuer-kinder-jugend-und-familienfreundliche-gemeinden) und der Steiermark (Zertifizierung familienfreundliche & kinderfreundliche Gemeinde • Landentwicklung Steiermark) durch auf Familienfreundlichkeit fokussierte Gemeindeaudits durch die Länder etabliert sind.

4 Siehe dazu Bengtson/Schütze, Altern und Generationenbeziehungen: Aussichten für das kommende Jahrhundert, in: Baltes/Mittelstrass (Hrsg), Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung (1992), 492ff; sowie statt vieler Kränzl-Nagl/Langer, Sozialer Wandel: Auswirkungen und Herausforderungen für Familie, in: Die Familie an der Wende zum 21. Jahrhundert, 5. Österreichischer Familienbericht (2009), 1.3., III-406-BR/2010 BlgNR; und Scholta, Pflege und Betreuung als Generationenproblem am Beispiel der alten Menschen, in: Badelt (Hrsg), Beziehungen zwischen Generationen (1997), 59 ff. mwN.

5 Siehe dazu z.B. Stanzel, Pilot-Projekt Ludesch: Neue Wege in der Altenbetreuung, Die Furche 14.3.1993. Das Projekt, das ursprünglich unter dem Titel „Ganz Ludesch, ein Pflegeheim“ firmierte, wurde später unter dem Schlagwort „Eine ganze Region, ein Pflegeheim“ weiterentwickelt (Eine ganze Region, ein Pflegeheim https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101214_OTS0165/eine-ganze-region-ein-pflegeheim)

6 Siehe dazu Gläser, Organisierte Nachbarschaftshilfe in vier Mühlviertler Gemeinden, Die Furche 24.3.1994

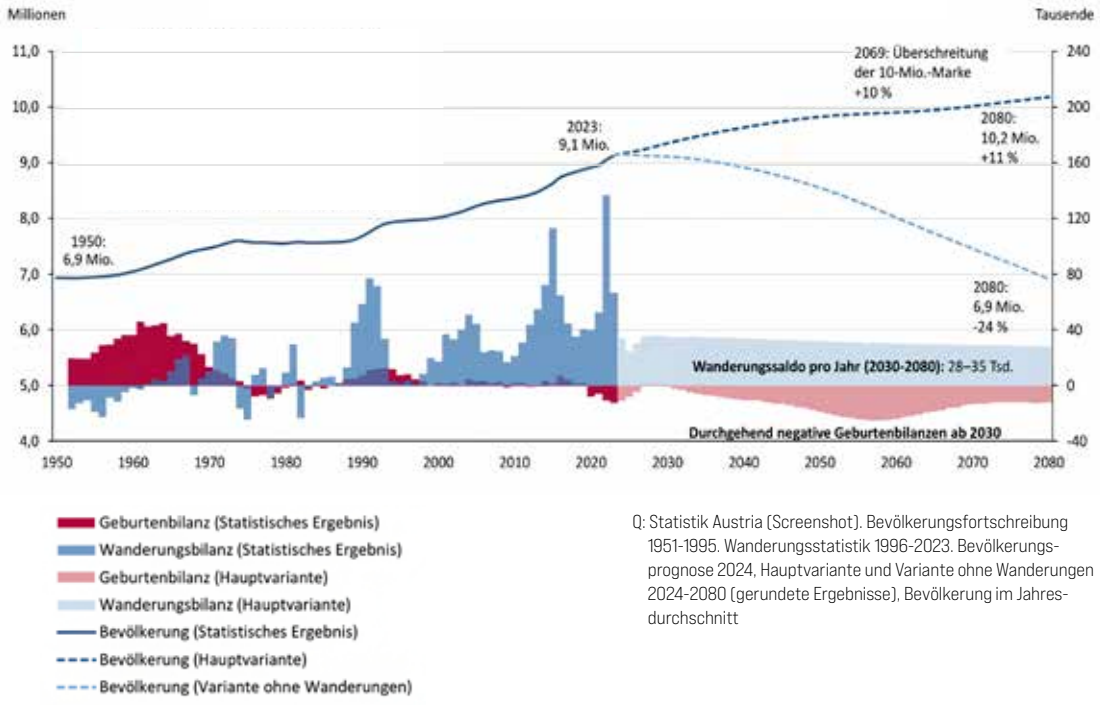
7 Siehe dazu Hauskrankenpflege Vorarlberg https://www.hauskrankenpflege-vlbg.at/vereine/.

8 Vgl. dazu überblickshaft Rushhour des Lebens | Familienpolitik | bpb.de.

9 Siehe dazu Bertam/Bujard (Hrsg.) Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik (2012) mawN.

Anhang:

Entwicklung der Bevölkerungszahl, Geburten- und Wanderungsbilanz



Q: Statistik Austria (Screenshot). Bevölkerungsfortschreibung 1951-1995. Wanderungsstatistik 1996-2023. Bevölkerungsprognose 2024, Hauptvariante und Variante ohne Wanderungen 2024-2080 (gerundete Ergebnisse), Bevölkerung im Jahresdurchschnitt

NATALIA WAECHTER UND GUDRUN QUENZEL

Politische Beteiligung von Jugendlichen auf Gemeindeebene

Abstract

Jugendliche zeigen politisches Interesse, fühlen sich jedoch von der etablierten Politik oft nicht angesprochen. Auf Gemeindeebene könnte Beteiligung besser gelingen, da hier konkrete, lebensnahe Themen behandelt werden und Ergebnisse rascher sichtbar sind. Dennoch sehen nur wenige Jugendliche reale Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihrer Gemeinde.
Der Artikel analysiert politische Einstellungen und Beteiligungschancen junger Menschen in Österreich und entwickelt Empfehlungen, wie ihre Partizipation auf kommunaler Ebene gestärkt werden kann.

Über die Autorinnen

Assoz. Prof. Mag. Dr.phil. Natalia Wächter
ist Assoziierte Professorin für Sozialpädagogik am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz. Sie ist Vorsitzende der ÖGS-Sektion Jugendsoziologie und Vorstandsmitglied des Österreichischen Netzwerks Jugendforschung sowie des internationalen Forschungskomitees Sociology of Youth.

Prof. Dr. Gudrun Andrea Quenzel
ist Soziologin und Professorin an der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg in Österreich. Dort leitet sie das Institut für Bildungssoziologie. Sie forscht zu Jugend und Sozialisation, Bildungsarmut, Gesundheit und Bildungsungleichheit

Foto // Polimorph/commons.wikimedia.org Foto // Wilke

Gerade auf Gemeindeebene bietet sich aus Sicht der Interessen und Motivation von Jugendlichen eine politische Beteiligung an. Jugendliche sind seltener bereit als Angehörige älterer Generationen, sich langfristig zu binden, das heißt Mitgliedschaften in politischen Parteien und Organisationen sind für sie häufig wenig attraktiv. Zudem sind Jugendliche eher bereit, sich zu engagieren, wenn es um konkrete Ziele geht, die in absehbarer Zeit erreicht werden können, was ebenfalls eher auf Gemeindeebene denn in größeren Strukturen umgesetzt werden kann.

Noch ein Punkt spricht dafür, dass ein Engagement auf lokaler Ebene eher einem jugendlichen politischen Zugang entgegenkommt: Für Anliegen, die die eigene Lebenswelt und das nähere Umfeld betreffen, steigt ihre Bereitschaft für ein Engagement (Waechter 2012). Politisches Engagement auf Gemeindeebene würde vielen Interessen junger Menschen entgegenkommen: Dort werden konkrete, die Menschen im Umfeld unmittelbar betreffende Anliegen behandelt, die Ergebnisse des politischen Handelns sind häufig kurzfristig sichtbar und auch temporäres Engagement kann etwas bewirken.

Wie ist es nun aber wirklich um die politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Menschen auf lokaler Ebene in Österreich bestellt und wie könnte diese gestärkt werden? Diesen Fragen wollen wir in diesem Artikel nachgehen. Wir betrachten zunächst, ob Jugendlichen politisches Engagement überhaupt wichtig ist und sehen uns das politische Interesse von jungen Menschen an. Anschließend prüfen wir, ob sie das Gefühl haben, dass es für sie in der Politik und der Gemeinde Möglichkeiten der Mitbestimmung gibt, und wir beleuchten, wie es um die Wahlbeteiligung und Wahlberechtigung junger Menschen bestellt ist. Auf dieser Grundlage haben wir eine Reihe von Empfehlungen für die politische Miteinbeziehung von Jugendlichen und jungen Menschen auf Gemeindeebene entwickelt, die den Abschluss dieses Artikels bilden.

Ein erheblicher Teil der jungen Generation findet politisches Engagement wichtig

In der österreichischen Studie „Lebenswelten 2020 – Werthaltungen junger Menschen in Österreich“, in der 14.400 Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren zu ihren Werthaltungen und Verhaltensbereitschaften befragt wurden, wurde auch erhoben, wie wichtig es Jugendlichen ist, sich politisch zu engagieren (Jugendforschung Pädagogische Hochschulen Österreichs 2021: 260). 40 Prozent der Jugendlichen sagen, dass ihnen politisches Engagement (sehr) wichtig ist, 60 Prozent finden dies eher oder völlig unwichtig. Jungen Männern ist politisches Engagement etwas häufiger wichtig als den jungen Frauen. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man nach dem politischen Interesse fragt (Ott et al. 2021: 154). 11 Prozent der Jugendlichen haben ein starkes Interesse an Politik, 34 Prozent sind zumindest etwas interessiert. Jugendliche an maturaführenden Schulen interessieren sich häufiger für Politik als Jugendliche an Pflichtschulen, berufsbildenden mittleren

und Berufsschulen. Auch scheint das politische Interesse mit zunehmendem Alter zu steigen, die Unterschiede sind jedoch gering und statistisch nicht signifikant. In einem deutlichen Zusammenhang mit dem politischen Interesse steht, ob Jugendliche den Klimawandel als bedrohlich empfinden. Klimawandel und Umweltprobleme sind zentrale Anliegen, die junge Menschen dazu bringen, sich politisch zu interessieren und sich zu engagieren.

Wenig Vertrauen in Politik und Politiker:innen

Allerdings zeigen deutsche und österreichische Studien, dass sich Jugendliche trotz ihres durchaus vorhandenen politischen Interesses von der Politik nicht ausreichend vertreten fühlen. In der deutschen Shell Jugendstudie 2024 gibt etwa weniger als die Hälfte der befragten Jugendlichen an, den politischen Parteien zu vertrauen (Schneekloth/Albert 2024: 70). Ergebnisse der Befragung des Gallup Instituts (2020: 27) zeigen, dass sich die Jugendlichen in Österreich in den eigenen Bedürfnissen nur wenig oder gar nicht angesprochen fühlen. Während die Jugendlichen als aktuellen Schwerpunkt in der Politik vor allem Wirtschaft als Thema wahrnehmen, sehen sie die Themen, die ihnen wichtig wären (Bildung, Umwelt, Jugend und Soziales), stark vernachlässigt.

Auch die Wahltagsbefragung im Zuge der Wiener Gemeinderatswahl 2020 zeigt, dass jungen Menschen unter 30 Jahren Klima und Umwelt wichtiger waren als anderen Altersgruppen (SORA/Institut für Strategieanalysen 2020: 7). Jugendliche scheinen offenbar mit den etablierten Parteien und dem politischen Betrieb zu fremdeln und sich eher wenig angesprochen zu fühlen. Da die politischen Prozesse auf Gemeindeebene stärker nachvollziehbar, thematisch enger an der Lebenswelt und auch vor Ort leichter beeinflussbar sind, stellt sich die Frage, ob Jugendliche sich hier eventuell besser vertreten fühlen.

Haben Jugendliche das Gefühl, in den Gemeinden mitbestimmen zu können?

In Rahmen der Studie „Lebenswelten 2020 – Werthaltungen junger Menschen in Österreich“ wurden in zwei Bundesländern, in Vorarlberg und der Steiermark[1], die Jugendlichen gefragt, wie sehr sie in verschiedenen Lebensbereichen – Familie, Freundeskreis, Schule, Politik und Gemeinde – mitbestimmen können. Die Frage lautete: „Alles in allem, wie sehr kannst du mitbestimmen...“ und dann wurden die Lebensbereiche Familie, Freundeskreis, Schule, Gemeinde und Politik abgefragt. Die Antwortoptionen rangierten auf einer fünfstufigen Skala zwischen sehr viel, viel, teils-teils, wenig und sehr wenig.

Dabei schneidet die Politik im Vergleich zu anderen Bereichen zwar generell bescheiden ab, es zeigt sich aber auch, dass auf Gemeindeebene vergleichsweise

1 Wir bedanken uns bei Martin Auferbauer von der PH Steiermark für die zur Verfügungstellung der Daten.

mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten gesehen werden als in der Politik. Da die Ergebnisse in Vorarlberg und der Steiermark sehr ähnlich sind und die Steiermark das größere Bundesland ist, berichten wir im Folgenden vor allem die Ergebnisse aus der Steiermark.

Von den Jugendlichen in der Steiermark sagen 3 Prozent, dass sie in ihrer Gemeinde sehr viel, 5 Prozent, dass sie viel und 14 Prozent, dass sie teils-teils mitbestimmen können. 21 Prozent geben an, wenig und 35 Prozent sehr wenig mitbestimmen zu können. 23 Prozent wählen die Option „weiß nicht". Nimmt man die Angaben für sehr viel, viel und teil-teils zusammen, sind es mit 22 Prozent etwas mehr ein Fünftel der Jugendlichen, die angeben, auf Gemeindeebene zumindest etwas mitbestimmen zu können. Angesichts des Umstandes, dass 40 Prozent der Jugendlichen sagen, dass sie politisches Engagement wichtig finden, und vor dem Hintergrund der eingangs formulierten Annahme, dass politisches Engagement auf Gemeindeebene den Interessen junger Menschen entgegenkommt, weil dort konkrete, die Menschen im Umfeld unmittelbar betreffende Anliegen behandelt werden, die Ergebnisse des politischen Handelns häufig kurzfristig sichtbar sind und auch temporäres Engagement etwas bewirken kann, ist das kein besonders hoher Wert. Der hohe Anteil von Jugendlichen, der hier „weiß nicht" angibt, deutet zudem darauf hin, dass viele sich bisher nicht damit auseinandergesetzt haben, welche Möglichkeiten der Mitbestimmung es denn überhaupt gäbe. Die ganz überwiegende Mehrheit sieht für sich keine Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Gemeinde.

Wovon hängt es ab, ob Jugendliche die Meinung haben, auf Gemeindeebene zumindest etwas mitbestimmen zu können?

Junge Männer haben deutlich öfter das Gefühl mitbestimmen zu können als junge Frauen. Von den männlichen Jugendlichen sagen 25 Prozent, dass sie zumindest etwas (sehr viel, viel oder teils-teils) in ihren Gemeinden mitbestimmen können, von den weiblichen Jugendlichen sind es mit 18 Prozent deutlich weniger. Offenbar sprechen die Themen und Strukturen auf Gemeindeebene junge Männer stärker an als junge Frauen. Interessant ist auch, dass es auf Gemeindeebene gelingt, stärker die Jugendlichen auf den nicht-maturaführenden Schulen anzusprechen, somit jene Schulformen, die stärker von jungen Männern besucht werden. Es könnte daraus auch geschlossen werden, dass Jugendliche in nicht-maturaführenden Schulen stärker mit der Gemeinde oder Region verbunden sind.

Auch das Alter der Jugendlichen spielt eine Rolle, denn mit zunehmendem Alter steigt das Gefühl, mitbestimmen zu können, sukzessive an. Von jenen, die 16 Jahre und älter und damit wahlberechtigt sind – vorausgesetzt, sie besitzen die österreichische Staatsbürgerschaft (bei Nationalrats- und Landtagswahlen) oder zumindest die Staatsbürgerschaft eines anderen EU-Landes (bei Gemeinderatswahlen mit Ausnahme Wiens) – sagt etwa ein Viertel, dass sie mitbestimmen können, wäh-

rend es bei den Jüngeren deutlich weniger sind. Da nur Jugendliche in der achten, neunten und zehnten Schulstufe befragt wurden, ist die Altersspanne jedoch relativ gering.

Interessant sind auch die Unterschiede nach der Wohnregion, denn je städtischer die Jugendlichen wohnen, desto häufiger geben sie an, mitbestimmen zu können. Von den Jugendlichen, die eher städtisch wohnen, geben 39 Prozent an, zumindest etwas (sehr viel, viel oder teil-teils) in ihren Gemeinden mitbestimmen zu können. Von jenen, die eher ländlich wohnen, sagen dies nur 19 Prozent. Offenbar gelingt es den Städten deutlich besser, junge Menschen in die Politik einzubinden.

Zudem gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen den wahrgenommenen Mitbestimmungsmöglichkeiten und der Bedeutung, die Jugendliche dem politischen Engagement zumessen. Je wichtiger sie es finden, sich politisch zu engagieren, desto mehr können sie auch mitbestimmen. Auch ein hohes politisches Interesse geht mit verstärkter Mitbestimmung einher.

Zusammengenommen zeigen die Ergebnisse, dass die Gemeinden bisher mit ihren Beteiligungsangeboten nur einen kleinen Teil der jungen Menschen erreichen. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass es hier ein erhebliches Potential gibt, diejenigen Jugendlichen, die sich für Politik interessieren und für die Engagement grundsätzlich wichtig ist, verstärkt einzubinden. Gerade in den Städten scheint dies in der Steiermark teilweise schon recht gut zu gelingen.

Jugend und Wahlbeteiligung

Da die Themen der politischen Parteien wenig an den Interessen und Anliegen junger Menschen orientiert sind, fühlen sich diese im Vergleich zu älteren Generationen auch weniger von der Politik abgeholt und als Wähler:innen angesprochen. Dementsprechend zeigte sich etwa in den deutschen Bundestagswahlen 2021, dass die Wahlbeteiligung tendenziell mit zunehmendem Alter steigt (Demographieportal 2025). Allerdings müssen junge Erstwähler:innen auch erst in das politische System hineinwachsen und lernen, diese Möglichkeit der Mitbestimmung zu nutzen (Waechter 2012).

Innerhalb der Gruppe der 16- bis 19-Jährigen scheint die Wahlbeteiligung nicht wesentlich anzusteigen. Nach der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre in einigen deutschen Bundesländern[2] gab es zwischen den 16- und 17-Jährigen auf der einen Seite und den 18- bis 19-Jährigen auf der anderen Seite keine nennenswerten Unterschiede in ihrer Wahlbeteiligung. Auch hinsichtlich ihres politischen Interesses und ihrem politischen Wissen unterschieden sich die 16- und 17-Jährigen nicht von den 18- und 19-Jährigen (Faas/Leininger 2020; Faas/Könneke 2021). Für die österreichischen Nationalratswahlen wurde festgestellt, dass die 16- und 17-jährigen Erstwähler:innen sogar besser informiert sind als die 18- bis 20-jährigen Erstwäh-

2 In Österreich wurde das Wahlalter für alle Wahlen (Gemeinderat, Landtag, Nationalrat, Bundespräsident:in, EU) schon 2007 von 18 auf 16 Jahre gesenkt, womit Österreich international eine Vorreiterrolle einnimmt.

ler:innen (Kritzinger et al. 2017). Auch hier zeigt sich also wieder, dass es nicht am fehlenden Interesse der jungen Menschen liegen dürfte, wenn sie sich nicht politisch engagieren.

Jugend und Wahlberechtigung: Wien ist anders

In letzter Zeit wird in Österreich vermehrt diskutiert, dass es demokratiepolitisch bedenklich ist, dass ein steigender Anteil der in Österreich lebenden Menschen nicht an bundesweiten Wahlen wahlberechtigt ist, weil sie zwar in Österreich leben (und zum Teil auch in Österreich geboren sind), aber keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. In Europawahlen und Gemeinderatswahlen sind auch EU-Bürger:innen, die ihren Hauptwohnsitz in einer österreichischen Gemeinde haben, wahlberechtigt. Da die Wiener Gemeinderatswahlen aber gleichzeitig Landtagswahlen darstellen, dürfen hier nur Wiener:innen mit österreichischer Staatsbürgerschaft wählen. Davon ist die junge Bevölkerung überproportional betroffen: „Besonders junge Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind vom Ausschluss vom Wahlrecht betroffen. 40,9 Prozent der Wiener:innen zwischen 16 und 24 Jahren haben nicht die österreichische Staatsbürgerschaft.“ (Stadt Wien 2025). Wenn wir also nach der Bereitschaft zum Engagement junger Menschen fragen, müssen wir auch in den Blick nehmen, dass viele junge Menschen in Österreich von einer wichtigen Form der Mitbestimmung ausgeschlossen sind. Es könnte zwar argumentiert werden, dass es noch weitere Möglichkeiten der Teilhabe gibt, aber es muss doch auch von einem Gefühl des Ausgeschlossenseins und einer negativen Signalwirkung ausgegangen werden, die ein weiteres Engagement eher verhindert als fördert.

Conclusio mit Empfehlungen

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass es gerade auf Gemeindeebene viel Potential gäbe, Jugendliche mit ins Boot zu holen und zum politischen Engagement zu motivieren. Allerdings fühlen sich Jugendliche nicht von Politik und Gemeinde abgeholt, auch wenn sie prinzipiell politisch interessiert sind.

Auf dieser Grundlage können folgende Empfehlungen ausgesprochen werden:

- Jugendlichen müssen Chancen zur Beteiligung geboten werden, und es müssen mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung für Jugendliche geschaffen werden

- Jugendliche brauchen Räume, in denen sie sich mit Gleichaltrigen treffen und austauschen können.
  - Jugendlichen Räume zur Verfügung stellen

- Jugendliche müssen ermutigt und dabei unterstützt werden, ihre Bedürfnisse und Anliegen zu erkennen und artikulieren zu können.
  - Jugendliche bei ihrer Auseinandersetzung unterstützen

- Jugendlichen müssen niederschwellige Möglichkeiten geboten werden, ihre Anliegen auf Gemeindeebene einzubringen.
  - Jugendlichen niederschwelligen Zugang bieten

- In Erfahrung bringen, was Jugendlichen in der Gemeinde wichtig ist, was fehlt und was vielleicht nicht mehr funktioniert.
  - Die Perspektive der Jugendlichen erkennen und verstehen

- Nicht nur die konkreten Anliegen Jugendlicher berücksichtigen, sondern Jugend als Querschnittsthema berücksichtigen: Was bedeutet eine Maßnahme oder die konkrete Umsetzung, z.B. einer Fußgängerzone, für Jugendliche?
  - Jugend als Querschnittsthema immer mitdenken

- Sich mit örtlichen Jugendvereinen und Jugendverbänden regelmäßig austauschen, nicht nur anlassbezogen
  - Zusammenarbeit mit Jugendvereinen und -verbänden

- Mädchen als eigene Zielgruppe betrachten: Wie können Mädchen auf dem Weg zum politischen Engagement in der Gemeinde unterstützt werden?
  - Mädchen als Zielgruppe

- Verständnis und Berücksichtigung, dass es auch in einer kleineren Gemeinde nicht *die* Jugend gibt, sondern verschiedene Jugendliche mit verschiedenen Bedürfnissen – Jugend ist divers.
  - Verschiedenheit der Bedürfnisse berücksichtigen

Literatur

- Demografie-Portal (2025): https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/wahlbeteiligung.html
- Jugendforschung Pädagogische Hochschulen Österreichs (Hg.) (2021): Lebenswelten 2020. Werthaltungen junger Menschen in Österreich. Innsbruck/Wien: Studien Verlag.
- Faas, Thorsten/Leininger, Arndt (2020): Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters. OBS-Arbeitspapier 41. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Faas, Thorsten/Könneke, Anton (2021): Wählen ab 16? Pro und Contra. Politik und Zeitgeschichte 38–39/2021, S. 29–35.
- Kritzinger, Sylvia/Wagner, Markus/Glavanovits, Josef (2017): ErstwählerInnen bei der Nationalratswahl 2017. Forschungsbericht. Wien: Universität Wien.
- Ott, Martina/Gabriel, Herbert/Resinger, Paul/Wutti, Daniel (2021): Politik, Demokratie und Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern, in: Jugendforschung Pädagogische Hochschulen Österreichs (Hg.) Lebenswelten 2020. Werthaltungen junger Menschen in Österreich. Innsbruck/Wien: Studien Verlag, S. 151–189.
- Schneekloth, Ulrich/Albert, Mathias (2024): Jugend und Politik, in: Shell Deutschland Holding (Hg.) 19. Shell Jugendstudie. Jugend 2024. Weinheim Basel, S. 43–101.
- SORA/Institut für Strategieanalysen (2020): Wahlanalyse Gemeinderatswahl Wien 2020. Forschungsbericht im Auftrag des ORF. Wien: SORA/Institut für Strategieanalysen.
- Stadt Wien (2025): Wiener Bevölkerung 2024: Daten und Fakten zu Migration und Integration. https://www.wien.gv.at/menschen/integration/daten-fakten/bevoelkerung-migration.html
- Waechter, Natalia (2012): Jung, kulturell und politisch aktiv! Politische Partizipation und informelle Selbst-Bildung im Rahmen musikorientierter Jugendkulturen, in: Dossier Kulturelle Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/kulturelle-bildung/65374/musikorientierte-jugendkulturen

MARTIN SCHENK

Leben ist mehr als Überleben.

Armutsvermeidung in ländlichen Regionen

Abstract
Armut am Land: Versteckt, vielschichtig und vermeidbar

Armut zeigt sich nicht nur in leeren Geldbörsen, sondern auch im Mangel an Möglichkeiten, Selbstachtung und Teilhabe. Besonders in ländlichen Regionen Österreichs bleibt sie oft unsichtbar – verdeckt durch Scham, fehlende Hilfsangebote oder bürokratische Hürden. Während Städte mehr soziale Infrastruktur bieten, sind viele Menschen am Land sozial isoliert, mobilitätsarm oder in alten, schlecht sanierten Häusern gefangen.

Der Beitrag beleuchtet die strukturellen Ursachen von Armut am Land – von langzeitarbeitslosen Menschen in strukturschwachen Regionen bis zu älteren Frauen ohne eigenes Einkommen. Er plädiert für einen ganzheitlichen Armutsbegriff, der über das bloße „Nicht-Frieren und Nicht-Hungern“ hinausgeht. Nachhaltige Armutsvermeidung braucht universelle, nicht beschämende Leistungen, bessere soziale Dienstleistungen, gezielte Unterstützung und eine Abkehr von stigmatisierender Bedürftigkeitsprüfung. Denn: Leben ist mehr als Überleben – auch außerhalb der Städte.

Über den Autor

Mag. Martin Schenk
ist Sozialexperte und stellvertretender Direktor der Diakonie Österreich, Mitbegründer der Armutskonferenz, Lehrbeauftragter FH Wien und Joanneum Graz, Psychologe.

„Ich setz mich mit meinen Freunden nicht mehr ins Lokal und ess was. Also früher hat's schon mal geheißen: Leute, ich zahl jetzt. Das gibt es nicht mehr", erzählt ein Mann in einer aktuellen Erhebung der Wirtschaftsuniversität (Dawid 2023). „Es sich nicht leisten können, Freunde zum Essen einzuladen", ist ein bewährter Indikator der Armutsmessung. Wenn es um Einladungen nach Hause geht, wird hier nicht nur Auskunft über zu wenig Geld gegeben, sondern auch die soziale Scham sichtbar, im Unglück sein Privatestes herzeigen zu wollen. Um den Versuch, die Bedrohung des eigenen Ansehens abzuwehren. Um Selbstachtung. Deshalb ist die Erfahrung gemeinsamen Essens auf Augenhöhe eine so gute Sache.

Mit drei Perspektiven können wir uns an den Armutsbegriff annähern: Erstens, Armut setzt sich stets ins Verhältnis. Sie manifestiert sich in reichen Ländern anders als in Burundi. Menschen, die hierzulande von 900 Euro im Monat leben müssen, hilft es wenig, dass sie mit diesem Geld in Burundi gut auskommen könnten. Die Miete ist hier zu zahlen, die Heizkosten hier zu begleichen und die Kinder gehen hier zur Schule. Deshalb ist es mehr als sinnvoll, die Lebensverhältnisse in den konkreten Kontext zu setzen. Armut ist ein Verhältniswort.

Zweitens die Freiwilligkeit: Armut ist das Leben, mit dem niemand tauschen will. Hier geht es nicht um freiwillig gewählte Armut wie sie zum Beispiel von Mönchen, Aussteigern oder Asketen praktiziert wird. Freiwillig gewählte Armut braucht einen Status, der den Verzicht zur Entscheidung erhebt. Den gibt es hier nicht: Armutsbetroffene haben die schlechtesten Jobs, die geringsten Einkommen, die krankmachendsten Tätigkeiten, leben in den kleinsten und feuchtesten Wohnungen, wohnen in den unbeliebtesten Vierteln, gehen in die am geringsten ausgestatteten Schulen, müssen fast überall länger warten – außer beim Tod, der ereilt sie um zehn Jahre früher als Angehörige der höchsten Einkommensschicht (vgl Statistik Austria 2024).

Drittens die Freiheit: Armut ist nicht nur ein Mangel an Gütern, sondern auch an Möglichkeiten. Wir alle wünschen uns ausreichende Handlungsspielräume. Nur wenn wir diese Spielräume haben, können wir uns die Freiheit nehmen zu verzichten. Armutsbetroffene leben in einer „beengten Welt", sie ringen um den Gestaltungsraum, den sie zum Überleben brauchen. Armut ist keine Frage des Verzichts. Den Unterschied zwischen Hungern und Fasten macht die Freiheit. Armut ist einer der existenziellsten Formen von Freiheitsverlust. Freiheit zum Beispiel über Raum zu verfügen: aus einer heruntergekommenen Wohnung wegziehen zu können oder eben nicht. Oder sich frei ohne Scham in der Öffentlichkeit zu zeigen oder nicht. In Armut kann man sein Gesicht verlieren. Freiwilliger Verzicht macht stolz, unfreiwilliger demütigt. Oder die Verfügbarkeit über Zeit: Frauen mit Kindern in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, die nicht entscheiden können, wann und wie lange sie arbeiten und wann eben nicht.

Die Forschung spricht hier von sozialer und materieller Deprivation (Statistik Austria 2024). „Depriviert" heißt „beraubt sein". Beraubt an gutem Wohnen, Gesund-

heit, Bildung, beraubt an angemessener Erholung, Energie und Zukunftschancen.

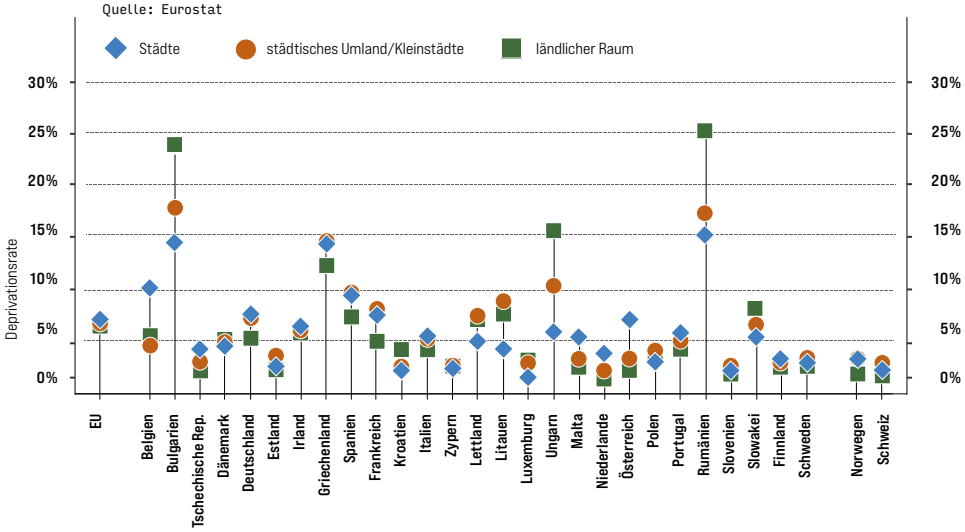
2. Zusammenhänge und Herausforderungen am Land

14,5 Prozent der Landbevölkerung in Österreich sind von Einkommensarmut betroffen. Der Anteil bei Städtern liegt dagegen bei 22,9 Prozent (Eurostat 2024). Die höchsten monetären Armutsrisken für Menschen, die in Städten der Europäischen Union leben, wurden in Österreich, Estland, Belgien und Italien verzeichnet. Am anderen Ende der Skala war in den Städten von Ungarn, Polen, Irland und Rumänien weniger als jede zehnte Person von Einkommensarmut bedroht. Eurostat hat festgestellt, dass es einen engen Zusammenhang zwischen der Armutsgefährdung und der Beschäftigung gibt. Die Daten korrelieren stark mit jenen der Beschäftigungsquote in Städten, Vororten sowie ländlichen Gebieten.

Abb. 1:

Erhebliche soziale und materielle Deprivationsrate nach Urbanisierungsgrad 2023

Quelle: Eurostat



Bei „erheblicher sozialer und materieller Deprivation“ ist das Bild für Österreich ähnlich (Abb. 1). Die höchsten Raten sozialer und materieller Ausgrenzung wurden in ländlichen Regionen östlicher EU-Länder gefunden – etwa in Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei, weiters in Städten westlicher EU-Länder – darunter Belgien, Deutschland, Irland, die Niederlande und Österreich und in Kleinstädten wie Vororten in den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. In Österreich schneiden ländliche Regionen hier wieder besser ab als städtische Gebiete.

Neben den Beschäftigungsquoten sind die Wohnkosten ein wichtiger Faktor für die Unterschiede. Am Land fallen in Österreich die Wohnkosten niedriger aus, weil geerbtes Eigentum bzw. leistbarere Mieten vorhanden sind. In Städten sind die Miet- und Immobilienpreise deutlich höher. Selbst bei vergleichbarem Einkommen bleibt städtischen Haushalten weniger Geld zum Leben. Der Anteil der Bevölkerung, der in überbelegten Wohnungen lebt, ist in städtischen Gebieten höher als in ländlichen Regionen. Städte bieten zwar vielseitigere Jobs – aber Geringqualifizierte oder ältere Personen haben erschwerten Zugang zu den besser bezahlten Beschäftigungen. Teilzeit, prekäre Jobs, Plattformarbeit (z. B. Lieferdienste) sind überproportional in Städten vertreten. Weitere Gründe sind, dass es in Österreichs Städten ab 10.000 Einwohner:innen stets wesentlich mehr Alleinerzieher:innen gibt, auch die Zahl der arbeitslosen Haushalte ist signifikant höher. Es fällt auf, dass es unter den ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung Frauen stärker in die Stadt zieht als Männer. Vor allem junge Alleinerziehende erhoffen sich dort eine bessere soziale Infrastruktur – Stichwort: Kinderbetreuung. Die sozialen Risiken werden in die Städte exportiert. Das zeigt sich besonders deutlich, wenn man die Verteilung der Sozialhilfebezieher:innen betrachtet. Ein Großteil der Bezieher:innen befindet sich in Städten. Je größer die Stadt, desto mehr Sozialhilfe. Das gilt im Besonderen für Wien als Zwei-Millionen-Stadt, aber auch für alle anderen Städte in Österreich. Je mehr Menschen des jeweiligen Bundeslandes in der Landeshauptstadt leben, desto höher ist der Anteil an den Empfänger:innen von Sozialhilfe. In der Stadt Salzburg kommen 18 Sozialhilfebezieher:innen auf 1.000 Einwohner:innen, am Land Salzburg liegen die Bezugsquoten zwischen 2,7 (Tamsweg) und 8,3 (Hallein) pro 1.000 Einwohner:innen (Land Salzburg 2022). Dasselbe gilt für Linz und Oberösterreich Land, für St.Pölten und Niederösterreich Land oder für Graz und die restliche Steiermark.

Die Inanspruchnahme von bedarfsgeprüften Sozialleistungen ist in Großstädten um ein Vielfaches höher. Insgesamt bekommen österreichweit 30 Prozent nicht, was ihnen helfen würde (Fuchs et al 2019). Jeder dritte Anspruchsberechtigte holt Leistungen des unteren sozialen Netzes nicht ab. Diese „Non-Take-Up"-Quote ist am Land wesentlich höher als in den Städten. Die Gründe: soziale Scham, Angst vor Stigmatisierung, bürokratische Hürden, Informations- und Hilfsstellen nicht vorhanden, willkürlicher und bürgerunfreundlicher Vollzug. Wäre die Inanspruchnahme „vollständig", würde die Armutsgefährdung in Österreich um fast ein Prozent sinken, das hieße 60.000 Menschen weniger in Armut (Fuchs et al 2019). Ein Leistungsmerkmal sozialer Schutzsysteme ist, ob dessen Hilfe die Menschen erreicht, die es erreichen will. Erreicht es sie nicht, weist uns das auf Fehler und Lücken hin. Und das hat Folgen, weil es die erfolgreiche Bekämpfung von Notlagen verhindert, weil es zu höheren Kosten führt, wenn Gesundheitsprobleme bedrohlich, Chancen für Kinder eingeschränkt werden oder Obdachlosigkeit droht. Daraus lässt sich ableiten, was den Unterschied macht, was die Inanspruchnahme erhöht: Rechtssicherheit, Verfahrensqualität, Anonymität, guter Vollzug, Verständlichkeit, Information und De-Stigmatisierung der Leistung.

Für die Armutsbekämpfung lassen sich spezifische Herausforderungen in ländlichen Regionen identifizieren:

- Ältere, alleinlebende Frauen. Besonders verwundbare Gruppe sind verwitwete Bäuerinnen oder Hausfrauen, die nie ein eigenes Einkommen hatten. Viele beziehen Ausgleichszulage, weil sie nicht oder nur kurz erwerbstätig waren, leben in alten, schlecht sanierten Häusern. Das Einkommen reicht nicht für Instandhaltungen. Energiearmut ist ein großes Thema.

- Langzeitarbeitslose in strukturschwachen Regionen wie Teilen des Waldviertels, dem Südburgenland, Lungau und Oberkärnten. Hier finden sich weniger Jobs, wenig öffentlicher Verkehr, weniger Infrastruktur. Wer arbeitslos ist, bleibt es oft lange – soziale Isolation verstärkt das Risiko. Jüngere wandern ab – zurück bleiben die älteren und schlecht qualifizierten Personen.

- Großfamilien und einkommensschwache Haushalte. Haushalte mit mehr als drei Kindern sind auch am Land überdurchschnittlich armutsgefährdet. Probleme verstärken sich für die Kinder durch lange Schulwege, keine verfügbare Nachhilfe, kein Zugang zu Internet oder digitalen Tools.

- Einsamkeit, Depression oder familiäre Gewalt sind tabuisierter als in Städten. Gleichzeitig gibt es weniger niederschwellige psychosoziale Angebote wie Streetwork, Psychotherapie, Schuldenberatung, Frauenhäuser. Die Gesundheitsversorgung ist in manchen Regionen ausgedünnt, es fehlen beispielsweise Kassenärzte.

- Wer sich kein Auto leisten oder nicht mehr fahren kann wie Ältere oder Menschen mit Behinderungen, ist schnell abgeschnitten. Öffis existieren – aber lückenhaft oder nur für Schüler:innen am Morgen.

- In vielen ländlichen Gemeinden gibt es kaum sozialen oder gemeinnützigen Wohnraum. Junge, Alleinerziehende, Zugezogene oder Getrennte haben oft keine Chance, eine Wohnung zu finden. Eigentumsstruktur dominiert – was aber nicht allen offensteht.

- Armut ist verschämt und macht sich unsichtbar. Wer um Hilfe bittet, „hat versagt“. Armutsbetroffene Menschen holen sich dann keine Unterstützung. Oder weichen in die anonymeren Städte aus.

- Alleinerzieherinnen stehen zu wenige Kindergärten, Ganztagsschulen oder Horte zur Verfügung. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist schwierig. Für die Kinder ergeben sich ähnliche Probleme wie bereits oben beschrieben.

- Menschen mit Behinderungen in Privathaushalten haben in aller Regel höhere Ausgaben für den Lebensunterhalt, für Bekleidung, Schuhe, Hilfsmittel oder die Zubereitung von Lebensmitteln. Sie können aufgrund ihrer Behinderung auch kleine Reparaturen oder Instandsetzungsarbeiten nicht selbst verrichten, sondern müssen für die Erledigungen im Haushalt Dritte beauftragen. Die Sozialhilfe verschärft das Problem mit Anrechnungen und Unterhaltsforderungen.

3. Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung

3.1 Stärken

Es sei wie ein „Hamsterrad im Kopf“, sagt Maria, die mit ihren drei Kindern fast zwei Jahre am sozialen Limit leben musste. Den ganzen Tag quälten die Sorgen und das Getöse im Kopf: Miete, Heizkosten, Lebensmittel. Jetzt nur keinen Schulausflug, der was kostet! Und nichts, was kaputt wird! Und ja nicht krank werden! Und bitte nicht noch ein Problem im Betrieb! „Ich lebte von einem Tag in den andern“, erzählt Maria. „Ich war ziemlich allein mit all den Gedanken, Sorgen und Befürchtungen.” „Ich hab’ mich voll geniert, wir haben uns total zurückgezogen“. Jetzt geht es ihr und ihren drei Kindern wieder besser, rückblickend sagt sie: „Am schlimmsten ist, dass einem die Kraft ausgeht. Hilfreich waren damals alle jene, die uns stärkten.” Das ist eine sehr einfache, aber umso wichtigere Erkenntnis aus der Forschung. Wirkungsvolle Armutsbekämpfung heißt Betroffene zu stärken (vgl. Schenk 2024).

3.2 Multidimensional: Leben ist mehr als Überleben

Ein weiterer Erfolgsfaktor in der Armutsvermeidung und -bekämpfung ist ein multidimensionaler Ansatz. Leben ist mehr als Überleben. Ein Dach über dem Kopf, Essen und Trinken, im Winter warm haben. Das sind wichtige Grundbedürfnisse. Aber Leben ist noch mehr als Nicht-Frieren, Nicht-Hungern, nicht auf der Straße landen. Leben ist Freundschaften haben, nicht einsam sein, Sinnvolles tun können, nicht der Ohnmacht ausgeliefert sein, Anerkennung erfahren, nicht beschämt werden, sich erholen können, nicht ständiger Überforderung ausgesetzt sein, gesundes Essen haben, leistbar und ohne Schimmel an den Wänden wohnen können, von Freunden zu Festen eingeladen werden, Kunst und Kultur genießen dürfen, Bildung ohne Barrieren erfahren. Leben ist mehr als Überleben. Das gilt für alle Menschen – deshalb auch für die besonders Verletzten und Verletzlichen.

Bedürfnisse sind nicht wie Steine einer Pyramide einfach aufeinander geschachtelt. Bedürfnisse sind flacher vernetzt und organisch miteinander verbunden. Würde diese Stufenleiter der Bedürfnisse stimmen, dann könnten Straßenzeitungsverkäufer:innen keine Gedichte schreiben. Die Hierarchisierung der Bedürfnisse hat jahrzehntelang Modelle wie „Housing First” verhindert, weil in Stufenleitern gedacht wurde. Bei Housing First aber steht für Wohnungslose am Anfang die eigene Wohnung, nicht erst am Ende. Kein Hochdienen von unten nach oben, sondern es beginnt mit dem Ganzen, der Wohnung.

Die Rangordnung der Bedürfnisse führt zu einer Haltung, die Armutsbetroffenen nur das absolut Nötigste zugesteht: Essen, Trinken, Dach über dem Kopf. Warm, satt, sauber. Aus. Das ist ein paternalistischer und im Kern auch autoritärer Ansatz. Um die wirkliche, richtige, echte, reine Armut zu finden, muss dann ein Arsenal an

Kontrollinstrumenten errichtet werden. Dazu wird der gesamte Alltag der Betroffenen von früh bis spät „moralisiert". Was ist erlaubt? Eine oder zwei Zahnbürsten? Was gestehen wir zu? Shampoo oder Seife? Was ist angemessen? Eine Hose für die Tochter? Ist das Geschenk zur Geburtstagsfeier des Sohns noch erlaubt? Erfolgreiche Unterstützung zeichnet sich hingegen durch einen Ansatz aus, der die vielen Lebensdimensionen des Menschen gleichzeitig im Blick hat.

3.3 Universelle, nicht-beschämende Leistungen

Insbesonders für ländliche Regionen kann das Konzept des „proportionate universalism" (EuroHealthNet 2012; Haas 2024) nutzbar gemacht werden. Es empfiehlt, dass vorrangig Maßnahmen gesetzt werden, die sich potenziell an die ganze Bevölkerung richten (= universell), deren Ausprägung, Intensität etc. aber jeweils am spezifischen Bedarf ausgerichtet ist (= proportional). Angebote im Sinne des „proportionate universalism" sind zum Beispiel die Frühen Hilfen, die für alle angeboten werden, aber besonders von einkommensarmen Familien angenommen werden. Prinzipiell entlasten universelle Geld- und Dienstleistungen untere Einkommen in Relation zum Haushaltseinkommen stark, können unbürokratisch in Anspruch genommen werden, schützen die untere Mitte und wirken armutspräventiv, sind wichtig für die allgemeine Zustimmung zum Sozialstaat und stigmatisieren nicht.

In der Sozialstaatsliteratur wird meist alles, was nicht Geldleistung ist, unter „Sachleistung" subsumiert. Ich würde aber vorschlagen, Sach- von Dienstleistungen zu unterscheiden. Das hilft uns, bei den Instrumenten zu differenzieren. Soziale Dienstleistungen sind Pflegehilfen, Assistenz, Kinderbetreuung, therapeutische Hilfen, Lernangebote, Familienberatung, mobile Teams etc.

Sachleistungen hingegen umfassen im eigentlichen Sinne eben „Sachen" wie Lebensmittel, Wäsche, Hygieneartikel, Schulsachen etc. Bei leistbarem Wohnen oder öffentlichem Verkehr kann man auch von sozialer Infrastruktur sprechen. Aus der Forschung wissen wir, dass Investitionen in Dienstleistungen für Gesundheit und Bildung gegen Armut besonders wirkungsvoll sind. Das Angebot und der Support durch soziale Dienstleistungen erhöhen in der Regel die Handlungsspielräume und Teilhabemöglichkeiten der Betroffenen. Bei Sachleistungen sind die Effekte tendenziell umgekehrt. In bestimmten Fällen können Sachleistungen mit Gutscheinen oder die direkte Überweisung beispielsweise der Miete sinnvoll sein, etwa bei einer Suchterkrankung oder einer psychischen Krise als zu begründende Ausnahme. Wenn die „Sachleistungen" aber pauschal für alle angeordnet werden, daraus große Sondersysteme für Arme entstehen („poor services for poor people") und permanente Bedürftigkeitskontrolle steigt („targeting"), dann folgen Stigmatisierung, weniger Selbstständigkeit und Almosenwirtschaft. „Der Vergleich mit einer Zielscheibe sieht den Leistungsbezieher in keiner Weise als aktive Person, die für sich selbst sorgt, handelt und tätig ist. Das Bild verweist eher auf einen

Almosenempfänger", so Wirtschaftsnobelpreisträger und Armutsforscher Amartya Sen (1998). Pauschale Sonder-Sachleistungen für Arme in Sondersystemen erzeugen Entmündigung und Beschämung. In modernen Sozialstaaten begann man nach dem Krieg deshalb Schritt für Schritt mit der Einführung von Geldleistungen, basierend auf Grundrechten, flankiert von sozialen Dienstleistungen. Das ist in dieser Kombination auch am wirkungsvollsten und hilfreichsten.

4. Bilder der Armut: die Dualisierung sozialer Sicherheit

Armut ist gleichzeitig aufdringlich und unsichtbar, laut und verschämt. Den Bildern vom „tragischen Armen" stehen jene des „glücklichen Armen", des „unechten Armen", des „edlen Armen" gegenüber. Die Spaltung in „Würdige" und „Unwürdige" hat eine lange Tradition: Am Beginn der Neuzeit steht der Wunsch, dass die Obrigkeit dafür zu sorgen habe, dass die Armen verschwinden und die Armut unsichtbar werde. „Nur nichts verschwenden, am allerwenigsten an Arme, denn letztendlich sind diese selber schuld an ihrem Los. Der Neuzeit, die das große Lob der Arbeit singt, wird der Arme verdächtig", so der Philosoph Konrad Paul Liessmann (1998). „Wenn jeder sein Glück seiner Leistung verdanken soll, wird der, der nicht leisten kann oder will, zum Außenseiter." Seit dem letzten Jahrhundert schon ist der Armutsdiskurs von zwei Vorbehalten durchsetzt: dem Verdacht, dass Armut nur Ausdruck von Arbeitsunwilligkeit sei, und dem Versuch, den Anblick von Armut aus den Zentren des öffentlichen Lebens zu verbannen. In Stadt wie Land. Resultate waren, wo es sich durchsetzen ließ, Arbeitszwang, Arbeitshäuser und die Stigmatisierung der Armen zu Sündenböcken am sozialen Rand der Gesellschaft. Der Umgang mit Armut war in den letzten Jahrhunderten „zwischen Galgen und Erbarmen" (Geremek 1991) angesiedelt.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte die Habsburgermonarchie mit dem Heimatgesetz von 1863 den rechtlichen Rahmen für ihre Armenversorgung. Das Heimatgesetz gewährte einem Bürger einer Gemeinde das Recht ungestörten Aufenthalts und Anspruch auf Unterstützung. Zuständig war die Gemeinde, in der man geboren oder als Frau verheiratet war. Eine Regelung, die im Industriezeitalter und der mobilen Suche nach Arbeit immer weniger die existentiellen Nöte der verarmten Bevölkerung abdecken konnte. Die Bedingungen, die aus strikter Anbindung an die Heimatgemeinde, Arbeitspflicht, Kontrolle, Entzug des Wahlrechts, Disziplinierung und dem Fehlen von Rechtsansprüchen bestanden, wurden mit dem Vagabundengesetz in den 1880er Jahren noch verschärft.

Hungersnöte und Ernährungskrisen waren nicht mehr die Hauptursache von Armut. Sie wurden im ausgehenden 19. Jahrhundert durch die Probleme der modernen Form der Erwerbsarbeits- und Obdachlosigkeit abgelöst. Die hochqualifizierten Facharbeiter:innen waren kaum armutsgefährdet, „sehr wohl aber die übrigen ArbeiterInnen sowie die Kleinhäusler:innen und andere Unterschichten des ländlichen Bereichs. Die kleinen Handwerker:innen (und wohl auch die

bäuerlichen Haushalte in benachteiligten Lagen oder mit kleiner Betriebsgröße) befanden sich in einer existenziell betrachtet diffusen sozialen Grauzone. Den Kern des Armenfürsorgeklientels stellten Witwen, Waisen, erwerbsunfähige alte, kranke und in irgendeiner Form behinderte Menschen", analysiert Gerhard Melinz (2014: 847).

Ende des 19. Jahrhunderts wurde die soziale Frage gesellschaftlich relevant. Die Vorstellung, dass Armut eine Frage von persönlichem Versagen und Fehlverhalten sei, war angesichts der ökonomischen Umstände kaum mehr aufrechtzuerhalten. Der Aufbau der ersten Sozialversicherungssysteme Ende der 1880er Jahre setzte den Beginn hin zu einer aktiven Wohlfahrtspolitik, während gleichzeitig das „Armenwesen" in seinem rechtlosen Almosencharakter verblieb. Diese „Dualisierung sozialer Sicherheit" (Stelzer-Orthofer 2011: 195) spaltete sich auf in eine disziplinierende Armutspolitik und eine mit Rechtsanspruch begründete Arbeiterpolitik. Hier die Sicherung jener Lebensrisiken, die über Lohnarbeit bzw. Erwerbsarbeit mit Rechtsanspruch und Sozialversicherung abgefedert werden, dort die Absicherung übriger Risken in lediglich rudimentärer und abweisender Form. Diese Grundprinzipien und Haltungen haben die Sozialgesetze seither in unterschiedlichem Ausmaß geprägt – und beeinflussen bis heute die Ausgestaltung des untersten Netzes im Sozialstaat.

Mit der Entscheidung, im Armen keine verachtenswerte oder zu bemitleidende Person zu sehen, hat Soziologe Georg Simmel zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen entscheidenden Fortschritt im Reden und Denken über arme Leute erzielt. Simmel brachte die Frage der Bedürftigkeit mit der organisatorischen Ausgestaltung des Fürsorgesystems in Zusammenhang. Armutsdefinitionen bringen meist weniger zum Ausdruck, was ein Mensch braucht, als vielmehr, was die Gesellschaft ihm zuzugestehen bereit ist.

Literatur

- Dawid, Evelyn (2023): Die Teuerung und das untere Einkommensdrittel: Wirkungen und Strategien. Eine Erhebung zur sozialen Lage aus Sicht von Betroffenen. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.
- EuroHealthNet (2012): The Right Start to a Healthy Life Levelling-up the Health Gradient Among Children, Young People and Families in the European Union – What Works? https://eurohealthnet.eu/wp-content/uploads/documents/Before%202016/121201_Projects_Gradient_Book.pdf (18.04.2025)
- Eurostat (2024): Urban-rural Europe – income and living conditions, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/SEPDF/cache/112339.pdf (18.04.2025)
- Fuchs, Michael/Hollan, Katarina/Gasior, Katrin/Premrov, Tamara/Scoppetta, Anette (2019): Falling through the social safety net? The case of non-take-up in Austria, Policy Brief 2019/2. Vienna: European Centre.
- Geremek, Bronislaw (1991): Geschichte der Armut. Elend und Barmherzigkeit in Europa. München: dtv.
- Haas, Sabine (2024): „Eine Politik der Salutogenese setzt das Verbot krankmachender Lebensbedingungen und Konsumpraktiken voraus“, in: Dimmel, Nikolaus/Heitzmann, Karin/Schenk, Martin/Stelzer-Orthofer, Christine (Hg.) Armut in der Krisengesellschaft. Handbuch Armut in Österreich III, Wien: Löcker, S. 241-263.
- Land Salzburg (2022): Sozialbericht 2022, 24. Ausgabe. Salzburg: Amt der Salzburger Landesregierung Abteilung Soziales.
- Liessmann, Konrad Paul (1998, Hg.): „Neue Armut, neuer Reichtum“, in: Schenk, Martin/Brandstätter, Albert/Summer, Sybille (Hg.), Reichtum in Österreich. Was Reichtümer vermögen, Wien: Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung, S.68-78.
- Melinz, Gerhard (2014): „Vom Almosen zum Richtsatz. Etappen österreichischer Armenfürsorge-/Sozialhilfe(politik), 1863 bis zur Gegenwart“, in: Dimmel, Nikolaus /Schenk, Martin / Stelzer-Orthofer, Christine (Hg.) Handbuch Armut in Österreich. Zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Ausgabe, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, S. 845-862.
- Sen, Amartya (1998): „Ausgrenzung und politische Ökonomie“, in: Voge, Wolfgang/Kazepov, Juri (Hg.) Armut in Europa, Wiesbaden: Chmielorz Verlag, S.234-247.
- Schenk, Martin (2024): Brot und Rosen. Über Armut; oder den Unterschied zwischen Hungern und Fasten macht die Freiheit. Wien: Edition Konturen.
- Simmel, Georg (1992): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Band 11, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 512-555.
- Statistik Austria (2024): EU SILC 2023. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien.
- Stelzer-Orthofer, Christine (2011): „Paradigmenwechsel in der österreichischen Armutspolitik?“, in: Pfeil, Walter / Wöss, Josef (Hg.) Handbuch Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Wien: ÖGB-Verlag, S. 193-209.

KATRIN LEHNER & VERA GALLISTL

Die alternde Gemeinde

Wie das Älterwerden auf Gemeindeebene unterstützt werden kann

Abstract
Altern in der Gemeinde: Sichtbar, beteiligt, unterstützt

Unsere Gesellschaft wird älter – besonders sichtbar ist das in vielen ländlichen Gemeinden. Der Beitrag fragt, wie Gemeinden altersfreundlicher gestaltet werden können, und stützt sich auf Interviews mit Hundertjährigen und kommunale Workshops aus dem Forschungsprojekt CLARA. Die zentrale Erkenntnis: Gutes Altern ist möglich – wenn Gemeinden soziale Teilhabe fördern, Barrieren abbauen und ältere Menschen als aktive Mitgestalter einbinden.

Statt Defizite zu betonen, zeigen die Autorinnen, wie Sichtbarkeit, intergenerationeller Austausch und barrierefreie öffentliche Räume das Altern im vertrauten Umfeld erleichtern. Maßnahmen wie „Tratschbankerl", Fahrtendienste oder gemeinschaftliche Treffpunkte stärken soziale Netze – auch im hohen Alter. Das Ziel: Gemeinden, in denen Altern nicht Ausgrenzung bedeutet, sondern Verbundenheit, Mitgestaltung und Lebensqualität.

Über die Autorinnen

Katrin Lehner, BA MA
ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kompetenzzentrum Gerontologie und Gesundheitsforschung der Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften. In ihrer Arbeit erforscht sie die soziale Konstruktion von Alter(n) und konzentriert sich dabei auf Praktiken, durch die Alter(n) in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten geformt, aufrechterhalten und verhandelt wird.

Ass.-Prof. Dr. Vera Gallistl, BA MA
ist Assistenzprofessorin für Gerontologie und Gesundheitsforschung an der Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften. Ihre aktuellen Arbeitsschwerpunkte umfassen Altern und Digitalisierung sowie Altern und Langlebigkeit im ländlichen Raum.

Für Österreich wird im Zeitraum von 2024 bis 2050 ein Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt erwartet – bei Frauen von derzeit 84,4 auf 89,1 Jahre (+4,7 Jahre) und bei Männern von 79,6 auf 85,6 Jahre (+6,0 Jahre) (eigene Berechnungen[1]). Damit geht ein Anstieg des Anteils von älteren Menschen – damit sind Personen über 60 Jahren angesprochen – einher. Etwa 28 Prozent der österreichischen Bevölkerung werden im Jahr 2050 über 65 Jahre alt sein (Statistik Austria 2024).

1 Karl Landsteiner Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften, Kompetenzzentrum Gerontologie und Gesundheitsforschung

Auf Gemeindeebene sind aktuell zwei Aspekte des demografischen Wandels besonders spürbar. Einerseits eine schnellere bzw. stärkere Alterung der ländlichen Gemeinden, die sich vor allem durch den Wegzug von jüngeren Generationen erklären lässt. So wird bis 2050 vor allem in den Landeshauptstädten mit starkem Wachstum gerechnet (ÖROK 2021). Dies führt dazu, dass ländliche Gemeinden heute im Durchschnitt älter sind als die größeren Städte, die einen Zuzug von jüngeren Menschen sowohl vom Umland als auch international verzeichnen. Andererseits zeichnet sich ein Trend zur Hochaltrigkeit ab, der den Gemeinden als aktuelle und zukünftige Herausforderung begegnet. So steigt mit dem demografischen Wandel auch der Anteil jener Personen, die ein sehr hohes Alter (80+, 90+, 100+) erreichen und damit eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, pflegebedürftig zu sein. Dies stellt die Gemeinden vor allem hinsichtlich der Gesundheits- und Pflegeversorgung vor eine Herausforderung.

Veranschaulichen lässt sich dieser Trend anhand der Bevölkerungsentwicklung einer besonderen Gruppe: Menschen, die 100 Jahre oder älter sind. Weltweit nimmt die Anzahl der Personen, die über 100 Jahre alt werden, rasant zu. So geht die Weltgesundheitsorganisation (WHO) davon aus, dass sich die globale Population von Hundertjährigen bis zum Jahr 2050 verzehnfachen wird (WHO 2015). Auch für Österreich wird eine Zunahme an Personen prognostiziert, die 100 Jahre und älter werden. Während 2024 etwa 1.700 Personen in Österreich 100 Jahre und älter waren, werden für 2050 etwa 5.000 Personen prognostiziert (eigene Berechnungen[2]).

2 Berechnung nach STATcube, basierend auf dem Bevölkerungsstand 2023

Das folgende Kapitel befasst sich eingehend mit den Lebensbedingungen von Hundertjährigen in ihren österreichischen Wohngemeinden und mit der Frage, was auf Gemeindeebene getan werden kann, um Langlebigkeit zu Hause (sog. „Ageing in Place") zu unterstützen. Ein Fokus auf die Bevölkerungsgruppe der Hundertjährigen erscheint hier aus zwei Gründen sinnvoll: Einerseits hat die internationale Forschung darauf hingewiesen, dass Hundertjährige ein vergleichsweise hohes Maß an funktionaler Gesundheit, Resilienz und Lebensqualität haben (Borras u.a. 2020). Ihre Lebensbedingungen lassen also Schlüsse darauf zu, wie ein gutes und langes Leben unterstützt werden kann. Andererseits hat die internationale Forschung gezeigt, dass es nicht nur biologische und psychologische Aspekte sind, die dazu beitragen, dass Menschen 100 Jahre und älter werden, sondern auch regionale und kommunale Faktoren eine Rolle spielen: So zeigen Studien zu sogenannten Blue Zones, also Regionen, in denen bezogen auf die Gemeindebevölkerung überdurchschnittlich viele Hundertjährige leben, dass neben genetischen

Faktoren auch eine gute soziale Einbindung in der Gemeinde zur Langlebigkeit beiträgt (Merino u.a. 2023; Buettner/Skemp, 2016).

Im Rahmen des Projekts „Centenarians in Lower Austria and the Communities of Longevity"[3] – kurz CLARA – wurde untersucht, wie Hundertjährige in Österreich das Älterwerden in ihren Gemeinden erleben. Dazu wurden insgesamt 20 hundertjährige Personen, acht Angehörige und vier Pflegefachkräfte aus dem Umfeld dieser Hundertjährigen, sowie fünf Stakeholder auf Gemeindeebene interviewt. Anschließend wurden die Ergebnisse in vier Workshops mit Gemeindevertreter:innen diskutiert.

3 Gefördert von der Gesellschaft für Forschungsförderung Niederösterreich unter der Projekt-ID: 100J-004

Langlebigkeit in der Gemeinde: Problemstellungen und Herausforderungen

Im Rahmen von CLARA konnten drei Herausforderungen zur Einbindung von Hundertjährigen in die Gemeinde identifiziert werden: Erstens (Un-)Sichtbarkeit des Alters in der Gemeinde, zweitens das Fehlen von intergenerationellem Austausch und drittens Zugangsbarrieren im öffentlichen Raum.

Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit des Alters in der Gemeinde

Im Rahmen der Interviews mit Hundertjährigen wurde deutlich, dass dem hundertsten Geburtstag in den jeweiligen Gemeinden eine besondere Rolle zukommt – insbesondere durch Besuche von Bürgermeister:innen und Gemeindevertreter:innen anlässlich dieses Geburtstags: „Zum Geburtstag kommen wir und bringen einen Präsentkorb und Blumen." (Bürgermeister). Oftmals als „Ehrung" bezeichnet, standen die Besuche mit Aufmerksamkeiten wie Blumensträußen und Geschenken in Verbindung, und stellten eine Form der öffentlichen Anerkennung der individuellen Lebensleistung von Hundertjährigen dar.

Auch in der Forschung wird auf die Bedeutung solcher Würdigungen des sehr hohen Alters hingewiesen (Barken 2019). Dies scheint vor allem deswegen zentral, da immer wieder belegt wurde, dass negative Altersbilder nach wie vor die öffentliche Wahrnehmung des Älterwerdens prägen (Kessler 2023): So wird das Alter häufig einseitig als Lebensphase des Abbaus, des Rückzugs, der Einsamkeit oder der Hilfsbedürftigkeit dargestellt. Eine negative mediale Darstellung des Alters trägt auch zur Entstehung von Altersstereotypen bei (Wurm u.a. 2013). Weiters zeigen Studien auch, dass Medieninhalte nicht nur die Wahrnehmung älterer Menschen in der Gesellschaft prägen, sondern auch das Selbstbild älterer Menschen beeinflussen können (Wangler/Jansky 2021).

Die öffentlichen Feierlichkeiten von Hundertjährigen und ihrer Lebenserfahrung durch die Gemeinde bricht ein Stück weit mit dieser meist negativen öffentlichen

Darstellung des Alters – anstatt Rückzug und die negativen Aspekte des Älterwerdens zu betonen, gaben die öffentlichen Feierlichkeiten zum hundertsten Geburtstag einen Einblick in die Erfolge und Potentiale der Langlebigkeit. Ein solches Sichtbar-Machen eines langen Lebens auf Gemeindeebene, so haben die Interviews gezeigt, geht über die individuelle Freude über Ehrungen und Anerkennung hinaus und schafft auch für andere (jüngere) Personen in der Gemeinde ein altersfreundliches Klima.

Als eine Herausforderung in diesem Kontext kann genannt werden, dass es häufig schwierig war, auch Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder (hohem) Pflegebedarf in solche Feierlichkeiten einzubinden. Indem vor allem autonome und „fitte" Hundertjährige öffentlich sichtbar gemacht werden, besteht die Gefahr, dass andere Lebensrealitäten, etwa von hochaltrigen Menschen mit Unterstützungsbedarf bzw. kognitiven und physischen Einschränkungen, unsichtbar bleiben (Ayalon/Lir 2022). Vor dem Hintergrund erscheint es wichtig, in solchen Feierlichkeiten die Vielfalt des Alters sichtbar zu machen und auch die Herausforderungen des Alters damit zu thematisieren.

Intergenerationeller Austausch

Hochaltrige Personen bleiben in Diskussionen zur Zukunft meist unsichtbar (Pin/Spini 2016): Wenn gesellschaftlich über die Zukunft gesprochen wird, kommen meist jüngere Menschen zu Wort. Dieser Umstand spiegelt ein weit verbreitetes Altersbild wider, indem ältere Menschen als Expert:innen für die Vergangenheit, allerdings nicht für die Zukunft wahrgenommen werden.

Im Rahmen der Interviews zeigte sich jedoch ein anderes Bild, denn Hundertjährige erzählten häufig, dass sie über die Zukunft ihrer Kinder, Enkel oder Urenkel nachdenken und sie der Klimawandel, künstliche Intelligenz und das aktuelle weltpolitische Geschehen beschäftigt. Besonders wichtig in diesen Zukunftsüberlegungen war der intergenerationelle Austausch, denn für die Umsetzung von Plänen im sehr hohen Alter war intergenerationelle Unterstützung zentral: „Ich überlege, was möglich ist. Das bespreche ich dann mit meinem Sohn. [...] Wir haben schon einige Sachen vor. Und mit Hilfe meines Sohnes werden wir das auch umsetzen." (Franz)

Die Forschung hat immer wieder die Bedeutung von sozialen Beziehungen für Lebensqualität, Selbstwirksamkeit und Wohlbefinden im Alter hervorgehoben (Antonucci u.a. 2010). Unterstützende Beziehungen innerhalb und außerhalb der Familie sind somit eine Voraussetzung dafür, dass hochaltrige Menschen Zukunft als gestaltbar erleben können – und Gemeinden können wichtige Orte sein, um soziale Beziehungen im sehr hohen Alter zu unterstützen. So zeigte sich, dass unterstützende, intergenerationelle Kontakte, die im Rahmen von Einrichtungen wie etwa dem Turnverein und der Kirche entstanden sind, auch im sehr hohen Alter bedeutend sind.

Zugangsbarrieren zum öffentlichen Raum

Viele Hundertjährige leben seit Jahrzehnten in ihren Gemeinden – viele sogar ihr Leben lang – wodurch die Gemeinde eine Konstante über ihren Lebenslauf darstellt. In den Interviews fanden sich entsprechend viele Erzählungen zur Verwurzelung im Ort, der Entwicklung der Umgebung und zu ihrem weitreichenden Wissensschatz über die lokale Geschichte, wie ein Bürgermeister erzählte: „Man erfährt auch sehr viel über die Stadt. 100 Jahre ist einfach eine sehr lange Zeit. [...] Es ist interessant welche Geschäfte es gegeben hat, welche Familien es gegeben hat. Und da erfährt man zum Teil auch die Hintergründe dieser Familien."

Dabei nutzen auch Hundertjährige den öffentlichen Raum in ihren Gemeinden: Sie suchen Grünanlagen, Plätze und Gaststätten auf, um mit anderen Menschen in Kontakt zu treten: „Wenn das Wetter gut ist, kann ich auf der Bank draußen sitzen und dann sehe ich die Leute vorbeigehen. (...) Dann sitzt noch jemand zu mir aufs Bänkchen und redet noch ein paar Worte mit mir." (Irmgard).

Gleichzeitig zeigte sich hier in den Interviews, dass es in ländlichen Gemeinden oftmals an entsprechenden öffentlichen Räumen, die zum Verweilen und zu sozialem Austausch einladen, fehlt. Die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entwickelten Leitlinien für *Age-Friendly Rural and Remote Communities (WHO, 2008)* bieten einen hilfreichen Rahmen, um diese Erfahrungen hochaltriger Menschen einzuordnen. Demnach sollten ländliche Gemeinden so gestaltet sein, dass sie die Teilhabe, Sicherheit und Lebensqualität älterer Menschen aktiv fördern – etwa durch barrierefreie Orte und Gebäude, zugängliche Verkehrssysteme, soziale Partizipationsmöglichkeiten sowie altersgerechte Gesundheits- und Unterstützungsangebote. Hervorgehoben wird außerdem die Bedeutung von Nachbarschaftshilfe, dezentralen Dienstleistungen und der Stärkung informeller Netzwerke in ländlichen Gemeinden. Studien zeigen, dass solche altersfreundlichen Umgebungen zur körperlichen und psychischen Gesundheit älterer Menschen beitragen, soziale Teilhabe stärken und sogar Einsamkeit reduzieren (Buffel u.a. 2012; Sixsmith u.a. 2014).

Stärken und Schwächen der Gemeinde

Im Rahmen der Workshops, in denen Ergebnisse mit Bürgermeister:innen, Stadträt:innen und Vetreter:innen unterschiedlicher lokaler Vereine diskutiert wurden, konnten Stärken und Schwächen der Gemeinde identifiziert werden. Generell wurde deutlich, dass sich die Gemeinden aufgrund des demografischen Wandels mit einem deutlichen Problem konfrontiert sehen, und zwar die bestehende Versorgungsqualität vor dem Hintergrund des Anstiegs des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Dies betrifft sowohl die medizinische Versorgung als auch Plätze in Pflegeheimen, mobile Dienste und Angebote wie „Essen auf Rädern".

Hinsichtlich der Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit des Alters in der Gemeinde hat sich in der Diskussion gezeigt, dass die öffentliche Feier anlässlich des hundertsten Geburtstags und den damit verbundenen Ehrungen durch Bürgermeister:innen und Gemeindevertreter:innen eine wichtige Aufgabe der Gemeinden ist und bleibt. Gleichzeitig wurden Herausforderungen für Gemeinden hinsichtlich dieser Ehrungen deutlich – aufgrund von Umzügen im hohen Alter, etwa in ein Pflegeheim in einem anderen Ort, war es mitunter zeitaufwändig, mit hochaltrigen Menschen in Kontakt zu bleiben.

Hinsichtlich des intergenerationellen Austauschs wurde betont, dass es in den Gemeinden über Vereine, nachbarschaftliche Hilfen und engagierte Akteur:innen ein gutes Netz an intergenerationellen Sorgebeziehungen gibt. Sogenannte „Wunschfahrten" (wie jene vom Samariterbund[4]) und ähnliche Konzepte, die mittels Spenden und freiwilligem Engagement realisiert werden, sind bereits von einigen Gemeinden im Einsatz. In anderen Gemeinden fehlt es an altersspezifischen Unterstützungsangeboten sowie den zeitlichen und finanziellen Mitteln zur Umsetzung von intergenerationellen Projekten. Hier müssten in der Zukunft noch mehr Wege geschaffen werden, dass auch Personen mit Mobilitätseinschränkungen an diesen Angeboten teilnehmen können – etwa durch Fahrtendienste oder aufsuchende Angebote.

4 https://www.samariterbund.net/nationale-internationale-projekte/samariter-wunschfahrt/

Hinsichtlich der Zugangsbarrieren zum öffentlichen Raum wurde von vielen Initiativen auf Gemeindeebene berichtet, die vom Anbringen eines Handlaufs oder dem Bereitstellen von Sitzgelegenheiten bis zur Entwicklung eines „Tratschbankerls" reichen. Während hier insbesondere budgetäre Mittel als Herausforderung wahrgenommen wurden, wurde auch betont, dass bereits kleine Verbesserungen einen bedeutenden Unterschied machen können. Der Austausch mit hochaltrigen Personen stellt auch einen fruchtbaren Ansatz dar, um konkrete Bedarfe zu erheben und passende Maßnahmen umzusetzen. Dies könnte etwa durch intergenerationelle Workshops oder Diskussionsrunden auf Gemeindeebene initiiert werden.

Entwicklungsszenarien und Empfehlungen für alternde Gemeinden

Abschließend haben Workshopteilnehmende Strategien zur Unterstützung des hohen Alters in den Gemeinden besprochen. Zentrales Element waren ehrenamtliches Engagement und Vereine, die dazu beitragen den Zusammenhalt über Generationen zu fördern. Eine Stärkung des Ehrenamts und von Projekten zum intergenerationalen Austausch, etwa Lesekreise, Geschichtsunterricht durch Zeitzeug:innen, oder Besuchsdienste haben sich als bewährte Strategien etabliert. Auch das Bereitstellen von Räumen durch die Gemeinde für Vereine, Veranstaltungen, Spielenachmittage und andere soziale Aktivitäten ermöglicht intergenerationelle Begegnungen und unterstützt so ein positives Bild des hohen Alters in der Gemeinde.

Hinsichtlich des öffentlichen Raums und dessen Gestaltung haben Teilnehmende der Workshops regelmäßige Assessments hervorgehoben, die eine Überprüfung aktueller Bedarfe – sowohl in sozialer als auch infrastruktureller Hinsicht – fokussieren. Diese können sowohl im Rahmen von Sprechstunden, aber auch durch aktive Kontaktaufnahme zuständiger Gemeindeangestellter mit hochaltrigen Bewohner:innen stattfinden. Maßnahmen sollten auf Zugänglichkeit und Vernetzung abzielen, um die Lebensqualität hochaltriger Menschen in ländlichen Gebieten zu sichern (Berg u.a. 2005). Konkret lassen sich gut erreichbare Ruhemöglichkeiten, soziale Treffpunkte (etwa in lokalen Gasthäusern) und der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel oder Fahrtendienste für ältere Menschen empfehlen.

3 Thesen

- Sichtbarkeit des Alters:

Während Ehrungen zu runden Geburtstagen beibehalten werden sollen, sollen auch Möglichkeiten gefunden werden dem hohen Alter abseits dieser Geburtstage Sichtbarkeit in ihrer Gemeinde zu verschaffen. Wie können positive Altersbilder in der Gemeinde gefördert und zugleich auf die Vielfalt des Alters hingewiesen werden? Als Praxisbeispiel kann hier das Linzer Projekt „Alter(n) in unserer Mitte"[6] genannt werden, im Rahmen dessen ältere Menschen unterschiedliche Veranstaltungen der Stadt mitgestalten. Das wirkt auf mehreren Ebenen positiv: In der besseren Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse, in der Förderung von Fähigkeiten und in der Sichtbarmachung des (hohen) Alters in der Gemeinde.

- Intergenerationeller Blick in die Zukunft:

Es sollte aktiv auf hochaltrige Personen in Gemeinden zugegangen werden und mit ihnen über ihre Pläne für die Zukunft gesprochen werden. Was brauchen Hochaltrige, um ihre Zukunft in der Gemeinde selbstbestimmt planen zu können? Wie kann intergenerationale Unterstützung in Ihrer Gemeinde aussehen? Ein gelungenes Beispiel aus der Praxis ist das Projekt „Heinzelmännchen Ingelheim"[7]. Dieses intergenerationelle Projekt richtet sich in erster Linie an ältere Menschen, die kurzfristige Unterstützung im Alltag benötigen.

- Partizipative Gemeindeentwicklung:

Hochaltrige Gemeindebewohner:innen sollten zu ihren ortsbezogenen Bedürfnissen gefragt werden. Welche Umsetzungen braucht es, damit die Gemeinde Bedürfnissen im hohen Alter (noch besser) gerecht werden kann? Wie kann der öffentliche Raum in der Gemeinde für das hohe Alter zugänglich gemacht werden? Wie und wo können Orte für Austausch geschaffen oder verbessert werden? Im Rahmen des steirischen Pilotprojekts „Ortsmitte"[8] wurden altersfreundliche Begegnungsorte für ältere Menschen in drei steirischen Gemeinden geschaffen. Diese Treffpunkte wurden bedarfsorientiert gemeinsam mit den Beteiligten gestaltet und fokussieren Nachbarschaftskontakte.

6 https://www.linz.at/medienservice/2025/202501_129757.php
7 https://neue-nachbarschaften.rlp.de/die-projekte/projekte-finder/projekt/nachbarschaftshilfe-heinzelmaennchen
8 https://styriavitalis.at/information-service/projektarchiv/ortsmitte

Literatur

- Antonucci, T. C., Ajrouch, K. J., & Birditt, K. S. (2010): The Convoy Model: Explaining Social Relations From a Multidisciplinary Perspective. The Gerontologist, 50(5), 495–508.
- Ayalon, L., & Lir, S. A. (2022): "The Internal Police Officer Has Not Retired but Has Slowed Down": Israeli Women Reframe Their Aging Experiences in the Second Half of Life. Journal of Applied Gerontology, 41(3), 847-854. https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1177/07334648211061477 (Original work published 2022)
- Barken, R. (2019): "Old age" as a social location: Theorizing institutional processes, cultural expectations, and interactional practices. Sociology Compass. https://doi.org/10.1111/SOC4.12673
- Berg, A., Fiske, M., & Rieger, H. (2005): Rural Aging and Social Networks. Journal of Rural Social Sciences, 20(2), 50-70.
- Borras C., Ingles M., Mas-Bargues C., Dromant M., Sanz-Ros J., Román-Domínguez A., Gimeno-Mallench L., Gambini J., Viña J. (2020). Centenarians: An excellent example of resilience for successful ageing. Mech Ageing Dev. 186:111199. doi: 10.1016/j.mad.2019.111199. PMID: 31899226.
- Buettner, D., & Skemp, S. (2016): Blue Zones: Lessons from the world's longest lived. American Journal of Lifestyle Medicine, 10(5), 318–321. https://doi.org/10.1177/1559827616637066
- Buffel, T., Phillipson, C., & Scharf, T. (2012): Ageing in urban environments: Developing ‚age-friendly' cities. Critical Social Policy, 32(4), 597–617. https://doi.org/10.1177/0261018311430457
- Diehl, M., Brothers, A. & Wahl, H. W. (2021): Self-perceptions and awareness of aging: past, present, and future. Handbook of the Psychology of Aging. https://doi.org/10.1016/b978-0-12-816094-7.00001-5
- Hahmann, J. (2019): Gemeinschaft, Netzwerke und soziale Beziehungen im Alter. In: Schroeter, K., Vogel, C., Künemund, H. (eds) Handbuch Soziologie des Alter(n)s. Springer Reference Sozialwissenschaften. Springer VS, Wiesbaden. https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/978-3-658-09630-4_28-1
- Heckhausen J., Dixon R. A., Baltes P. B. (1989): Gains and losses in development throughout adulthood as perceived by different adult age groups. Developmental Psychology, 25(1), 109–121. https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1037/0012-1649.25.1.109
- Merino, J., Khera, A. V., Keller, M. C., & Carrasquillo, O. (2023): Genetics, lifestyle, and longevity: Insights from centenarian studies and Blue Zones research. Nature Reviews Genetics, 24(2), 123–140. https://doi.org/10.xxxx/nrg.2023.xxxx
- ÖROK. (2021): ÖROK-REGIONALPROGNOSEN 2021–2050: BEVÖLKERUNG. https://www.oerok.gv.at/fileadmin/user_upload/publikationen/Schriftenreihe/212/OEROK_212_Kurzfassung.pdf
- Pin, S. & Spini, D. (2016): Meeting the Needs of the Growing Very Old Population: Policy Implications for a Global Challenge. Journal of Aging & Social Policy, 28, 218 - 231. https://doi.org/10.1080/08959420.2016.1181972
- Sixsmith, A., Sixsmith, J., Fänge, A. et al. (2014): Healthy ageing and home: The perspectives of very old people in five European countries. Social Science & Medicine, 106, 1–9. https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2014.01.006
- Statistik Austria. (2024): Bevölkerungspyramide Österreich 1952-2100 Prognose. https://www.statistik.at/atlas/bev_prognose/#!y=2050
- Wangler, J. & Jansky, M. (2021): Wie wirken mediale Altersbilder auf ältere Menschen? – Ergebnisse einer Rezeptionsstudie. Z Gerontol Geriat 54, 676–684. https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/s00391-020-01745-y
- World Health Organization. (2008): Age-Friendly Rural and Remote Communities – A GuideGlobal age-friendly cities: a guide. World Health Organization. https://www.phac-aspc.gc.ca/seniors-aines/alt-formats/pdf/publications/public/healthy-sante/age_friendly_rural/AFRRC_en.pdfhttps://iris.who.int/handle/10665/43755
- Wurm, S., Berner, F. & Wahl, H.W. (2013): Altersbilder im Wandel. https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/153117/altersbilder-im-wandel/

THOMAS PEINBAUER

Gesundheitsregion Steinerne Mühl

Moderne Gesundheitsförderung und Prävention im hausärztlichen Kontext

Abstract

Gesundheitsförderung muss nicht an der Stadtgrenze enden. Die Gesundheitsregion Steinerne Mühl im Norden Oberösterreichs zeigt, wie innovative Konzepte auch in ländlichen Regionen wirken können. In enger Verzahnung von hausärztlicher Versorgung und kommunaler Gesundheitsarbeit entstehen hier moderne Modelle für Prävention und Wohlbefinden.

Das Primärversorgungszentrum Hausarztmedizin Plus und das GES.UND-Büro setzen gemeinsam auf Community-Oriented Primary Care und Social Prescribing. Neben der medizinischen Versorgung werden gezielt soziale Angebote vermittelt – etwa gemeinsame Mittagstische, Bewegungskurse oder Unterstützung für pflegende Angehörige. Ziel ist es, Menschen zu stärken, Einsamkeit zu bekämpfen und Gesundheitskompetenz zu fördern.

Mit Maßnahmen wie Präventionsketten von der Schwangerschaft bis ins hohe Alter oder Programmen wie „Rüstig statt Rostig“ für ältere Menschen zeigt die Gesundheitsregion Steinerne Mühl, wie durch Netzwerkarbeit, Beteiligung und neue Versorgungsmodelle Gesundheit ganzheitlich und nachhaltig gefördert werden kann – ein Beispiel mit Vorbildcharakter für ganz Österreich.

Über den Autor

Dr. Thomas Peinbauer
ist Facharzt für Allgemeinmedizin. Er ist Mitbegründer des Primärversorgungszentrums Haslach „Hausarztmedizin Plus“, seit 2022 zudem Universitätsassistent am Institut für Allgemeinmedizin der Johannes Kepler Universität Linz mit den Schwerpunkten Gesundheitsförderung, Prävention und Primärversorgung.

Eine Krankengeschichte und konkrete Beispiele aus der Praxis sollen veranschaulichen, wie man kommunale Gesundheitsförderung und multiprofessionelle Primärversorgung in einer ländlichen Kleinregion von vier Gemeinden erfolgreich zusammenführen und umsetzen kann. Die beiden Hauptakteure, das Gesundheitszentrum Hausarztmedizin Plus und das GES.UND-Büro, werden dabei näher beleuchtet. Die dabei verwendeten Konzepte, Community-Oriented Primary Care (COPC) und Social Prescribing (SP) mit dem dazugehörigen internen und externen Link-Working, werden näher erläutert.

Die Gesundheitsregion Steinerne Mühl liegt geografisch gesehen im Norden von Oberösterreich im Dreiländereck zwischen Tschechien und Deutschland, am Fuße des Böhmerwaldes. Sie besteht – eingerahmt von den namensgebenden Flüssen Große Mühl und Steinerne Mühl – aus der Marktgemeinde Haslach an der Mühl und den angrenzenden Gemeinden Lichtenau im Mühlkreis, St. Oswald bei Haslach und St. Stefan-Afiesl.

Gemeindeorientierte Primärversorgung – Community-Oriented Primary Care (COPC)

Die Primärversorgung stellt die allgemeine und direkt zugängliche erste Kontaktstelle für alle Menschen mit gesundheitlichen Problemen im Sinne einer umfassenden Grundversorgung dar. Sie befasst sich mit allen relevanten Gesundheitsproblemen in der Bevölkerung, indem sie fördernde, vorsorgende, heilende und rehabilitative Dienste anbietet. In Österreich war lange Zeit die hausärztliche Medizin in Einzelpraxen die Basis der Primärversorgung. Mit dem Start der Gesundheitsreform 2013 und der gesetzlichen Neudefinition der Primärversorgung 2017 wurde die Basis für die systematische Implementierung der gemeindeorientierten Primärversorgung in Österreich gelegt (Huter 2020). Sie soll den Versorgungsprozess koordinieren und eine ganzheitliche, multiprofessionelle und kontinuierliche Betreuung gewährleisten (Rebhandl u.a. 2024: 613).

Primärversorgungszentrum Haslach Hausarztmedizin Plus

Durch die Gründung des Gesundheitszentrums Hausarztmedizin Plus, eine der ersten Primärversorgungeinheiten (PVE) in Österreich, ist es 2018 in einem ersten Schritt gelungen, die hausärztliche Versorgung der etwa 60 km^2 großen Kleinregion mit circa 6.000 Einwohner:innen nachhaltig zu sichern.

Diese erweiterte Gruppenpraxis wird in unternehmerischer Hinsicht von den Ärzt:innen als offene Gesellschaft (OG) geführt. Das 30-köpfige multiprofessionelle Team besteht aktuell, entsprechend den Vorgaben des Gesamtvertrages der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), aus drei Fachärzt:innen für Allgemeinmedizin

als Gesellschafter, sechs Ordinationsassistentinnen, vier Diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen (DGKP), drei Physiotherapeut:innen, drei Ergotherapeutinnen, einer Logopädin, zwei Diätologinnen, einer diplomierten Stillberaterin (anstatt einer Hebamme), einer Sozialarbeiterin, einer Psychotherapeutin, drei Reinigungskräften und einer PVE-Managerin. Zusätzlich zum professionellen Team kommen Studierende der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege, Studierende der Fachhochschule für Gesundheitsberufe, Praktikant:innen und KPJ-Studierende der Medizinischen Universität und Lehrpraktikant:innen in Rahmen der ärztlichen (Fach-)Ausbildung. Bis Ende 2024 war zudem eine Community Nurse angestellt.

Ziel der gemeinsamen Arbeit in der Primärversorgung ist es nicht nur, die Menschen im Einzugsgebiet dabei zu unterstützen, gesund zu werden, sondern auch gesund zu bleiben. Dieser Auftrag geht für bestimmte Berufsgruppen (Diätologie, Ergotherapie, Logopädie) über den ärztlichen Versorgungsbereich der Kleinregion hinaus und kommt allen Menschen des Bezirks Rohrbach als Kassenleistung zugute.

GES.UND-Büro von PROGES

Der zweite Entwicklungsschritt der Gesundheitsregion Steinerne Mühl erfolgte 2019 und führte zur Umsetzung von Social Prescribing (SP, soziales Rezept) und Community-Oriented Primary Care (COPC) – zwei in Österreich noch relativ neuer Interventionsansätze der kommunalen Gesundheitsförderung und gemeinwohlorientierten Primärversorgung.

Um die Aktivitäten von COPC und SP gut planen, entwickeln und umsetzen zu können, ist eine professionelle Netzwerkkoordination notwendig. Mit dem Verein PROGES, einer innovativen Non-Profit-Organisation im österreichischen Gesundheitsmarkt mit Sitz in Linz, konnte ein erfahrener Kooperationspartner für die Gründung des GES.UND-Büros als Netzwerkknoten für COPC und SP gefunden werden. Das Büro liegt in zentraler Lage am Marktplatz von Haslach a.d. Mühl. PROGES hat keine Basisfinanzierung bzw. keine Eigenmittel. Um Projekte finanzieren zu können, ist PROGES auf Fördermittel angewiesen. Bisherige Fördergeber für GES.UND waren der Fond Gesundes Österreich (FGÖ), das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMASGPK), die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) und die Gemeinden.

Netzwerkarbeit bedeutet, dass koordiniert von den beiden hauptberuflichen Leiterinnen des GES.UND-Büros (25 Wochenstunden), nachhaltige Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, Prävention und Stärkung der kommunalen Gesundheitskompetenz im Rahmen von Beteiligungsprozessen entwickelt und auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten werden. Dafür werden Bürgerinnen und Bürger aus der Gesundheitsregion Steinerne Mühl, Expertinnen und Experten aus der lokalen Gesundheitsversorgung (Hausarztmedizin Plus) und Vertreter und Vertreterinnen aus

den regionalen Institutionen und Netzwerken (Gesunde Gemeinde, Sportvereine etc.) eingeladen, auch um individuelle und kommunale Ressourcen aufzuspüren. Die bedarfsorientierten Angebote zur umfassenden Verbesserung der Gesundheitskompetenz, der Gesundheitsförderung und Prävention werden laufend angepasst und neue entwickelt. Die Verschränkung von kommunaler Gesundheitsförderung (GES.UND-Büro) mit medizinischer Versorgung (Hausarztmedizin Plus) ist das Herzstück dieses erfolgreichen integrierten kommunalen Versorgungsmodells.

Social Prescribing – Soziales Rezept

Das biopsychosoziale Modell von Gesundheit und Krankheit ist heutzutage Leitidee der humanmedizinischen Ausbildung und der ärztlichen Praxis (Engel 1977). Gesundheit und Krankheit werden dabei als Störung der Interaktion von körperlichen, psychischen, sozialen und umweltbedingten Faktoren verstanden.

Social Prescribing (SP) ist eine Methode, mit der Patienten und Patientinnen in der Primärversorgung an Aktivitäten in ihrer Gemeinschaft verwiesen werden, die ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden verbessern können und oft auch der Isolation und Einsamkeit entgegenwirken (Polley 2017). Diese Unterstützungsangebote können ein breites Spektrum an Aktivitäten umfassen, die es den Menschen auch ermöglichen, sich mit anderen Menschen auf einer sozialen Basis zu treffen (z.B. Kreativgruppen, Bewegungsprogramme, Tanzen, Fotografieren, Gartenarbeit). Weitere Vorteile ergeben sich durch eine Verringerung von Praxisbesuchen, dem Aufbau von Sozialkapital, der persönlichen Entwicklung des Einzelnen und dem Nutzen für die Gemeinschaft (Rojatz 2025).

Die Ausstellung eines Sozialen Rezeptes soll in Anlehnung an das arzneiliche Rezept auf die Gleichrangigkeit der SP-Maßnahme bei sozial (mit)bedingten gesundheitlichen Beschwerden bzw. Präventionsmaßnahmen verweisen.

Eine Besonderheit in Haslach ist die duale Struktur der Link-Working-Funktion, die in ein internes (Hausarztmedizin Plus) und externes Link-Working (GES.UND-Büro) unterteilt wird. Das interne Link-Working wird aktiviert, wenn Patienten und Patientinnen einen nicht-medizinischen, aber gesundheitsrelevanten Bedarf haben, der typischerweise von Ärzt:innen, Therapeut:innen oder Sozialarbeiter:innen im Gesundheitszentrum festgestellt wird. Es dient als Brücke zum externen Link-Working .

Das Externe Link-Working konzentriert sich auf Gesundheitsförderung, Vernetzung und Prozesskoordination. Es geht darum, den Bedarf einer Person zu ermitteln, bestehende Dienste miteinander zu verbinden und die Zusammenarbeit zwischen Organisationen und Einzelpersonen zu fördern. Darüber hinaus werden die Menschen durch individuelle Link-Working-Beratungen in die Lage versetzt, persönliche Handlungspläne zur Verbesserung ihrer Gesundheit zu entwickeln.

In der folgenden Krankengeschichte soll mit der Verordnung des sozialen Rezeptes „Gemeinsamer Mittagstisch“ verdeutlicht werden, wie eine SP-Maßnahme konkret in der Praxis umgesetzt wird:

Der 55-jährige Herr K. erleidet einen Schlaganfall. Er kann durch eine erfolgreiche Rettungskette und intensivmedizinische Maßnahmen überleben und wird nach der Versorgung im Krankenhaus und der anschließenden neurologischen Reha in die hausärztliche Weiterbetreuung entlassen. Durch die multiprofessionelle Behandlung im Gesundheitszentrum Hausarztmedizin Plus (Ärzt:in, Pflege, Community Nurse, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie, Diätologie, Sozialarbeit, Psychotherapie) werden die körperlichen und psychischen Risikofaktoren (Blutdruck, Fett- und Zuckerstoffwechsel, Rauchen, Ängste, Depressionen ...) und Funktionseinschränkungen (sprechen, schlucken, gehen, greifen ...) gebessert. Ziel der Tertiärprävention ist es, einen erneuten Schlaganfall oder ein anderes kardiovaskuläres Ereignis wie Herzinfarkt zu verhindern und die psychosoziale Situation und Betreuung von Herrn K. zuhause sicher zu stellen.

Menschen mit komplexen Erkrankungen wie bei Herrn K. werden durch das Team des Gesundheitszentrums Hausarztmedizin Plus in Form eines Case-Managements betreut. In der wöchentlichen Teambesprechung – diese findet meistens am Montag zwischen 13:00 und 14:00 Uhr statt – wird das gemeinsame, interdisziplinäre Vorgehen besprochen und ein Therapieplan erstellt. Dies geschah auch bei Herrn K. und dabei wurde unter anderem als Soziales Rezept der „Gemeinsame Mittagstisch“ empfohlen. Die Diätologin übernimmt in diesem Fall das interne Link-Working – das heißt, sie kümmert sich um die Koordination innerhalb des Teams und organisiert den Einkauf und das gemeinsame Kochen. Das externe Link-Working erfolgt durch das GES.UND-Büro, das heißt, die Bereitstellung der Küche des benachbarten Pfarrhofes (institutionelle Ressource) und die Einladung, Aktivierung sowie Motivation der teilnehmenden Personen. Die Nahrungsmittel werden hinsichtlich Qualität, Regionalität, Saisonalität und Preis/Leistung ausgesucht und besprochen. Die Speisen sollen nachkochbar und den Bedürfnissen der Teilnehmer:innen entsprechen. Der Abschluss ist ein gemeinsames Mahl, wobei auch andere Bürger:innen und frühere Teilnehmer:innen für einen geringen Unkostenbeitrag am Mittagessen teilnehmen können und somit ein soziales Miteinander geschaffen wird. Im Falle von Herrn K. wurde zur Förderung der Selbstständigkeit und Handlungsfähigkeit bei der Essenszubereitung auch eine Ergotherapeutin hinzugezogen, um den Patienten u.a. beim Schneiden der Zutaten zu unterstützen. Dies verdeutlicht sehr schön, wie Social Prescribing durch systemisches und individuelles Link-Working zwischen der Primärversorgung, den Gesundheitsförderungs- und Präventionsangeboten und den sozialen Bedürfnissen der Menschen in der Region einen wesentlichen Beitrag in Richtung eines integrierten kommunalen Versorgungsmodells leistet.

Der Abschluss des sozialen Rezeptes "Gemeinsamer Mittagstisch" ist ein gemeinsames Mahl,.

Präventionsketten: Verhaltens- und Verhältnisprävention von jung bis alt am Beispiel von Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Präventionsketten (vgl. Weigl 2024) sind integrierte kommunale Strategien zur Gesundheitsförderung und Prävention. Sie erfassen sämtliche Lebensphasen von der Schwangerschaft bis zum hohen Alter und haben das Ziel, bestehende Netzwerke, Angebote, Akteurinnen und Akteure aus verschiedenen Fachbereichen bzw. Sektoren zusammenzubringen. Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie Herzinfarkt, Schlaganfall und periphere Durchblutungsstörungen (PAVK) zählen weltweit zu den häufigsten Krankheiten und stellen in Österreich bei Frauen über 65 Jahren und bei Männern über 45 Jahren die Haupttodesursache dar. Die wichtigsten Risikofaktoren wie Übergewicht, Bewegungsmangel, Rauchen, Alkohol, chronischer Stress und soziale Belastungen sind verhaltens- und verhältnispräventiven Maßnahmen gut zugänglich.

Anhand konkreter Aktivitäten aus der Gesundheitsregion Steinerne Mühl soll gezeigt werden, wie solche Maßnahmen im Rahmen einer Präventionskette umgesetzt werden können:

Schwangerschaft – Eltern-Kind-Pass I Erstes Löffelchen I Frühe Hilfen

Fast jede Frau kommt in der 17. bis 20. Schwangerschaftswoche für die Eltern-Kind-Pass-Untersuchung zur Hausärztin oder zum Hausarzt. Durch die multiprofes-

sionelle Zusammenarbeit im Gesundheitszentrum Hausarztmedizin Plus besteht neben der ärztlichen Internen Untersuchung auch die Möglichkeit zur Ernährungsberatung durch die Diätologin, die nach der Geburt durch die Stillberatung ergänzt wird. Bei komplexeren Beschwerden der Mutter oder des Kindes können in der Schwangerschaft und bis zum 3. Lebensjahr des Kindes auch die Frühen Hilfen und andere Gesundheitsberufe der Primärversorgung wie Sozialarbeit oder Psychotherapie beigezogen werden.

Volksschule – BEHERZT Vorbeugen & Retten

Einmal pro Jahr finden in den drei Volksschulen der Gesundheitsregion Steinerne Mühl modulare Workshops zu den Themen achtsame Ernährung, Bewegung, Resilienztraining bzw. Stressreduktion statt. Diese werden von einem Team des Gesundheitszentrums Hausarztmedizin Plus (Diätologie, Physiotherapie, Psychotherapie) an einem Vormittag gemeinsam mit den Lehrpersonen und wenn möglich unter Einbeziehung der Eltern während der Unterrichtszeit umgesetzt. Eine Woche später wird in Kooperation mit dem Roten Kreuz und der Community Nurse der Notfall geübt: Was kann man als Kind tun, wenn Angehörige sich verletzen oder einen Herzstillstand erleiden? Kindgerecht werden das Absetzen eines Notrufs, das Anlegen eines Verbandes, die Herz-Lungen-Wiederbelebung oder das Finden eines Laiendefibrillators (AED) geübt. Das Erlernte wird in täglichen Ritualen oder in regelmäßigen Abständen mit den Lehrpersonen in der Schulzeit wiederholt und gefestigt.

Einmal pro Jahr finden in den drei Volksschulen der Gesundheitsregion Steinerne Mühl modulare Workshops zu den Themen achtsame Ernährung, Bewegung, Resilienztraining bzw. Stressreduktion statt.

In Kooperation mit dem Roten Kreuz und der Community Nurse wird auch der Notfall geübt: was kann man als Kind tun, wenn Angehörige sich verletzen oder einen Herzstillstand erleiden.

Haslacher Rätsel–Runde

Aufgrund der Corona-Maßnahmen waren sportliche Aktivitäten im Freien nur eingeschränkt möglich. Der Sportverein Haslach versuchte trotzdem, Familien zu mehr gemeinsamer Bewegung zu motivieren. In Kooperation mit dem GES.UND-Büro und unterstützt durch HASLACH aktiv – einem Verein von Haslacher Gewerbetreibenden – entstand partizipativ die Idee zu dem Projekt Bewegtes Haslach bzw. der Haslacher Rätsel-Runde. Entlang des bestehenden „Haslacher Rundumweges“ wurden 12 Rätselstationen eingerichtet, bei denen Rätsel in den Kategorien Gesundheit, Sport, Haslacher Fachwissen und Allgemeinwissen in jeweils drei Schwierigkeitsstufen gelöst werden können. An jeder Station wurde mittels Smartphone der QR-Code der jeweiligen Fragenkategorie abgelesen. Alle richtig beantworteten Fragen ergaben am Ende ein bestimmtes Lösungswort. Die Fragen wurden von Zeit zu Zeit erneuert. Die Runde ist insgesamt 4,1 Kilometer lang und auch für Kinderwägen und Fahrräder geeignet.

MIND–BODY–MEDIZIN – Acht Wochen für ein Gesundes Herz

Vielen Mensch fällt es schwer, Lebensstiländerungen umzusetzen oder nachhaltig einzuhalten. Das Programm „Acht Wochen für ein Gesundes Herz“ orientiert sich an dem salutogenetischen Konzept der Mind-Body-Medizin. In einem achtwöchigen Training werden Menschen mit kardiovaskulären Risikofaktoren und mani-

festen Erkrankungen von einem Arzt, einer Diätologin, einer Physio- und einer Psychotherapeutin begleitet. Einmal pro Woche kommt es zu einem zweistündigen Treffen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen, wobei immer zwei Expert:innen von Hausarztmedizin Plus anwesend sind. Am Ende der acht Wochen werden die Teilnehmer:innen motiviert, sich dem SP-Projekt Herzcafé oder einem der vielen anderen Programme des GES.UND-Büros anzuschließen, um sich in der Folge mindestens einmal im Monat zu einer gemeinsamen Aktivität zu treffen.

Programme des GES.UND-Büros (Auswahl)

- Erinnerungscafé – Treffen für Personen mit und ohne Demenz
- Frauenzeit – Netzwerk für Frauengesundheit
- GEHspräche
- Gesprächskreis für betreuende und pflegende Angehörige
- Gemeinsamer Mittagstisch
- Herzcafé
- Kopfsache – Ressourcentraining der MAS Demenzservicestelle
- Kreativgruppe
- Kultur- und Sprachcafé
- Rüstig statt Rostig – Bewegungsgruppe für Senior:innen

RÜSTIG statt ROSTIG – Gesundheitsförderung für ältere Menschen

Die Bewegungsgruppe „Rüstig statt Rostig“ wird von ehrenamtlichen Gesundheitspartner:innen geleitet und findet wöchentlich am Freitag im GES.UND-Büro statt. Ziel ist es, Gebrechlichkeit und Sturzgefahr zu minimieren, sodass die Senior:innen so lange als möglich autonom und fit in ihren eigenen vier Wänden leben können. Bei den Treffen werden sehr einfache Mobilisierungs- und Kräftigungsübungen zur Förderung von Kraft, Beweglichkeit und Mobilität durchgeführt. Das kostenlose Angebot unterstützt zudem die soziale Gesundheit, das Wohlbefinden und die Lebensqualität und stärkt die Gesundheitskompetenz aller Beteiligten.

Gesundheit fördern oder fordern?

Gesundheit ist kein Zustand, den man mit ausreichend Wille und Ausdauer aus sich selbst produzieren kann. Der Großteil der gesundheitsrelevanten Faktoren entzieht sich dem Einfluss der betreffenden Person. Neben den genetischen Faktoren spielen die Arbeitsstrukturen, die sozialen Verhältnisse und die Umwelt- und Lebensbedingungen eine wesentliche Rolle. Der Aspekt der Verletzlichkeit des Menschen kann auch in Hinblick auf Gesundheitsförderung und Prävention sowohl aus dem Blickwinkel der individuellen Lebensführung als auch der strukturellen Lebensbedingungen betrachtet werden. Ein fürsorgender Staat soll die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Grundverletzlichkeit und somit Angewiesenheit zu größtmöglicher Eigenverantwortung befähigen. Eigenverantwortung ist aber nur möglich, wenn der Mensch nicht als Unternehmer seiner selbst betrachtet wird, sondern in seiner Verletzlichkeitsstruktur und somit in seiner grundlegenden Angewiesenheit. „Jeder von uns kann nur dann eigenverantwortlich handeln, wenn er oder sie sich getragen weiß von der Verlässlichkeit der sozialen Bindungen, wenn er oder sie um einen stabilen Bezugsrahmen weiß.“ (vgl. Maio 2024: 137–139)

Tipps für die Umsetzung

Kommunale Gesundheitsförderung in Kooperation mit der Primärversorgung hat viele verbindende positive Wirkungen in einer Gemeinde bzw. Kleinregion. Es braucht zu Beginn des Prozesses die Einbindung von Expertinnen, eine gute Umfeldanalyse und am besten eine professionelle Prozessbegleitung bis zur Implementierung. Social Prescribing ist eine Methode, die nicht ehrenamtlich koordiniert werden kann. Ein hauptamtliches (klein-)regionales Netzwerkmanagement ist der Schlüssel zum Erfolg.

Literatur

- Antosik, Jennifer; Eberle, Linda; Nowak, Peter; Burgmann, Sarah; Plunger, Petra; Rappold, Elisabeth; Rohrauer, Näf, Gerlinde; Rojatz, Daniela; Weigl, Marion; Zillmann, Nadine (2023): Gesundheitskiosk, Gesundheitsdrehscheibe und ähnliche Modellprojekte. Fachliche Grundlagen für die Umsetzung in Österreich. Gesundheit Österreich, Wien

- Engel GL (1977): The need for a new medical model: a challenge for biomedicine. Science. 1977 Apr 8;196(4286): p. 129-36

- Huter, Sebastian (2020): Community-Oriented Primary Care in Austria: Status Quo and Prospects for the Future. Medical University of Graz, Vienna.

- Maio G (2024): Ethik der Verletzlichkeit. Freiburg im Breisgau: Herder

- Polley, M. u.a. (2017): Making sense of social prescribing. Social Prescribing Network, London

Rebhandl, Erwin/Stefanovic, Dana/Klančar, Darinka (2024): „Gemeindeorientierte Gesundheitsversorgung“, in: Zelko, Erika/Rabady/Susanne/Bachler, Herbert (Hg.) Lehrbuch für Allgemein-/Familienmedizin. Linz: TRAUNER Verlag, S. 613-618

- Rojatz, Daniela; Unger, Theresia; Ecker, Sandra; Fenz, Lydia; Haintz, Gabriel; Haas, Sabine (2025): Handbuch Social Prescribing in der Primär- und pädiatrischen Versorgung. Gesundheit Österreich, Wien.

- Wakefield, J. R. H., Kellezi, B., Stevenson, C., McNamara, N., Bowe, M., Wilson, I., Halder, M. & Mair, E. (2022). Social Prescribing as ‘Social Cure’: A longitudinal study of the health benefits of social connectedness within a Social Prescribing pathway. Journal of Health Psychology, 27(2), 386–396

- Weigl, Marion; Ofner, Tonja; Diez, Jessica (2024): Leitfaden für die Netzwerkarbeit als Methode der kommunalen/regionalen Gesundheitsförderung. Gesundheit Österreich, Wien.

MELANIE WAGNER IM GESPRÄCH MIT HANS BRAUN

Pflegende Angehörige im Fokus der Gemeindeentwicklung

Abstract

Pflegende Angehörige tragen den Großteil der Betreuung älterer Menschen in Österreich – oft unbeachtet und überfordert, wie Melanie Wagner im Interview meint. Rund 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, meist von Frauen, teils auf Wunsch, teils aus Pflichtgefühl. Die Belastung ist hoch: Viele leiden unter Erschöpfung, psychischem Druck und sozialer Isolation.

Angesichts des demografischen Wandels braucht es dringend neue Wege: Gemeinden können durch professionelle Pflegeangebote, bessere Vernetzung und innovative Wohnmodelle gezielt entlasten. Auch digitale Hilfen und flexible Betreuungsformen wie Tages- oder Kurzzeitpflege bieten Potenzial – werden bisher aber zu wenig genutzt. Die Pflege der Zukunft braucht ein Miteinander von familiärer und professioneller Unterstützung.

Dr. Melanie Wagner
forscht zu „Familie und Arbeitsmarkt“ am Vienna Institut of Demography (VID) an der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Sie hat einen Abschluss in Psychologie von der TU Berlin und in Sozialwissenschaften von der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie promovierte 2018 an der TU Dortmund.

Die Pflege von Angehörigen ist in Österreich eine weit verbreitete Praxis. Laut aktuellen Zahlen werden 80 Prozent der pflegebedürftigen Personen in Österreich durch ihre Angehörigen zu Hause gepflegt. Dies ist ein hoher Anteil, der auf das starke Vertrauen in familiäre Pflege und die Bedeutung des sozialen Netzwerks hinweist. Doch diese starke Abhängigkeit von familiärer Pflege birgt auch zahlreiche Herausforderungen. Besonders in einem Land, in dem die Gesellschaft altert und die Zahl pflegebedürftiger Menschen kontinuierlich steigt, müssen neue Wege gefunden werden, wie Gemeinden und Kommunen die Pflege unterstützen können.

Melanie Wagner, Expertin auf dem Gebiet der Pflege durch Angehörige, betont die positiven Aspekte der häuslichen Pflege: „Zunächst ist es erst mal schön, dass so viele Menschen zu Hause weiterhin leben können, wenn sie pflegebedürftig werden. Und es ist auch prinzipiell schön, dass sich die Angehörigen um sie kümmern." Sie warnt jedoch auch vor den Gefahren: „Es gibt einfach sehr viele Menschen, die nicht von Angehörigen gepflegt werden können. Entweder, weil es keine Angehörigen gibt oder weil sie anderweitig verpflichtet sind, weil sie Kinder zu versorgen haben oder berufstätig sind."

Der aktuelle Pflegebedarf: Ein Überblick

Der Pflegebedarf in Österreich ist in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegen, und die demografische Entwicklung zeigt, dass dieser Trend anhalten wird. Laut den Prognosen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) wird die Zahl der über 80-jährigen Menschen in den nächsten 15 Jahren um rund 50 Prozent steigen. Gleichzeitig sinkt die Zahl der jüngeren, erwerbstätigen Menschen, die potenziell als pflegende Angehörige zur Verfügung stehen könnten.

Im Jahr 2023 erhielten in Österreich rund 490.000 Menschen Pflegegeld (Statistik Austria), was auf die weit verbreitete Pflegebedürftigkeit hinweist. Besonders hoch ist der Anteil der Pflegebedürftigen im höheren Alter: Rund 50 Prozent der über 80-Jährigen sind pflegebedürftig. Zudem ist die Pflege durch Angehörige in den ersten Pflegestufen, in denen die Pflegebedürftigkeit noch weniger intensiv ist, weit verbreitet. In den fortgeschrittenen Pflegegraden, wo Menschen unter schwerer Demenz oder körperlichen Einschränkungen leiden, wird es für die Angehörigen zunehmend schwieriger, die Pflege allein zu übernehmen.

Die Rolle der pflegenden Angehörigen und ihre Belastung

Die Pflege durch Angehörige in Österreich ist in vielen Fällen eine Frage der Notwendigkeit und weniger der Wahl. Die Österreichische Gesellschaft für Pflegewissenschaft weist darauf hin, dass viele pflegende Angehörige – meist Frauen – diese Aufgabe übernehmen, weil ihnen strukturelle, finanzielle oder zeitliche Alternativen fehlen. In einer Umfrage der Wirtschaftskammer Österreich gaben 60 Prozent

der pflegenden Angehörigen an, die Pflege aus Pflichtgefühl, und nur 25 Prozent aus reiner freiwilliger Entscheidung zu übernehmen. Wagner sagt hierzu: „Ländervergleichende Forschung hat gezeigt: Wo Pflege eine Pflicht ist, ist auch das Belastungserleben höher, die Pflege intensiver, und die Pflegenden sind oft alleine. Wer so pflegt, kann schwer noch bezahlter Arbeit nachgehen und seine sozialen Kontakte pflegen."

Die Belastung, die mit der Pflege eines Angehörigen einhergeht, ist enorm. Rund 25 Prozent der pflegenden Angehörigen berichten von chronischer Erschöpfung, Schlafstörungen und psychischen Belastungen. Eine Studie des Instituts für Pflegewissenschaften der Universität Wien aus dem Jahr 2018 zeigt, dass der Druck auf pflegende Angehörige mit zunehmendem Pflegebedarf stark wächst. Insbesondere bei schwerstpflegebedürftigen Menschen, die an Demenz oder Parkinson leiden, ist die Belastung so groß, dass 70 Prozent der pflegenden Angehörigen über eine Überlastung berichten.

Gesellschaftlicher Wandel und die zunehmende Schwierigkeit der Pflege

Der Wandel in der Gesellschaft hat die Art und Weise, wie Pflege organisiert wird, erheblich verändert. Wagner hebt hervor, dass die Bereitschaft von Angehörigen, Pflege zu leisten, in den letzten Jahren gesunken ist. Die Gründe sind vielfältig: „Einige sind dazu nicht mehr unbedingt bereit, weil ja gleichzeitig auch von ihnen erwartet wird, dass sie berufstätig sind", erklärt sie. Eine steigende berufliche Mobilität und die höhere Erwerbstätigkeit von Frauen führen dazu, dass weniger Menschen in der Lage sind, die Pflege ihrer Angehörigen zu übernehmen. Wagner spricht auch von einem kulturellen Wandel, auch auf Seiten der Pflegebedürftigen: „Nicht jeder möchte sich unbedingt von seiner Tochter waschen lassen. Pflege ist ja auch eine sehr intime Sache."

Schon jetzt suchen viele Angehörige, die die Pflege nicht übernehmen können, nach Alternativen. Viele stellen 24-Stunden-Pflegekräfte oder Betreuungskräfte ein. Dabei gibt es aber oft Sprachprobleme und auch die Arbeitsbedingungen in der 24-Stunden-Pflege sind oft problematisch, weshalb Frau Wagner diese Entwicklung kritisch sieht: „Wenn ich hingegen eine gut ausgebildete ausländische Pflegekraft habe, die beispielsweise für einen mobilen Dienst arbeitet und auch über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt – dann ist dies sicherlich der bessere Weg."

Formelle Pflege als Ergänzung zur familiären Pflege

Die Herausforderung für die Gemeinden besteht darin, diese Entwicklung zu begleiten und ein funktionierendes System zu schaffen, das die Pflege durch An-

gehörige nicht ersetzt, sondern ergänzt. Hier kommen formelle Pflegeangebote ins Spiel, die pflegende Angehörige unterstützen und entlasten können. Laut einer Umfrage der Gesundheitsbehörde Wien nehmen etwa 25.000 Menschen in der Stadt Wien regelmäßig ambulante Pflegedienste in Anspruch, während rund 30.000 Menschen in stationären Einrichtungen wie Pflegeheimen leben.

„Die formelle Pflege sehe ich als die sinnvollste Möglichkeit, pflegende Angehörige zu entlasten", so Wagner. Diese Unterstützung durch professionelle Pflegekräfte sei nicht nur notwendig, um den Alltag zu entlasten, sondern ermögliche es den Angehörigen, „hands-on Tätigkeiten abgenommen zu bekommen, frei zu haben und auch nicht mehr ganz allein zu sein. Viele ältere Menschen verstehen unter formeller Pflege ausschließlich Heimpflege, und dies wollen die meisten nicht. Dabei gibt es viele Pflegeangebote, die ein Miteinander von Angehörigenpflege und formellen Pflegeangeboten ermöglichen."

Entlastungsangebote: Mobile Dienste, Tages- und Nachtbetreuung und Kurzzeitpflege

In Österreich sind Angebote wie Tages- und Nachtpflege sowie Kurzzeitpflege noch relativ unbekannt, obwohl sie in anderen Ländern schon weit verbreitet sind. Mobile Dienste gibt es schon in größerer Zahl. Diese Modelle bieten eine wertvolle Möglichkeit, pflegende Angehörige zu entlasten, indem sie temporäre Pflegealternativen bereitstellen.

- Tages- und Nachtbetreuung:

  Eine Pflegeeinrichtung, in der pflegebedürftige Menschen meist tagsüber betreut werden und abends wieder nach Hause zurückkehren. Diese Form ermöglicht es pflegenden Angehörigen, ihren Alltag weiterhin zu gestalten, beispielsweise zu arbeiten oder Erholung zu finden. Oft bieten diese Einrichtungen auch Pflege während der Nachtstunden an. Dies ist besonders für berufstätige Angehörige, die im Schichtdienst arbeiten, wichtig, vor allem wenn sie Angehörige mit Demenz oder anderen Krankheiten pflegen, bei denen Pflege auch nachts notwendig ist.

- Kurzzeitpflege:

  Eine stationäre Betreuung für einen begrenzten Zeitraum, die es pflegenden Angehörigen ermöglicht, selbst eine Auszeit zu nehmen, sei es für einen Urlaub oder beispielsweise einen notwendigen medizinischen Eingriff..

- Mobile Dienste

  Pflegedienste, die zu den pflegebedürftigen Menschen nach Hause kommen. Dies umfasst beispielsweise Heimhilfe, Hauskrankenpflege oder „Essen auf

Rädern“ und ermöglicht es Pflegebedürftigen trotz steigenden Pflegebedarfs weiter zuhause wohnen zu bleiben.

„Die Kurzzeitpflege, Tagespflege und auch Nachtpflege sind in Österreich noch nicht sehr verbreitet. Aber es kommt”, stellt Wagner fest. Sie betont, dass es in anderen Ländern bereits erfolgreichere Modelle gibt und erklärt: Forschung hat gezeigt, dass in Ländern, die stark auf formelle Pflege setzen, die Unterstützung von Angehörigen nicht verloren geht, aber sie verlagert sich hin zu Hilfe und Unterstützung, weg von den rein pflegerischen Tätigkeiten.”

Die Rolle der Gemeinden: Handlungsfelder und Strategien

Die Gemeinden stehen angesichts des wachsenden Pflegebedarfs und der demografischen Entwicklung vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Um die Pflege für pflegende Angehörige zu erleichtern und die Qualität der Versorgung zu sichern, können Gemeinden in verschiedenen Bereichen aktiv werden:

1. Förderung formeller Pflegeangebote

   Gemeinden können den Ausbau von mobilen und teilstationären Pflegeangeboten unterstützen, indem sie gezielt Initiativen zur Ansiedlung von Pflegediensten fördern. Ein Beispiel könnte sein, Raum für mobile Pflegedienste oder Tagespflegeeinrichtungen zu schaffen oder die Zusammenarbeit mit lokalen Pflegediensten zu intensivieren.

2. Vernetzung von Angeboten und Organisation von Unterstützungsnetzwerken

   „Vernetzung ist etwas, was Kommunen gut leisten können”, meint Wagner. Gemeinden können durch eine koordinierende Rolle dazu beitragen, dass bestehende Unterstützungsangebote wie die Diakonie oder die Volkshilfe miteinander verbunden werden, um pflegenden Angehörigen zu helfen.

3. Hausärzte als zentrale „Kommunikatoren”

   „Was man nicht unterschätzen sollte, ist die Rolle der Hausärzte. Denn oft gehen,” so Wagner, „pflegende Angehörige mit ihren pflegebedürftigen Angehörigen zum Arzt. Und der Hausarzt ist oft noch eine Respektsperson im Ort.” Also jemand, auf den auch gehört wird. „Also, ich denke, wenn die Kommunen mit den Hausärzten ins Gespräch kommen und über die Hausärzte gehen, könnten Informationen noch besser verteilt werden. Hilfreich wäre auch, wenn Hausärzte Informationsmaterial an pflegende Angehörige weitergeben würden.“

4. Förderung generationenübergreifender Wohnmodelle

Ein weiterer wichtiger Ansatz ist die Förderung von generationenübergreifenden Wohnmodellen, bei denen junge und ältere Menschen in einer Weise zusammenleben, die gegenseitige Unterstützung und Pflege ermöglichen. „Während in kleinen Gemeinden häufig jeder so ein bisschen auf sich und die anderen aufpasst, ist dies in anonymeren Wohngegenden nicht so. Hier wäre generationenübergreifendes Wohnen eine gute Möglichkeit, den Austausch zwischen Alt und Jung zu ermöglichen/fördern", so Wagner.

5. Psychosoziale Unterstützung für pflegende Angehörige

„Es gibt verschiedene Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige. Die formelle Pflege sehe ich als die sinnvollste Möglichkeit, pflegende Angehörige zu entlasten", so Wagner. Sie betont die Bedeutung von Gesprächsrunden und psychosozialer Unterstützung für Angehörige, da pflegende Angehörige oft nicht nur körperlich, sondern auch emotional stark beansprucht sind. Es gibt verschiedene Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige, so Wagner. Sie betont die Bedeutung von Gesprächsrunden und psychosozialer Unterstützung für Angehörige da pflegende Angehörige oft nicht nur körperlich, sondern auch emotional überfordert sind. Zudem können Informationsangebote, beispielsweise über Krankheitsbilder wie Demenz oder Parkinson, enorm entlastend wirken, weil sie ein besseresVerständnis über den Krankheitsverlauf vermitteln.

6. Einsatz von digitalen Technologien

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Chancen zur Entlastung pflegender Angehöriger. „Insgesamt bietet die Digitalisierung mehr Chancen als Risiken", sagt Wagner und verweist auf die Vorteile von Assistenzsystemen und Telemedizin, die Pflegebedürftige dabei unterstützen, weiterhin in ihren eigenen vier Wänden zu leben.

Ergo: Ein Umdenken in der Pflegepolitik sollte kommen

„Alt werden wir auf alle Fälle, und alt werden kann man so oder so. Und wir wollen alle in Würde altern", schließt Melanie Wagner. Es ist jedoch wichtig, dass die Pflege durch Angehörige nicht als alleinige Lösung der Pflegeproblematik betrachtet wird. Der demografische Wandel erfordert eine stärkere Integration von formeller Pflege, um pflegende Angehörige zu entlasten und die Pflegequalität zu sichern. Ein Miteinander von formeller und informeller Pflege sieht Wagner als die beste Lösung für die Zukunft.

Verwendete Quellen

- Statistik Austria: Pflegegeldbezieher und Pflegeeinrichtungen (2023).
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Demografische Prognosen.
- Gesundheitsbehörde Wien, Umfrage zu ambulanten Pflegeangeboten und stationären Pflegeplätzen (2023).
- Österreichisches Rotes Kreuz, Studie zur Kurzzeitpflege und den Bedarf an Pflegeplätzen (2023).
- Wirtschaftskammer Österreich, Umfrage zu pflegenden Angehörigen und deren Belastung (2023).
- Institut für Pflegewissenschaften, Universität Wien: Studie zur Überlastung pflegender Angehöriger (2022).

Das Interview mit Melanie Wagner, Expertin für Pflege durch Angehörige, führte Mag. Hans Braun, Chefredakteur von KOMMUNAL (April 2025).